

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

COVAX: Erste Lieferungen von Corona-Impfstoff an die Pazifikstaaten bis Mai 2021

Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) hat eine Liste mit den vorgesehenen ersten Lieferungen von Covid-19-Impfstoffen im Rahmen der Impfstoffallianz #COVAX veröffentlicht. Demnach können alle unabhängigen pazifischen Inselstaaten bis Mai 2021 mit einer ersten Lieferung des AstraZeneca-Impfstoffs rechnen - mit Ausnahme von Palau und der Marshall-Inseln, die bereits mit Impfungen des aus den USA gelieferten Moderna-Impfstoffs begonnen haben.

Die jeweiligen Dosen, welche die Staaten erhalten, richten sich neben der Bevölkerungszahl auch nach den Kapazitäten der Länder, den Impfstoff schnell zu nutzen. So erhält Nauru beispielsweise etwa 1.5 Mal so viel Impfstoff wie Tuvalu mit fast der gleichen Bevölkerungszahl. Die beiden Länder können somit beispielsweise 1/3 (Tuvalu) bzw. sogar mehr als die Hälfte der Einwohner*innen (Nauru) impfen, in Fidschi sind es hingegen nur etwa 1/9 und in Papua-Neuguinea deutlich weniger als 1/10 der Bevölkerung.

Anbei eine Liste, wie viele Dosen die pazifischen Inselstaaten und auch Neuseeland bei der ersten COVAX-Lieferung erhalten sollen.

- Fidschi: 100.800
- Föd. Staaten von Mikronesien: 48.000
- Kiribati: 48.000
- Nauru: 7.200
- Papua-Neuguinea: 588.000
- Salomonen: 108.000
- Samoa: 79.2000
- Tonga: 43.200
- Tuvalu: 4.800
- Vanuatu: 100.800
- Neuseeland: 211.200

(Artikel von Oliver Hasenkamp, Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied.
Quelle: www.cdn.who.int)

Mikronesische Staaten verlassen das Pacific Islands Forum

Aus Protest gegen die Wahl des aus Polynesien stammenden Henry Puna zum neuen Generalsekretär des *Pacific Islands Forums* haben die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), Kiribati, die Marshall-Inseln, Nauru und Palau am 8. Februar 2021 ihren Austritt aus der Regionalorganisation erklärt. Sie sind der Ansicht, dass aufgrund einer umstrittenen informellen Vereinbarung zur Rotation des Postens des Generalsekretärs des Forums zwischen den drei kulturellen Subregionen Melanesien, Mikronesien und Polynesien bei der Wahl der mikronesische Kandidat am Zug gewesen wäre.

Mit dem Austritt verlassen alle unabhängigen Staaten, die der Subregion Mikronesien angehören, und insgesamt ein Drittel der unabhängigen Staaten der Region das *Pacific Islands Forum*. Es ist das erste Mal überhaupt, dass Mitglieder die Organisation freiwillig verlassen. Auch wenn der Austritt formal erst ein Jahr, nachdem die einzelnen Staaten dem Sekretariat der Organisation ihren Austritt bekanntgemacht haben, in Kraft tritt, sehen viele Expertinnen und Experten die jüngsten Entwicklungen als größte Krise für die Organisation und für die regionale Zusammenarbeit seit vielen Jahren oder sogar Jahrzehnten.

Die mikronesischen Staaten beharren bereits seit 2019 darauf, dass der Posten des Generalsekretärs bei der nächsten Neubesetzung an einen Kandidaten aus Mikronesien gehen sollte. Dennoch sind viele Beobachterinnen und Beobachter von der Ankündigung des Austritts der Staaten überrascht worden – insbesondere, weil das Amt des Generalsekretärs des Forums eigentlich ein weitgehend symbolisches und wenig einflussreiches ist. Die mikronesischen Staaten beklagen, sie fühlten sich in der regionalen Zusammenarbeit regelmäßig übergangen und würden mit ihren Interessen häufig von den größeren und politisch einflussreicheren Staaten aus

Melanesien und Polynesien übergangen.

Die drei ehemaligen US-Kolonien FSM, Marshall-Inseln und Palau haben ihre Unabhängigkeit deutlich später erlangt als die meisten anderen pazifischen Staaten und sind daher auch der Regionalorganisation erst später beigetreten. Diese hatte sich 1999 von „South Pacific Forum“ in „Pacific Islands Forum“ umbenannt, um den neu beigetretenen Gebieten aus dem nördlichen Pazifik Geltung zu verschaffen. Aufgrund der Kolonialzeit orientieren sich die meisten Staaten Mikronesiens bis heute politisch stärker an den USA als an Australien oder Neuseeland. So kritisieren die mikronesischen Staaten auch, dass noch von der USA abhängige Gebiete der Subregion wie etwa die Nördlichen Marianen anders als die zu Frankreich gehörenden Gebiete Französisch-Polynesien oder Neukaledonien nicht Mitglied im *Pacific Islands Forum* sind.

Neben dem Gefühl einer Benachteiligung der mikronesischen Staaten spekulieren Expertinnen und Experten jedoch über eine große Anzahl weiterer Ursachen, die den Bruch im Forum ausgelöst haben könnten. Da keiner dieser Faktoren die Wahl Punas anstatt eines mikronesischen Kandidaten und den daraus resultierenden Bruch allein erklären kann, ist es wahrscheinlich, dass eine Kombination verschiedener Motivationen zur Eskalation geführt hat. So wird dem neuen Generalsekretär Henry Puna etwa eine Nähe zu China nachgesagt, was seine Wahl möglicherweise attraktiv für eng mit China verbündete Staaten wie Fidschi gemacht hat, den eng an den USA orientierten mikronesischen Staaten, die teilweise Taiwan anerkennen, aber besonders stark aufgestoßen ist. Schon seit vielen Jahren gibt es außerdem unter den Inselstaaten eine große Unzufriedenheit mit der politisch und finanziell einflussreichen Rolle Australiens und Neuseelands im Forum, die sich etwa an mangelnder Unterstützung bei der Bekämpfung der Klimawandelfolgen festmacht. Auch wenn diese Unzufriedenheit nicht auf die mikronesischen Staa-

ten beschränkt ist, ist diese Unzufriedenheit bei den besonders für den Klimawandel anfälligen und eher an den USA orientierten mikronesischen Gebieten besonders ausgeprägt. Einige Kommentatorinnen und Kommentatoren werfen Australien und Neuseeland sogar vor, gemeinsam mit Frankreich und den französischen Gebieten im Forum versucht zu haben, den US-Einfluss in der Region gering zu halten. Womöglich ist die Unterstützung Punas durch Australien und Neuseeland aber auch schlicht darauf zurückzuführen, dass die Cook-Inseln aufgrund ihres Assoziierungsabkommens eng mit Neuseeland verbunden sind. In diesem Fall könnte Australien und Neuseeland eine dramatische diplomatische Fehleinschätzung der Befindlichkeiten der Inselstaaten unterlaufen sein, weil sie mit der Wahl Punas vor allem ihren eigenen Einfluss wahren wollten, diesen nun durch den Austritt der mikronesischen Staaten und des möglichen Zusammenbruchs der Regionalorganisation aber dauerhaft verspielt haben könnten.

Allein dass es zu einer Kampfabstimmung über den Posten des Generalsekretärs kam, ist extrem ungewöhnlich. Eigentlich ist es eines der Grundprinzipien des Forums, Entscheidungen im Konsens zu treffen. Aufgrund der besonders großen Bedeutung direkter zwischenmenschlicher Kontakte und Kommunikation im Pazifik gerade auf der Suche nach Kompromissen vermuten viele, dass auch die Corona-Pandemie einen Anteil an der Eskalation tragen könnte: Hätte es eine physische Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs gegeben anstatt einer Zoom-Online-Konferenz hätte womöglich eine Lösung gefunden und die Spaltung abgewendet werden können.

Offiziell ist die Abstimmung über den Posten des Generalsekretärs des Forums geheim. Glaubt man Analysen aus der Region, haben jedoch die melanesischen Staaten Papua-Neuguinea, die Salomonen und Vanuatu die mikronesischen in der Abstimmung unterstützt – während Australien, Neuseeland und das melanesische Fidschi mit den polynesischen Staaten stimmten.

Dieses Abstimmungsverhalten zeigt deutlich auf, dass der Bruch eigentlich nicht nur zwischen den mikronesischen Staaten und dem Rest des Forums verläuft, sondern durch die gesamte Region. Gerade die melanesischen Staaten, die mit ihrer *Melanesian Spearhead Group* die am stärksten institutionalisierte Zusammenarbeit auf subregionaler Ebene besitzen, sind durch die Zustimmung Fidschis zu Puna gespalten. Gleichzeitig zeigen andere regionale Kontroversen wie die über die regionale *University of the South Pacific* (siehe S. 3), dass auch die Staaten, die wie Fidschi und Samoa beide die Wahl Punas unterstützten, keineswegs geeint agieren.

Die Wahl von Puna, einem bis zur Bekanntgabe seiner Kandidatur amtierenden Regierungschef, könnte auch bedeuten, dass sich das Forum wieder mehr in die Richtung eines elitären Clubs der Staats- und Regierungschefs entwickelt. Diese Kritik lastet der Regionalorganisation bereits seit vielen Jahren an, unter der letzten Generalsekretärin Dame Meg Taylor hatte sich das Forum aber zunehmend modernisiert und etwa auch stärker für zivilgesellschaftliche Beteiligung geöffnet. Punas Prominenz dürfte dennoch zu einem entscheidenden Vorteil gegenüber dem Diplomaten Gerald Zackios, der ohne größere Regierungserfahrung ist, in der Abstimmung geführt haben. So glauben einige Expertinnen und Experten, dass Mikronesien mit einem hochrangigeren Kandidaten bzw. einer hochrangigeren Kandidatin wie etwa der früheren Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilde Heine, deutlich bessere Chancen gehabt hätte.

Noch ist unklar, welche Folgen die Spaltung des Forums für die weitere regionale Zusammenarbeit haben wird. Angesichts der weiteren regionalen Kontroversen ist ungewiss, ob das *Pacific Islands Forum* nach den Austritten der mikronesischen Staaten überhaupt effektiv mit verringerter Mitgliederzahl weiterbestehen kann. Klar ist jedoch, dass es sich nicht nur um Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen Staaten handelt, sondern massiv Vertrauen zwischen den Staaten und ihren Staats- und Re-

gierungschefs zu Bruch gegangen ist. Daher steht zu befürchten, dass die politische Zusammenarbeit zwischen den pazifischen Inseln auf regionaler, aber auch auf internationaler Ebene, deutlich zurückgehen könnte. Dennoch hoffen einige Beobachterinnen und Beobachter darauf, die derzeitige Situation könnte auch ein Anlass für dringend notwendige Reformen des Forums und der regionalen Zusammenarbeit insgesamt sein. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass politische Ereignisse im Pazifik sehr schnelllebig sein können. Da Symbolik in der pazifischen Politik eine wichtige Rolle spielt, haben in der Vergangenheit bei regionalen Streitigkeiten etwa symbolische Versöhnungszeremonien geholfen, Staaten wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Völlig ausgeschlossen ist nicht, dass es dazu auch diesmal noch kommen könnte.

Heftige Kritik in der Berichterstattung über die aktuellen Geschehnisse haben erste Analysen zur Spaltung des Forums des australischen Think Tanks *Lowy Institute* hervorgerufen, die von vielen Menschen in Mikronesien, aber auch anderen pazifischen Inseln, als paternalistisch und neokolonialistisch wahrgenommen worden sind. (Artikel von *Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin*. Quellen: *Neue Zürcher Zeitung* 14.02.21, *Radio New Zealand International* 09.02.21, 10.02.21, 14.02.21, *The Interpreter* 09.02.21, 12.02.21, *DevPolicyBlog* 10.02.21, 12.02.21, *The Conversation* 15.02.21, *The Hill* 16.02.21, *The Diplomat* 10.02.21, *Pacific Islands News Association* 11.02.21, eigene Einschätzungen, Wikipedia)

Henry Puna zum neuen Generalsekretär gewählt

Am 4. Februar 2021 ist der frühere Premierminister der Cook-Inseln, Henry Puna, zum neuen Generalsekretär des *Pacific Islands Forum*, der wichtigsten politischen Regionalorganisation der pazifischen Inselstaaten, Australiens und Neuseelands, gewählt worden. Er setzte sich in der Abstimmung mit neun Stimmen knapp gegen den aus den Marshall-Inseln stammenden Diplomaten Gerald Zackios durch, der acht der abgegebenen Stimmen erhielt. Henry Puna war von

2010 bis Oktober 2020 Premierminister der Cook-Inseln, bis er aufgrund seiner Bewerbung für das Amt des Generalsekretärs des Forums von diesem zurücktrat. Er folgt der aus Papua-Neuguinea stammenden Dame Meg Taylor, die seit 2014 das *Pacific Islands Forum* als Generalsekretärin geleitet hatte. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Radio New Zealand International 04.02.21, Wikipedia)

Streit um Zukunft der regionalen Universität: Fidschi verweist USP-Vize-Rektor Pal Ahluwalia des Landes

Fidschi hat am 4. Februar 2021 den Vize-Rektor der regionalen *University of the South Pacific* (USP), Pal Ahluwalia, überraschend des Landes verwiesen und damit heftige Proteste von Studierenden und Menschenrechtsorganisationen sowie den Staaten der Region, welche die Universität gemeinsam mit Fidschi betreiben, ausgelöst. Bereits im vergangenen Jahr hatte es Kontroversen um den aus Kenia und Australien stammenden Ahluwalia gegeben, der seit 2019 Vize-Rektor an der Universität ist und im vergangenen Jahr finanzielles Missmanagement aufgedeckt und versucht hatte, zahlreiche Reformen anzustoßen. Daraufhin war er Anfang 2020 auf Betreiben des aus Fidschi stammenden Uni-Präsidenten Winston Thompson wegen der Universität schädigendem Verhaltens suspendiert worden, nach wochenlangem Protest von Studierenden und Beschäftigten der Universität jedoch wieder in sein Amt eingesetzt und später auch von allen gegen ihn erhobenen Vorwürfen freigesprochen worden (siehe letzte Ausgaben der *Pazifik aktuell*).

Da sich die Wogen seitdem wieder langsam beruhigt hatten, kam die Ausweisung für Ahluwalia und seine Frau sowie für viele Beobachterinnen und Beobachter überraschend. Offiziell begründete Fidschi die Ausweisung mit Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht in Fidschi und damit, dass Ahluwalia eine Gefahr für die öffentliche Ord-

nung darstelle.

Der zentrale Campus der regionalen Universität, auf dem auch Ahluwalia bisher tätig war, befindet sich in der fidschianischen Hauptstadt Suva, weitere teils deutlich kleinere Campus befinden sich jeweils auch in den anderen pazifischen Inselstaaten.

Laut Berichten von Aktivistinnen und Aktivisten unter anderem auf den Sozialen Medien sollen etwa 15 Polizeibeamte und Angestellte der Einwanderungsbehörde am 4. Februar 2021 um Mitternacht ohne Vorwarnung gewaltsam in ein Gebäude auf dem Universitätscampus und das Haus von Ahluwalia eingebrochen sein, um Ahluwalia und seine Frau in Gewahrsam zu nehmen. Ahluwalia selbst sprach in Medien allerdings lediglich von vier Regierungsbeamten. Die Beamten hätten ihn daran gehindert, die australische Botschaft in Fidschi zu kontaktieren und ihm Ausweisdokumente und elektronische Geräte abgenommen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, Ahluwalia und seine Frau hätten zwar einen Brief ausgehändigt bekommen, in dem ausgeführt wurde, dass sie gegen Aufenthaltsauflagen verstoßen hätten, seien aber ohne jegliche weitere Information stundenlang ohne Wasser festgehalten worden, bevor sie zum Flughafen gebracht wurden. Etwa 11 Stunden nach der Festnahme mussten sie mit einem Flugzeug nach Brisbane in Australien ausreisen. Auch Ahluwalia selbst sprach Medien gegenüber von Menschenrechtsverstößen durch die fidschianische Regierung.

Die Ausweisung erfolgte kurz bevor ein Gremium der Universität die von Ahluwalia angestoßenen Reformpläne diskutieren und weitere Schritte einleiten sollte. Das Präsidium der Universität verurteilte die Ausweisung Ahluwalias und teilte mit, die Universität sei zuvor nicht über den Schritt informiert worden. Die fidschianische Regierung veröffentlichte ein Statement, in dem es hieß, Ahluwalia und seine Frau hätten wiederholt gegen das Aufenthaltsrecht in Fidschi verstoßen. Demnach sei es keinem Ausländer, egal wie prominent, erlaubt, sich in Fidschi auf

eine Weise zu verhalten, die gegen „Frieden, die Verteidigung des Landes, öffentliche Sicherheit, öffentliche Moral, öffentliche Gesundheit, die Sicherheit des Landes und die ‚Good Governance‘ von Fidschi“ verstoße. Inwiefern Ahluwalia gegen eine dieser Bedingungen verstoßen habe, wurde jedoch nicht genannt.

In einigen Medien wurde darüber spekuliert, die fidschianische Regierung habe sich zur Ausweisung entschieden, um zu verhindern, dass Ahluwalia einen neuen Vertrag mit mehr Privilegien und Absicherungen bekomme. Demnach habe sich der Präsident Naurus, Lionel Aingimea, bereits vor der Deportation an das Präsidium der Universität gewandt und davor gewarnt, Fidschi könnte versuchen, die weitere Arbeit Ahluwalias einzuschränken. Daraufhin habe es Pläne seitens der Universität gegeben, Ahluwalia durch einen neuen Vertrag zu stärken und fidschianische Behinderungen zu erschweren. Anders als bei seiner vorübergehenden Suspendierung im vergangenen Jahr bleibt Ahluwalia formal aber weiter Vize-Rektor der Universität und könnte versuchen, seiner Arbeit von einem der anderen Sitze der Universität in der Region nachzugehen.

Mittlerweile haben die Regierungen der Region, welche die Universität gemeinsam betreiben, eine Kommission ohne Beteiligung Fidschis unter Leitung des Präsidenten Naurus eingesetzt, welche die Umstände der Ausweisung Ahluwalias untersuchen soll. Außerdem wurde noch am Tag der Ausweisung mit Giulio Masasso Tu'ikolongahau Paung ein neuer Vize-Rektor ernannt und mit der universitätsinternen Untersuchung des Falls beauftragt.

Neben dem Präsidium, Studierenden und Beschäftigten der Universität, verurteilte auch die fidschianische Opposition die unangekündigte Ausweisung Ahluwalias. Die Abgeordneten der oppositionellen fidschianischen Parteien *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) und *National Federation Party* (NFP) verließen geschlossen den Sitzungssaal des

Parlamentspräsident eine Frage des NFP-Vorsitzenden Biman Prasad an die Regierung zur Ausweisung Ahluwalias nicht zugelassen hatte. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp. *Radio New Zealand International* 08.02.21, 09.02.21, 11.02.21, 17.02.21, 18.02.21, *ABC* 04.02.21, 05.02.21, *Fiji Times* 04.02.21, 05.02.21, 08.02.21, *Fiji Village* 08.02.21, *Facebook*, *Twitter*, *Wikipedia*)

Neue Präsidentin des HRC

Frau Nazat Shameem Khan (Jahrgang 1960) ist neue Präsidentin des *Human Rights Council* (HRC, Menschenrechtsrat) der Vereinten Nationen. Khan war von 2014 bis dato die ständige Vertreterin Fidischis bei den Vereinten Nationen in Genf (Schweiz).

Sie konnte sich mit 29 von 47 Stimmen gegen die Herausforderer aus Bahrain (14 Stimmen) und Usbekistan (4 Stimmen) durchsetzen. Erstmals wurde eine Frau aus dem Pazifik in dieses hochrangige Amt bei den Vereinten Nationen gewählt.

Die Ernennung der indiofidischianischen Anwältin hat auch zu Kritik geführt. Vertreter*innen einiger Staaten warfen Khan vor, sich zu sehr für den Schutz der Menschenrechte in anderen Staaten einzusetzen, obwohl Fidischis selbst Probleme mit Menschenrechten habe. Andere kritisierten die Dominanz fidischianischer Staatsbürger*innen in internationalen Gremien. Wieder andere zeigten sich erfreut von Khans Ernennung und erhoffen sich z.B., dass der Menschenrechtsrat sich nun verstärkt um den Schutz der Menschenrechte in pazifischen Ländern wie etwa auch in Westpapua (Indonesien) kümmern wird.

Info: Khan hat pakistanisch-fidischianische Wurzeln. Sie studierte Jura und Kriminologie in Sussex und Cambridge und war u.a. über zehn Jahre in Fidischis als Staatsanwältin tätig. Sie ist verheiratet mit Aslam Khan, dem geschäftsführenden Direktor von *Vodafone Fiji* und hat ein erwachsenes Kind. (*Radio NZ Intern* 18.01.21, *Wikipedia*)

EU und PIFS wollen Handel stärken

Ende Januar haben die *Europäische Union* (EU) und das *Pacific Island Forum Secretariat* (PIFS) ein Projekt zur Stärkung der Handelskapazitäten der pazifischen Inselstaaten über 5,7 Millionen Euro unterzeichnet. Das Projekt trägt den Titel „*Strengthening Pacific Intra-Regional and International Trade*“ (SPIRIT). Es zielt darauf ab, durch die Stärkung institutioneller und technischer Hilfen den panpazifischen Handel wie auch den Handel zwischen den Pazifikstaaten und dem „Ausland“ zu stärken. In der Umsetzung sieht das Projekt u.a. vor, drei Handelsberater in die Regionen Polynesien, Mikronesien und Melanesien zu entsenden. Diese Experten sollen nicht nur Capacity-Building-Workshops durchführen, sondern vor allem die Regierungen bei Handels- und Investitionsprojekten beraten.

Sujiro Seam, Botschafter der Europäischen Union für den Pazifik, erklärte, die EU sei nicht nur ein Partner in der Entwicklungshilfe für pazifische Länder, sondern ein Beispiel für gelungene Integration von Handelspartnern in europaweite Handelsbeziehungen. „*The European Union is a business partner for the Pacific.*“, erklärte Seam. (*Loop Pacific* 28.1.21)

Get safe online Pacific-Kampagne gestartet

Die britische Botschaft in Neuseeland hat mit Unterstützung des britischen *Commonwealth and Development Office* zu Beginn des Jahres die „*Get safe online Pacific*“-Kampagne ins Leben gerufen. Hierbei handelt es sich um eine Aufklärungskampagne, die erklärt, wie im nicht-pazifischen Ausland lebende Pazifikinsulaner*innen sicher, transparent und zuverlässig Online-Geldüberweisungen („*remittances*“) an ihre Familien im Pazifik tätigen können. Gerade in Zeiten der Pandemie hänge das Überleben einzelner Familien von den regelmäßigen Geldeingängen aus dem Ausland ab, hieß es seitens der Weltbank. Ihren Angaben zu-

folge wurden allein im Jahr 2018 weltweit Geldanweisungen in Höhe von 689 Milliarden US-Dollar getätigt.

Die Kampagne informiert in acht Sprachen (darunter auch in Tok Pisin, Bislama und iTaukei) über Fallstricke bei Online-Überweisungen. Sie nennt datensichere Applikationen und betrugssichere Banken und listet detailliert die Kosten für Auslandsüberweisungen in den Pazifik auf. In Werbespots im nationalen Radio und Fernsehen macht die Kampagne auf ihre kostenlosen Info-Flyer und ihre Homepage aufmerksam: www.sendmoneypacific.org

Info: Nach Angaben der Weltbank trugen im Jahr 2017 z.B. die Auslandsüberweisungen zu 20 % zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Königreiches Tonga bei. In Fidischis trugen die Überweisungen im gleichen Jahr mit 6 % zum BIP bei. 500 Millionen Fiji-Dollar wurden 2017 aus dem Ausland auf fidischianische Konten überwiesen.

Laut Weltbank tragen die Geldüberweisungen in allen pazifischen Staaten zur Stabilität der wirtschaftlichen und finanziellen Situation der Menschen bei. Während der Corona-Pandemie hätten sich die „*remittances*“ zu einer „*Retungsleine*“ für viele in ihrer puren Existenz bedrohte Menschen entwickelt, hieß es aus der Weltbank. (*Loop Samoa* 16.02.21, <https://www.getsafeonline.org/commonwealth>)

I am digital-Kampagne

Die Kinderschutzorganisation *Save the Children* und das US-amerikanische Unternehmen *Facebook* haben zum 1. Februar eine fünfwöchige Kampagne in den sozialen Netzwerken gestartet. Die Kampagne behandelt unter dem Motto „*I am digital*“ das Thema „*Sicherheit im Netz*“ und will Kindern und Jugendlichen aufzeigen, wie sie sich im Internet vor Cyber Mobbing, Hasskommentaren und Gewalt schützen können und wie sie das Internet sinnvoll als Lernplattform und für die Recherche einsetzen können.

Die Kampagne läuft zeitgleich in Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa und Tonga in den jeweiligen Sprachen dieser Staaten.

Die Verantwortlichen haben sich Medienprofis mit an Bord geholt. Influencer und pazifische Internetstars sowie Künstler und Fernseh-Moderator*innen füllen die Internetkampagne mit Leben und nutzen ihren Bekanntheitsgrad, um Kinder und Jugendliche auf die Gefahren aus dem Netz aufmerksam zu machen.

Die internationale Nichtregierungsorganisation *Save the Children* und *Facebook* hatten sich zu der Kampagne entschlossen, nachdem immer mehr Kinder und Jugendliche bei „Sorgentelefonen“ um Rat und Hilfe bei Grenzverletzungen im Netz nachsuchten.

([Facebook.com/iamdigitalpac](https://www.facebook.com/iamdigitalpac), *Loop Samoa* 01.02.21)

Podcast aus Mikronesien

Seit diesem Jahr läuft der in Guam von Tony Azios produzierte Podcast „Memoirs Pasifika“ über Streamingdienste wie Spotify und SoundCloud. Auch auf Facebook und YouTube sind die rund 20- bis 30-minütigen Episoden zu finden. Im ersten Podcast geht es um den Besuch von Gouverneur Carlos Camacho bei den Truppen in Vietnam zu Weihnachten 1969 mit dem Titel „Christmas Odyssey in Vietnam“.

Im Podcast sollen Ereignisse, Traditionen und Personen aus Mikronesien sachlich fundiert vorgestellt werden. Dazu arbeitet der Produzent mit Fachleuten zusammen, u.a. mit Geschichtswissenschaftlern von der *University of Guam* und mit dem *Micronesian Area Research Center*.

„Memoirs Pasifika“ ist der erste Podcast aus Mikronesien. Das Pilotprojekt wird finanziell unterstützt, u.a. vom *The Northern Marianas Humanities Council* und dem *Guam Council on the Arts & Humanities*.

Zugänglich ist der Podcast auch über diese Internetseite:

www.memoirspasifika.com

(*Pacific News Center online* 13.02.21)

Gezeitenkalender verteilt

Bereits im Dezember letzten Jahres hat die *Geoscience, Energy and Marine Division* der *Pacific Community* (SPC) den Gezeitenkalender „*Tides Prediction Calendar*“ für 23 Standorte in Ozeanien veröffentlicht und an 14 nationale Wetterstationen und meteorologische Büros verteilt.

Die Kalender werden jährlich von der SPC produziert und vom australischen *Climate and Oceans Support Program in the Pacific* finanziert. Sie werden kostenlos an Fischereigesellschaften, Kleinfischer, Fährgesellschaften, Katastrophenmanager, Tourismusverbände und interessierte Umweltschutzorganisationen verteilt. Diese nutzen den Kalender u.a. zur Planung von Umweltschutzmaßnahmen in Küstennähe oder um sich zu informieren, wo Laichplätze von Meeresgetier zu erwarten sind.

Die Daten für den Tidenkalender liefert das australische *Bureau of Meteorology Tidal Unit* unter Zuarbeit von Messstationen im Pazifik (*Pacific Sea Level and Geodetic Monitoring*). Der Kalender kann kostenlos heruntergeladen werden: <http://oceanportal.spc.int/portal/library/>

(*Pressemitteilung SPC* 21.12.20)

Hilferuf der Tourismusindustrie

Vertreter*innen der australischen Tourismusindustrie haben sich hilfesuchend an die Presse gewandt, nachdem ein Berater des Gesundheitsministers Brendan Murphy in einem Fernsehinterview gesagt hatte, dass die Einreise- und Quarantänebeschränkungen noch bis Ende des Jahres 2021 gelten könnten.

Margy Osmond, die Geschäftsführerin des *Tourism and Transport Forums*, erklärte, der Inlandstourismus könne finanziell keinesfalls die Lücke füllen, die durch das Fehlen der Reisenden aus dem Ausland entstanden sei. Schon das Jahr 2020 habe den Tourismus hart getroffen. 2021 drohe nun ein totales Desaster. Osmond

machte dies an konkreten Zahlen deutlich: So gebe ein chinesischer Tourist während seines Australienurlaubs etwa 8.500 AUS-Dollar aus, ein Einheimischer jedoch nur 1.500 AUS-\$. Osmond forderte die Regierung auch auf, endlich ein einheitliches System von Grenzbeschränkungen und Grenzöffnungen zu etablieren. Ständige Lockdowns von einzelnen Städten wie zuletzt rund um Weihnachten erschwerten auch den Inlandstourismus.

Finanzminister Josh Frydenberg reagierte verhalten auf die harsche Kritik und wies auf die Unterstützungsmaßnahmen für die Tourismusbranche in Millionenhöhe hin, darunter einen regionalen Fonds und Bar-Auszahlungen an Reisebüros.

Mittlerweile hat das *Tourism and Transport Forum* auch eine Kampagne mit dem Titel „Save Tourism. Save Jobs“ gestartet. Wenn zum 30. April 2021 das staatliche Unterstützungsprogramm „JobKeeper“ ende, würden weitere 300.000 Beschäftigte im Tourismussektor ohne Einkommen dastehen, erklärte Osmond. Bereits jetzt hätten über 500.000 Menschen im Tourismusgewerbe ihre Arbeit und damit ihr Einkommen verloren.

(*ABC News* 19.01.21, <https://www.ttf.org.au/save-tourism-save-jobs/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

PNG begrüßt Tiefseebergbauverbot vor Australiens Küste

Die neuguineische, australische und neuseeländische Zivilgesellschaft begrüßen das Anfang Februar beschlossene Verbot des Tiefseebergbaus im australischen Bundesstaat *Northern Territory*.

Angesichts der zerstörerischen Bedrohung durch den Meeresbodenbergbau im Südpazifik hat die

Labour-Regierung des Northern Territory ein Zeichen gesetzt und den Tiefseebergbau dauerhaft verboten, um die Ökosysteme an der sogenannten „Top End-Küste“ von Australien zu schützen.

Die neunjährige Öffentlichkeits- und Protest-Kampagne im Northern Territory, angeführt von traditionellen Landbesitzern, Umweltgruppen, kommerziellen und Freizeidfischern, Tourismusbetreibern und Wissenschaftlern, führte jetzt zu der Entscheidung der regionalen Regierung, den Tiefseebergbau zu verbieten.

Jonathan Mesulam von der Nichtregierungsorganisation *Alliance of Solwara Warriors* in Papua-Neuguinea, erklärte: „Wir gratulieren der Regierung von NT zu dieser Entscheidung. Seit über einem Jahrzehnt wehren wir uns gegen das weltweit erste Tiefseebergbauprojekt, das eine Betriebsgenehmigung erhalten soll, die Solwara 1 Mine in der Bismarcksee, nur 25 km von meinem Heimatdorf entfernt.“

Die Allianz der Solwara-Krieger, die Zivilgesellschaft und die Kirchen von PNG sprechen sich seit Jahren gegen das Projekt *Solwara 1* aus. Dazu gehörte auch ein gemeinsamer Brief im Juni 2019, in dem die Regierung von PNG aufgefordert wurde, alle Lizenzen für den Tiefseebergbau zu streichen und diesen in nationalen Gewässern zu verbieten.

„PNG hat keinen Bedarf an Meeresbodenbergbau. Wir sind gesegnet mit reichhaltiger Fischerei, produktiven landwirtschaftlichen Flächen und Meereslebewesen. Tiefseebergbau wird nur einer kleinen Anzahl von Menschen zugutekommen, die bereits reich sind, und unseren Gemeinden und der Lebensweise der Einheimischen keinen Wohlstand bringen.“, so Mesulam von der Allianz.

Mit der Forderung nach einem Verbot des Tiefseebergbaus in neuseeländischen und papua-neuguineischen Gewässern gibt es auch einen internationalen Ruf nach einem Moratorium für den Tiefseebergbau.

„Der Tiefseebergbau wird nicht nur

zum Verlust von Arten führen und den Meeresboden für Tausende von Jahren schädigen, sondern er wird möglicherweise auch negative Folgen für den Rest des Ozeans und die Menschen haben, die von seiner Gesundheit abhängen“, so Natalie Lowrey von der australischen *Deep Sea Mining Campaign*. (ACT Now 12.02.21)

MoU mit Vanuatu

Die *Melanesian Spearhead Group* (MSG) hat sich als virtueller Gastgeber für Vertreter der Staaten Vanuatu und Papua-Neuguinea betätigt und diesen die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* (MoU) ermöglicht.

Das MoU soll die öffentliche Leistungserbringung beider Staaten verbessern und dafür Regierungsbeamte in Capacity-Workshops und anderen Fortbildungskursen schulen. Ziel ist die Schlagkräftigkeit beamtenrechtlichen Tuns. Unterschrieben haben das MoU seitens Vanuatu Herr James Melteres, der Geschäftsführer der *Kommission für öffentliche Dienstleistungen*, sowie seitens Papua-Neuguineas Herr Michael Barobe, der geschäftsführende Direktor des *PNG Pacific Institute of Leadership and Governance*.

Der amtierende Generaldirektor der MSG, George Hoa'au, zeigte sich begeistert von der Gastgeberschaft der MSG. Dafür sei das Büro der melanesischen Staatengemeinschaft schließlich da und man müsse die Mitgliedsstaaten auch in solchen Angelegenheiten unterstützen, erklärte Hoa'au. (Loop Pacific 13.02.21, <https://www.msgsec.info/>)

Erfolgreicher Abschluss

21 Studenten aus Papua-Neuguinea haben erfolgreich ihren Abschluss an der *Fiji Maritime Academy* (FMA) der University of Fiji gemacht. Die jungen Männer bestanden neben den schriftlichen Prüfungen Ende Januar auch die mündlichen Examina in den Fächern *Bridge Resource Management for Nautical Science* und *En-*

gine Room Resource Management.

Die zehn Studenten im Fachbereich *Marine Engineering* und die elf Studenten im Fachbereich *Nautical Science* waren von ihren Arbeitgebern an die FMA entsandt worden, um dort ihren Abschluss zu machen.

Die 21 Männer sind bei den Firmen *Consort Express Lines* und *Pacific Towing Marine Services Limited* beschäftigt. Nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Kurse wollen sich einige Männer noch weiter an der FMA qualifizieren und ihr Zertifikat als „*Class 3 Watchkeeper*“ erwerben. (Pressemitteilung der Fiji National University 26.01.21)

15 Tote wegen Erdbeben

Bei einem Erdbeben im Dorf Saki im Distrikt Goilala (Central Province) sind Ende Dezember 15 Menschen lebendig begraben worden, darunter auch drei Kinder. Bei den Opfern handelt es sich um Kleinbergbauern, die Gänge und Schächte in den Berg auf der Suche nach Gold getrieben hatten. Die Erdmassen begruben die Gärten der Dorfbewohner*innen.

Takeso Fona vom Katastrophendienst sagte angesichts der Zerstörungen, die Menschen stünden vor einer Hungersnot. Das Dorf Saki liegt zwar nur 100 Kilometer nördlich der Hauptstadt Port Moresby, ist aber nicht über Straßen zu erreichen, sondern nur auf dem Luftweg. Hilfsgüter mussten mit dem Hubschrauber in die entlegene Region transportiert werden.

Der für den Distrikt zuständige Parlamentarier, der neuguineische Verkehrsminister William Samb, sagte bei einem Besuch im Katastrophengebiet, die Goldsucher seien selber schuld an dem Unglück. Sie dürften ihre Dörfer nicht auf Bergkuppen bauen, die sie untertunneln würden.

Info: Schätzungen gehen von 60.000 bis 100.000 Menschen aus, die sich dem Goldabbau in Flüssen und Bergen widmen, darunter auch Kinder, die wegen ihrer Größe gut in Tunnel kriechen können. Nach Angaben von Bergbauexperten

werden rund 5 % der gesamten geförderten Rohstoffe in Papua-Neuguinea durch Kleinbergbauern in Familienbetrieben erwirtschaftet. Eine Lizenz ist für den privaten Abbau nicht nötig. Zwar weiß die Regierung um die gesundheitlichen Gefahren durch die Nutzung von Schwermetallen zum Ausschwemmen von Gold, jedoch gibt es keine Gesetzesgrundlage zum Verbot privat geförderter Rohstoffe. (*World Socialist Website 06.01.21*)

Parteirücktritt von Maru

Zum 15. Januar 2021 ist der Parlamentsabgeordnete für die Region Yangoru/Saussia und stellvertretende Parteivorsitzende der *People's National Congress Party* (PNC), Richard Maru, überraschend aus der Partei ausgetreten. Über seine weitere politische Zukunft wolle er in Ruhe nachdenken. Klar sei bereits, dass er zukünftig eher für die bürgerliche Mitte im Parlament eintreten werde, erklärte Maru.

Richard Maru wurde 2012 als parteiloser Kandidat erstmals ins Parlament gewählt, später trat er dem PNC bei. Von 2012 bis 2017 war er Handels- und Industrieminister, von 2017 bis 2019 Planungsminister.

Maru, der den britischen Titel *Officer of the Most Excellent Order of the British Empire* (OBE) seit 2011 trägt, engagiert sich vor allem für die Gesundheits- und Bildungspolitik im ländlichen Raum: Ihm ist es u.a. zu verdanken, dass die Schulbildung im Primarbereich kostenlos wurde. Der studierte Banker und Betriebswissenschaftler ist ein umtriebiger Politiker, seine Facebook-Seite zeugt von seinem gesellschaftspolitischen Engagement für seinen Wahlbezirk. Seine politische Tätigkeit beschreibt er u.a. mit den beiden Hashtags #GodFirst und #TogetherWeCan. (*Loop PNG 19.01.21, PNG Today 18.01.21, Facebook Profil, http://richardmaru.com/*)

Japaner stellen Logistik für LNG-Projekt

Die japanische Schifffahrtsgesellschaft *Nippon Yusen Kasiha* (NYK) wird schwimmende Lagerstätten für Flüssiggas vor der Küste der Stadt Lae (Morobe Provinz) in Form von Frachtschiffen zur Verfügung stellen und sich auch um den Transport des Flüssiggases aus der Anlage bei Lae kümmern. Die neuguineische Ölgesellschaft *Kumul Petroleum Holdings Limited* hat dazu einen Vertrag mit NYK geschlossen. Unterstützt werden die Japaner bei der Verschiffung von Flüssiggascontainern und bei der Abwicklung des Projektes „*Floating Storage Regasification and Power Generation*“ durch die norwegische Firma *Chiyoda Corporation and Moss Maritime*.

Das Flüssiggas aus der Anlage bei Lae soll nicht nur verschifft werden, sondern wird auch über Pipelines transportiert. Geplant ist die Verladung von 140.000 Kubikmetern Gas auf die japanischen schwimmenden Lagerstätten. NYK aus Japan betrachtet die Gaslagerung als Teil seiner Unternehmensstrategie unter dem Slogan „*Staying Ahead 2022 with Digitalization and Green*“. Ziel des Unternehmens ist es, sich für die Umsetzung der *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen einzusetzen.

(https://www.nyk.com/english/news/2021/20210107_01.html, <https://splash247.com/nyk-participates-in-papua-new-guinea-gas-project/>)

Soldaten werden in USA ausgebildet

Die neuguineischen Streitkräfte *Papua New Guinea Defence Forces* (PNGDF) lassen ihre Offiziere und ranghohe Soldaten im Ausland ausbilden. Generalmajor Gilbert Toropa, der Oberkommandierende der PNGDF, erklärte, man schicke in diesem Jahr zehn Soldaten zur Ausbildung nach Australien und Neuseeland. Sieben Soldaten wurden ausgewählt, um zu Offizieren für die marinen Streitkräfte und für die Küstenwache ausgebildet zu werden. Ihnen

wird der Aufenthalt am renommierten US-amerikanischen *Naval College* finanziert.

Generalmajor Toropo bedankte sich bei den Bündnispartnern Australien, Neuseeland, China und den USA. Er sei dankbar für die Gelegenheit, sein Personal professionell ausbilden zu lassen, so der Militär.

Info: Das *Naval War College* (Marineakademie) ist eine Bildungs- und Forschungseinrichtung der US Navy in Newport, Rhode Island. Zu ihren Kernaufgaben gehört die Entwicklung von Konzepten und Strategien der maritimen Kriegsführung sowie die Schulung und Ausbildung der Offiziere der US Navy. (*PNG Today 23.01.21, https://usnwc.edu/*)

Eltern fordern elektronische Zahlungssysteme

Eltern haben sich mittels der Tagespresse an den Manager der Bankengruppe *Bank of the South Pacific* (BSP), Daniel Faunt, gewandt und um mehr elektronische Zahlungssysteme in den Schulen des Landes gebeten. Es gebe noch an zu wenigen Schulen die Möglichkeit, das verpflichtende Schulgeld für Schüler*innen direkt vor Ort mittels einer elektronischen Überweisung durch eine Debit- oder Kreditkarte zu tätigen, beklagten die Eltern.

Faunt erklärte, es sei nicht für alle rund 8.000 Schulen im Land wirtschaftlich und logistisch möglich, ein elektronisches Bezahlsystem zur Verfügung zu stellen. Zwar erweitere die BSP kontinuierlich ihr elektronisches Überweisungssystem und stattete immer mehr Schulen mit Kartenlesegeräten aus, doch gerade auf dem Land gebe es Engpässe. Eltern müssten aber nicht eigens in die Filialen der BSP kommen, um das Schulgeld in Bar abzuheben oder eine Überweisung zu tätigen.

Vor dem Hintergrund der Kontaktvermeidung in der Coronapandemie habe man nun eine Applikation auf dem Smartphone entwickelt, mit dem sich das

Schulgeld unkompliziert digital überwiesen ließe, erläuterte der BSP-Manager. In der App gebe es einen eigenen Bereich für das Schulgeld. Bereits 130 Schulen seien hier registriert und mit nur einem Klick gelänge die Überweisung des entsprechenden Betrages. Weitere 70 Schulen kämen in naher Zukunft dazu, zeigte sich Faunt optimistisch. (Pressemitteilung BSP Bank 16.02.21)

BOUGAINVILLE

Betroffene legen Beschwerde bei austral. Regierung ein

Bereits Ende September letzten Jahres hat das *Human Rights Law Centre* (HRLC) in Melbourne (Australien) im Namen von 156 Betroffenen bei der australischen Regierung Beschwerde gegen den Bergbau-Konzern *Rio Tinto* eingereicht. In den 1970er und 1980er Jahren hatte das britisch-australische Unternehmen auf Bougainville die Kupfer- und Goldmine in Panguna betrieben. In dieser Zeit kam es zu einer Umweltkatastrophe und schweren Menschenrechtsverletzungen durch den Betreiber. Die Menschen vor Ort leiden noch heute unter den Folgen des Minenbetriebs. Deshalb haben sie jetzt den Bergbau-Multi wegen Umweltschäden und der Verletzung der Menschenrechte angeklagt und eine unabhängige Untersuchung über die Folgen des Ressourcenabbaus in Panguna und der Umgebung der Mine gefordert. Riesige Flächen sind unter dem mit giftigen Mineralien angereichertem Minenabraum verschwunden. Früher waren sie landwirtschaftlich genutzt worden. Noch heute sprechen die Menschen vor Ort von der *Wüste*, die übriggeblieben ist. Das Wasser der Flüsse ist nach wie vor mit Schwermetallen belastet. Die lokale Bevölkerung leidet unter vielfältigen Gesundheitsproblemen, die auf die umweltzerstörerische Hinterlassenschaft zurückzuführen sind. Zu der Vielzahl an Erkrankungen gehören Hautkrankheiten, Atemwegsprobleme und Magen-Darm-Probleme.

Die seinerzeit zwangsumgesiedelten Menschen leben in ärmlichen Verhältnissen. Die Mine wurde bereits im Jahr 1989 stillgelegt; eine geordnete Minenschließung hat es jedoch nie gegeben. Bis heute kursieren immer mal wieder Gerüchte um eine potentielle Wieder-Eröffnung der Mine durch die autonome Regierung von Bougainville.

Rio Tinto war Mehrheitseigner der Firma *Bougainville Copper Limited* (BCL), die wiederum die Panguna-Mine betrieben hatte. Der Konzern machte große Profite mit der Mine. Das Kupfererz wurde zu einem großen Teil nach Hamburg zur Norddeutschen Affinerie (heute *Aurubis AG*) zur Weiterverarbeitung verschifft. Im Juni 2016 verschenkte *Rio Tinto* seine BCL-Anteile. Mit der „Schenkung“ bedachte der Multi die Zentralregierung von Papua-Neuguinea und die Autonomieregierung Bougainvilles (*Autonomous Bougainville Government*, ABG) Daraufhin behauptete *Rio Tinto*, man trage für die Hinterlassenschaften der Mine keine Verantwortung mehr. Dagegen geht das australische Menschenrechtszentrum jetzt vor und hat die Beschwerde der betroffenen Landeigner-Organisationen in und um Panguna unterstützt. In der Beschwerde wird argumentiert, dass sich *Rio Tinto* gravierender Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen schuldig gemacht habe. Sie beruft sich dabei auf die *OECD Guidelines for Multinational Enterprises* zur Wirtschaft und Menschenrechten. Die Beschwerde ist anhängig bei der nationalen OECD-Kontaktstelle, die im australischen Finanzministerium angesiedelt ist.

Der *Rio Tinto*-Konzern hat nach Einreichung der Beschwerde erklärt, man sei sich bewusst, dass es Umwelt- und Menschenrechtsprobleme gebe, und man sei bereit, mit den betroffenen Gemeinden, dem ABG und der Regierung Papua-Neuguineas zu reden. (<https://www.hrlc.org.au/news/2020/9/28/bougainville-communities-file-human-rights-complaint-rio-tinto?rq=Bougainville>, Pazifik-Netzwerkmitglied Dr. Volker Böge auf <https://blog.misereor.de/2020/10/09/rio-tinto-unter-druck-betroffene-legen-beschwerde-bei-regierung-ein/>)

Gemeinsames Kommuniqué

Premierminister James Marape (PNG) und Präsident Ishamel Toroama (Autonomous Bougainville Government, ABG) haben am 11. Januar 2021 eine gemeinsame Erklärung (*Joint Communiqué*) veröffentlicht. Darin verpflichten sie sich, Verhandlungen zu den Ergebnissen des Referendums aufzunehmen. Zunächst muss das Nationalparlament von PNG jedoch das Ergebnis des Referendums ratifizieren. Hier steht noch kein Datum fest.

Die beiden Politiker erklärten, sie wollten nun einen „Moderator“ bestellen, der die Verhandlungen über den künftigen politischen Status von Bougainville leiten soll. In Erinnerung an den verstorbenen Sir Mekere Morauta, der als ehemaliger Premierminister an den Verhandlungen zum *Bougainville Peace Agreement* federführend beteiligt war und dieses auch unterzeichnet hatte, verpflichten sich Marape und Toroama in dem Kommuniqué zu einem friedvollen Umgang auf dem Weg in die politische Zukunft. Die Unabhängigkeit der Insel Bougainville dürfe nicht blutig erkämpft werden. Beide Politiker bestätigten nochmals, dass die politische Unabhängigkeit und die vollständige Lösung von Papua-Neuguinea das letztendliche Ziel aller Verhandlungen seien. Die gemeinsame Erklärung endet mit dem Satz: „*God Bless our people of Papua New Guinea and Bougainville*“. (PNG Fact 16.02.21, <https://reliefweb.int/report/papua-new-guinea/occasion-signing-joint-communicue-prime-minister-papua-new-guinea-honourable>)

Toroama stellt Bericht über 100 Tage Amtszeit vor

Knapp drei Monate nach seiner Vereidigung zum Präsidenten der Autonomen Region Bougainville hat Ishmael Toroama Mitte Dezember vor dem Repräsentantenhaus von Bougainville seinen Rechenschaftsbericht über die ersten 100 Tage im Amt vorgestellt. Zu Beginn seiner Präsidentschaft hatte Toroama sechs Punkte seines

Regierungsprogramms vorgestellt, die er im Laufe seiner Amtszeit systematisch abarbeiten wolle. Anhand dieser Punkte stellte Toroama Erfolge und Misserfolge seiner bisherigen Amtszeit nun vor. So erklärte er, die Vorbereitungen für die Unabhängigkeit Bougainvilles verzögerten sich nicht etwa wegen seiner unzuverlässigen Amtsgeschäfte, sondern wegen personeller Schwierigkeiten im Nationalparlament von PNG. Erst müsste hier Ordnung herrschen, bevor man sich um die Unabhängigkeit weiter kümmern werde, betonte Toroama.

Erfreut blickte der Präsident auf die Projekte zurück, die er in den letzten 100 Tagen erfolgreich an den Start bringen konnte, u.a. das *Integrated Agriculture Project in Tonolei* (Distrikt Buin) und das *Integrated Landowner Registration Programme* in der Bana Free Trade Zone.

Außerdem habe er Geld zur Verfügung gestellt, um drei wichtige Behörden personell neu aufzustellen und die Büros besser auszustatten, sagte Toroama. Es handele sich hierbei um eine Abteilung im Justizministerium, um das Büro des Staatsanwaltes sowie um die Abteilung für Justiz und Rechtsdienste in Arawa.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse seiner ersten 100 Amtstage wandte sich Toroama mit einer Weihnachtsbotschaft an die Öffentlichkeit. Er stellte diese unter den Titel „Being Independence ready by taking responsibility at your own level“. Toroama sagte, Unabhängigkeit sei nicht nur ein rein politisches Konstrukt, das auf der politischen Ebene durchgesetzt werden könne. Unabhängigkeit fange schon im Kleinen an, in der Familie und im Clan. Jede/r könne dazu beitragen, dass aus Bougainville eine erfolgreiche Nation werde. Wörtlich erklärte der Präsident: *„When we talk about “being independent”, it is not just political independence that we should have in mind but also being independent in the way we live our lives at all levels daily.“*

In seiner Weihnachtsbotschaft an die Bevölkerung, die er mit Zitaten aus der Bibel untermauerte, nahm

Toroama kein Blatt vor den Mund. Mit drastischen Worten beklagte er den Drogen- und Alkoholmissbrauch junger Menschen. Diese müssten ihr Leben in den Griff bekommen und beim Aufbau eines unabhängigen Bougainville helfen. Toroama kritisierte ebenso scharf die Korruption unter Politikern und das Verhalten der Bevölkerung, nur die Politiker ins Amt zu wählen, die den Menschen mehr „Cargo“ (Güter) versprechen. Es ginge auch nicht an, dass Eltern den ganzen Tag ziellos herumhängen und auf den Straßen arbeitslos herumsäßen. Eltern hätten eine Vorbildfunktion für Kinder. Nur mit dem „Herumhängen“ käme die Wirtschaft nicht in Gang, hier bedürfe es dringend eines Paradigmenwechsels. *„We need a paradigm shift in the way both Govt and private sector do business.“* (ABC News 15.12.20, Bougainville News.com 15.12.20)

Ehemaliger Sportfunktionär ins Parlament gewählt

Der ehemalige Vorstand der Sportstiftung (*PNG Sports Foundation*) und hochrangige Sportfunktionär Peter Tsiamalili Jr hat einen Parlamentssitz für die autonome Region Bougainville im Nationalparlament von Papua-Neuguinea errungen. Der parteilose Tsiamalili setzte sich mit 37.534 Stimmen gegen seinen Herausforderer Simon Dumarinu (34.790 Stimmen) durch. Auf Platz drei kam mit 19.045 Stimmen Albert Punghau.

Der regionale Parlamentssitz war freigeworden, nachdem der bisherige Inhaber des Sitzes, Joe Lera, zurückgetreten war, um als Präsident von Bougainville zu kandidieren. Die Präsidentschaft hatte jedoch der ehemalige BRA-Militärkommandant Ishmael Toroama gewonnen.

Tsiamalili erklärte, er sehe seine Funktion im Parlament als eine Art „Pressesprecher“ für Toroama. Sein Ziel sei es, im Parlament die Interessen aller drei Provinzen von Bougainville (Central, Nord und Süd) zu vertreten. Er wolle darauf hinarbeiten, dass die drei Provin-

zen enger zusammenarbeiten und *„mit einer Stimme sprechen“*, so der neu Gewählte in einer ersten Erklärung.

Info: Tsiamalili Junior ist der Sohn von Peter Sobby Tsiamalili Senior (1952 - 2007). Dieser war nach erfolgreichen Wahlen im Juni 2005 als erster Hauptverwalter der Autonomen Region Bougainville ins nationale PNG-Parlament gewählt worden. Tsiamalili Senior war später auch Diplomat und Botschafter, der Papua-Neuguinea in Fidschi und Belgien vertrat. (Radio NZ Intern. 09.02.21, Post-Courier 10.02.21, Wikipedia)

SALOMONEN

Facebook bleibt erlaubt

Entgegen einer Ankündigung von Ende letzten Jahres hat die Regierung der Salomonen das soziale Netzwerk *Facebook* nicht abgeschaltet. Kommunikationsminister Peter Shanel Agovaka erklärte den Sinneswandel damit, dass die Regierung sich gegenüber den Bürger*innen nicht „diktatorisch“ verhalten wolle.

Grund für die Überlegung, Facebook zu bannen, waren Cyber Mobbing und Hasskommentare. Die Regierung wollte vor allem Kinder und jugendliche Nutzer*innen davor schützen.

Die Ankündigung hatte zu Protesten vor allem von Kleinstunternehmen in den Städten geführt. Diese sind von der Werbung über Facebook abhängig, um potentielle Kund*innen zu gewinnen. Fast jede/r hat auf den Salomonen ein Mobiltelefon und die Facebook-App funktioniert mit ihrem Messenger-Dienst oft schneller und zuverlässiger als ein Anruf oder eine E-Mail. Sogar die Regierung nutzt die Plattform für die Verbreitung der Reden des Premierministers, für Regierungserklärungen sowie für Gesundheitsinformationen zur Corona-Pandemie.

Ben Afuga, der Gründer und Moderator einer mitgliederstarken „Salomonen-Gruppe“ auf Facebook, begrüßte den Rückzieher der Regierung. Seiner Beobach-

tung nach ist Facebook die populärste Internetplattform für die rund 650.000 Bewohner*innen der Salomon-Inseln. (*Pacific Beat* 15.01.21, *Reuters* 06.01.21)

Projekt zur Katastrophenrisikominderung gestartet

Das von der staatlichen amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation *USAID* finanzierte 1 Million US-Dollar schwere *Disaster Risk Reduction Project* für die beiden Provinzen Malaita und Guadalcanal wird in Kürze umgesetzt.

Das zweijährige Projekt läuft von September 2020 bis September 2022 und wird von dem regionalen Zweig des Kinderhilfswerks *World Vision* verantwortet.

Der für den Pazifik zuständige Direktor von *World Vision*, Jimmy Nadapadap, der online per Zoom aus Indonesien zugeschaltet wurde, sagte, dass die Salomonen zu den am meisten von Katastrophen bedrohten Ländern der Welt gehören. „Dieses Projekt wird eng mit den relevanten Akteuren zusammenarbeiten, um das Katastrophenrisiko zu mindern und die Widerstandsfähigkeit auf Gemeindeebene zu stärken.“, erklärte er. Nadapadap lobte die USA für die kontinuierliche Unterstützung der Salomonen.

Die US-Botschafterin für die Salomonen, Vanuatu und Papua-Neuguinea, Erin McKee, sagte in Port Moresby (Papua-Neuguinea), dass die Salomonen entlang des Pazifischen Feuerrings liegen, der besonders anfällig für Katastrophen ist. „Gemeinsam können wir uns um die gefährdeten Gemeinden kümmern, in denen die Menschen schon ihr ganzes Leben lang leben.“, meinte McKee.

Das Projekt zur Reduzierung des Katastrophenrisikos mit dem Titel "Equipping Vulnerable Communities Project" wird vom *Bureau of Humanitarian Affairs* (USAID) finanziert.

Der Startschuss wurde Ende Januar von Beamten der US-Botschaft, Vertretern der Provinz-

regierungen von Malaita und Guadalcanal sowie von *World Vision*-Vertretern begangen. (*SIBC* 26.01.21)

Erste weibliche Führungskraft im Sport-Komitee

Shalom Akao Waita von den Salomonen ist die erste Frau und die erste Solomon Islanderin an der Spitze des Organisationskomitees für die *Pacific Games 2023* in Honiara.

Die ehemalige Profisportlerin im Basketball und im Netzbasketball nahm 2005 an den *Pacific Mini Games* in Palau sowie 2015 an den *Pacific Games* in Port Moresby (Papua-Neuguinea) teil. 2017 war sie Mitglied im Vorbereitungsteam für die *Pacific Mini Games* in Vanuatu.

Als Leiterin des Komitees soll Waita nun die *Pacific Games* in zwei Jahren auf den Salomonen vorbereiten, vorbehaltlich der Durchführung dieser Sportwettkampferveranstaltung wegen der derzeitigen Corona-Pandemie. Letztmals fanden die Spiele 2015 in Apia (Samoa) statt.

Bereits um ein Jahr auf 2022 verschoben werden mussten die *Pacific Mini Games*, die auf der Insel Saipan (Nördliche Marianen) stattfinden sollen.

Waita kündigte an, zunächst weitere Mitglieder in das regionale Vorbereitungskomitee für die Spiele berufen zu wollen. Außerdem wolle sie bis Ende dieses Jahres einen Haushalts- und Finanzierungsplan für die Spiele aufstellen und einen Sportausschuss bestellen. Auch dank chinesischer Fördergelder liege man bei der Erbauung der benötigten Sportstätten sehr gut im Zeitplan, ergänzte Waita. (*Inside the Games* 10.01., 14.01.21, *Radio NZ Intern.* 16.12.21)

Stipendien für Mädchen

Dr. Méré Motari-Muramura Sovick, Geschäftsführerin der *Melanesian Women Today Organization* aus Seattle (USA), hat mit Hilfe von Sponsoren zehn Stipendien für den Schulbesuch von Mädchen auf den Salomonen zur Verfügung ge-

stellt. Auf den Salomonen schaffen nur 10 % aller Mädchen den High School-Abschluss, nur 33 % aller erwachsenen Frauen können fließend schreiben und lesen. Diese Zahlen haben sie aufhorchen lassen, erklärte die in den USA lebende Leiterin der Nichtregierungsorganisation mit dem Motto „*We can do it!*“. Sie selbst habe mit Hilfe eines Stipendiums studieren können und eine gute Schulbildung sei der Schlüssel zu beruflichem Erfolg.

Dr. Sovick ist die erste weibliche promovierte Ni-Vanuatu. Sie stammt aus dem Dorf Lavatu von der Insel Pentecost und studierte in den USA Medizin.

(<https://www.melanesianwomentoday.org/>,
<https://www.southpacificislander.org/mentor-dr-mere-tari-sovick>)

Anklage wegen Öl-Verklappung

Die *Solomon Islands Maritime Authority* hat eine Klage gegen den Kapitän des Massengutfrachters *Quebec* angekündigt. Nach Angaben der Behörde hat der Frachter wissentlich 1.000 Liter Schweröl in der Graciosa Bay, einem natürlichen Hafen der Insel Nendo in der Temotu Province, ins Meer entsorgt. Das Öl breitete sich auf einer Fläche von einem Quadratmeter aus und wurde auch an Strände geschwemmt. Die Säuberungsaktion der Regierung läuft noch.

Der Frachter hatte am 20. Januar 2021 in der Bucht geankert, um Baumstämme einer chinesischen Abholzungsfirma zu laden.

Info: Die *MV Quebec* wurde 1991 gebaut. Sie läuft unter der Flagge von Panama für das Unternehmen *Feng Sea Shipping* aus Singapur. Seit 2013 haben Inspektoren der Hafenstaatkontrolle (*Port State Control*) in fünf Staaten rund 130 Verstöße und technische Unregelmäßigkeiten festgestellt. (*Maritime Executive Online* 22.02.21, *Splash247.com* 18.02.21, *The Guardian* 18.02.21)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.]

Zyklone Yasa und Ana: Zehn Todesopfer und starke Zerstörungen

In den vergangenen Monaten haben gleich mehrere starke Zyklone Fidschi getroffen und insgesamt vermutlich zehn Todesopfer gefordert sowie heftige Zerstörungen hinterlassen:

Zyklon Yasa hat weite Teile Fidschis am 16. und 17. Dezember 2020 getroffen und vier Todesopfer gefordert. Er war der stärkste gemessene Zyklon im Südpazifik seit Zyklon *Winston*, der im Jahr 2016 44 Menschenleben forderte und aufgrund der ausgelösten Zerstörung als der „teuerste Zyklon“ aller Zeiten gilt. Von Zyklon Yasa, der die höchste Kategorisierung der Zyklon-Stufe 5 erreichte, waren fast alle fidschianischen Landesteile und etwa 95 % der fidschianischen Bevölkerung betroffen. Teile des Landes wurden überschwemmt, über 70 Straßen mussten vorübergehend wegen Beschädigungen gesperrt werden. Die Schäden werden auf mindestens 500 Mio. Fidschi-Dollar (ca. 203 Mio. €) geschätzt.

Zyklon Ana hat am 30. Januar 2021 mit noch vergleichsweise geringer Kraft Teile der Yasawa-Gruppe und am folgenden Tag die Hauptinsel Viti Levu getroffen, wo er unter anderem direkt an der fidschianischen Hauptstadt Suva vorbeizog. Massive Überschwemmungen in Folge des Zyklons forderten vermutlich sechs Menschenleben, zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (Stand: 21.02.2021) war ein Todesopfer offiziell bestätigt, während fünf weitere Personen noch als vermisst galten. Der Sturm erreichte die Zyklon-Kategorie 3. Die Schäden werden auf mehrere Millionen Fidschi-Dollar beziffert. Auch wenn es ebenso wie vor Zyklon Yasa Warnungen und Evakuierungen im Vorfeld von Zyklon Ana gegeben hat, hat die Intensität der Auswir-

kungen des Zyklons viele Menschen überrascht.

Zyklon Bina traf nur wenige Stunden nach Zyklon Ana am 31. Januar 2021 auf Teile Fidschis, war zu diesem Zeitpunkt jedoch von Meteorologen bereits von einem Kategorie-1-Zyklon zu einem tropischen Tiefdruckgebiet herabgestuft worden. Die genauen Auswirkungen des Sturms lassen sich nicht eindeutig von denen von Zyklon Ana unterscheiden, haben die Nothilfe nach Zyklon Ana jedoch deutlich erschwert.

Außerdem formierten sich insbesondere Ende Januar 2021 weitere tropische Stürme vor den Küsten Fidschis, darunter der tropische Zyklon *Lucas*, die das Land jedoch nicht getroffen haben. Dass gleich drei starke Stürme Fidschi in den ersten Monaten der Zyklon-Saison, die noch bis etwa April geht, treffen, gilt als ungewöhnlich. Die Zunahme der Stürme und ihrer Intensität wird von vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht.

Besonders stark waren diesmal die mit den Stürmen einhergehenden heftigen Regenfälle, die zu tagelangen Überschwemmungen und überlaufenden Flüssen geführt haben und vermutlich für den Großteil der Todesopfer verantwortlich sind. Angehörige der fidschianischen Polizei, des fidschianischen Militärs und des *Fiji Natural Disaster Management Office* mussten nach beiden Stürmen zahlreiche Menschen mit Schlauchbotten retten und in Sicherheit bringen. Anfang Februar mussten nach Auskunft der für das Management von Naturkatastrophen zuständigen Behörde noch 10.259 Menschen in insgesamt 318 Evakuierungszentren und Notunterkünften ausharren, darunter etwa die Hälfte Menschen, die dort bereits aufgrund der Zerstörungen von Zyklon Yasa im Dezember 2020 Zuflucht gesucht hatten. Expertinnen und Experten warnen vor dem Ausbruch von Dengue-Fieber und weiterer möglicher Krankheiten.

Wie der unter anderem für das Management von Naturkatastrophen zuständige Minister Inia

Seruiratu dem Parlament mitteilte, sind durch Zyklon Yasa 2.141 Häuser vollständig zerstört worden, weitere 6.184 wurden stark beschädigt. Durch Zyklon Ana seien demnach weitere 31 Häuser vollständig zerstört und insgesamt 6.500 Gebäude beschädigt worden. Auch über 90 Schulen seien bei den Stürmen stark beschädigt worden. Der Wiederaufbau wird vermutlich viele Monate oder gar Jahre in Anspruch nehmen. Sowohl während und nach Zyklon Yasa als auch Zyklon Ana verhängte die Regierung eine Ausgangssperre. Hilfsgüter wurden unter anderem vom neuseeländischen und australischen Militär in das Land gebracht. Neben staatlichen Akteuren versorgen auch Nothilfsorganisationen wie das fidschianische Rote Kreuz zahlreiche Menschen mit Lebensmitteln, Baumaterialien und sonstigen Gütern. Die Schulen im Land wurden bereits vor den Stürmen jeweils vorsorglich geschlossen, zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer halfen mit, Schulen zu Evakuierungszentren für betroffene Menschen umzufunktionieren.

Der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama sagte nach Zyklon Ana, seine oberste Priorität habe nun die Sicherheit der Menschen in Fidschi, wandte sich zugleich aber auch an die Welt und verwies auf den Klimawandel als Treiber der zunehmenden Anzahl an Stürmen im Pazifik. Bainimarama wandte sich vor beiden Stürmen auch in einer Videoansprache an die Bevölkerung und warnte vor den Stürmen. Dennoch überraschte viele Menschen insbesondere die Intensität von Zyklon Ana, dessen Folgen aufgrund seiner Kategorisierung der Stufe „3“ unterschätzt worden war. Fidschis Botschafter bei den Vereinten Nationen, Satyendra Prasad, verwies in einer Ansprache ebenfalls auf den Klimawandel und fügte in einem persönlichen Statement an, dass Rettungsboote auch durch die Straße, in der seine Familie seit 1921 wohne, gefahren seien – und dass es so etwas nie zuvor gegeben habe. Durch die frühen Warnungen vor den Stürmen konnten dennoch möglicherweise noch schlimmere Folgen verhindert wer-

den. Die fidschianische Fluggesellschaft *Fiji Airways* entschied sich etwa, vor Zyklon Yasa seine gesamte Flotte aus größeren Flugzeugen nach Australien und Neuseeland auszufliegen, um Schäden an den Flugzeugen zu verhindern. (Radio New Zealand International 30.12.20, 30.01.21, 01.02.21, 03.02.21, 16.02.21, The Guardian 01.02.21, Deutsche Welle 01.02.21, ABC 01.02.21, 03.02.21, Relief Web 08.02.21, 10.02.21, Fiji Village 19.02.21, Fiji Sun 13.02.21, Wikipedia)

Keine Anklage gegen stellvertretenden fidschian. Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum wegen Bombenanschlägen in 1987

Der amtierende stellvertretende fidschianische Premierminister und Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum muss sich wegen Vorwürfen, als Angehöriger der Pro-Demokratie-Bewegung „*Fiji Freedom Fighters*“ im Jahr 1987 an zwei Bombenanschlägen mit einem Todesopfer beteiligt gewesen zu sein (siehe letzte Ausgabe der *Pazifik aktuell*), nicht vor Gericht verantworten. Der Direktor der fidschianischen Staatsanwaltschaft, Christopher Pryde, teilte im Januar 2021 mit, die sechsmonatige Untersuchung des Falls habe nicht ausreichend Beweise für eine Anklage geliefert. Die Polizei hatte die Untersuchung am 13. November letzten Jahres abgeschlossen und die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft übergeben. Sayed-Khaiyum gilt als wichtigster Strippenzieher der Regierung und wird häufig entweder als zweitwichtigster Mann nach Premierminister Voreqe Bainimarama oder sogar als „De-Facto-Premierminister“ bezeichnet. Die ihm zur Last gelegten Anschläge richteten sich gegen Mitglieder der Familie des damaligen Parlamentsabgeordneten Ratu Filimore Ralogaivau, bei einem der Anschläge kam ein Passant ums Leben, weitere Menschen wurden verletzt. Die Kinder des damaligen Abgeordneten Ralogaivau hatten der Polizei erst im vergangenen Jahr berichtet, sie hätten den damals 22-Jährigen Sayed-Khaiyum als Bombenleger wiedererkannt. Der Vorsitzende der oppositionellen *Fiji Labour Party* und im Jahr

2000 nach einer Geiselnahme und einem Putsch abgesetzte frühere Premierminister Mahendra Chaudhry warf der Staatsanwaltschaft vor, nicht unabhängig zu agieren und durch den Minister beeinflusst zu werden. Die Entscheidung, keine Klage zu erheben, sei keine Überraschung, so Chaudhry. Christopher Pryde dementierte, dass es Versuche der Beeinflussung gegeben habe.

Aiyaz Sayed-Khaiyum hat Anfang März Gerüchte bestätigt, er halte sich derzeit für mehrere wichtige medizinische Eingriffe in Singapur auf. Aufgrund seiner Vielzahl an Regierungspositionen sorgt die Unklarheit über seinen genauen Gesundheitszustand für große Verunsicherung. Eine Koalition aus fidschianischen Nichtregierungsorganisationen hat daher Aufklärung über den Zustand von Sayed-Khaiyum und die Umstände seiner Behandlung in Singapur gefordert. Zwar gab Sayed-Khaiyum bekannt, die Behandlungskosten in Singapur selbst zu tragen, diskutiert wird aber etwa, warum er trotz der derzeitigen Pandemie-bedingten Unterbrechung der regelmäßigen Linienflüge mit einem *Fiji-Airways*-Flug nach Singapur gelangt ist. Die NGO-Koalition forderte Premierminister Voreqe Bainimarama zudem auf, Sayed-Khaiyum, der dem Vernehmen nach vom Krankenbett in Singapur weiterarbeitet, vorübergehend von seinen Pflichten zu entbinden und seine zahlreichen Regierungsaufgaben für die Zeit seiner Erkrankung an andere Personen zu übertragen. (Fiji Sun 07.01.21, FBC News 07.01.21, The Guardian 14.01.21, Fiji Village 07.01.21, 08.01.21, CCF und Fiji Womens' Crisis Center 2.3.2021)

Armutsrate bleibt auf hohem Niveau

Laut den vorläufigen Zahlen des von der fidschianischen Statistikbehörde zwischen Februar 2019 und Februar 2020 durchgeführten *Household Income and Expenditure Survey* bleibt die Armutsrate in Fidschi auf einem hohen Niveau. Die Anzahl der Menschen, die unterhalb der nationalen Armutsgrenze leben, wird basierend auf den

Ergebnissen der Umfrage auf 29,9% der fidschianischen Bevölkerung geschätzt. Die Ergebnisse der Umfrage, die etwa alle fünf Jahre (zuletzt 2013/2014) durchgeführt wird, beinhalten noch keine Auswirkungen der Covid-19-Pandemie oder der jüngsten Zyklon-Zerstörungen. Daher befürchten Expertinnen und Experten, dass die Zahl der in Armut lebenden Menschen in Folge der Pandemie und der jüngsten Zerstörungen durch Zyklone auf mittlerweile über ein Drittel der Bevölkerung angestiegen sein könnte.

Der Vorsitzende der oppositionellen *National Federation Party* (NFP), Biman Prasad, befürchtet gar, dass mittlerweile bis zu 50 % der Bevölkerung in Armut leben könnten. Selbst ohne diesen möglichen weiteren Zuwachs ist die Armut seit der letzten Umfrage leicht gestiegen: von 28,1 % in 2013 und 2014 auf den jetzigen Wert von 29,9 %. In ländlichen Regionen ist der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen mit geschätzten 41,5 % dabei deutlich höher als in städtischen Gebieten, wo etwa 20,4 % der Bewohnerinnen und Bewohner in Armut leben. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass in Fidschi etwa 258.053 Menschen in Armut leben – oder etwa 45.724 Haushalte. Die Armutsgrenze liegt dabei bei einem jährlichen Einkommen von 2.179,39 Fidschi-Dollar (ca. 885 €) pro Erwachsenen. Das durchschnittliche jährliche Einkommen eines Erwachsenen lag laut der Umfrage im untersuchten Zeitraum bei \$ 3.678 Fidschi-Dollar (ca. 1.496 €). (DevPolicyBlog 16.02.21, Fiji Times 12.02.21)

Weiter interner Streit bei Oppositionspartei SODELPA

Nach monatelangen Machtkämpfen in der größten fidschianischen Oppositionspartei *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA), die derzeit 21 der 51 Sitze im fidschianischen Parlament hält, kommt die Partei immer noch nicht zur Ruhe. Nach der Neubesetzung der wichtigsten Parteiämter und dem Rückzug des früheren Premi-

erministers und Putschführers von 1987 Sitiveni Rabuka von der Parteispitze (siehe letzte Ausgaben der *Pazifik aktuell*), versucht ein Parteimitglied nun erneut vor Gericht durchzusetzen, dass die Besetzung des weitgehend formellen und repräsentativen Amtes des Präsidenten der Partei mit Ratu Epenisa Cakobau unrechtmäßig gewesen ist. Insbesondere geht es um die Frage, ob es rechtens war, dass Cakobau sich bereits vor seiner Wahl mehrere Male zu Gesprächen mit der bereits zuvor gewählten Generalsekretärin Emele Duituturaga getroffen habe.

Außerdem kommt es weiterhin zu parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen der Parteiführung und der Mehrheit der Abgeordneten der Partei. Diese waren im Dezember vergangenen Jahres eskaliert, nachdem der zuvor neugewählte Parteivorsitzende Viliame Gavoka unter den SODELPA-Abgeordneten keine Mehrheit erhielt, um auch das Amt des Oppositionsführers im Parlament zu übernehmen. Stattdessen wählten sie den Abgeordneten Ratu Naiqama Lalabalavu zum neuen Oppositionsführer (siehe letzte Ausgabe der *Pazifik aktuell*). Nun haben die Abgeordneten dennoch eine Neuverteilung der Sitzordnung der Abgeordneten vorgenommen, damit der neue Parteivorsitzende Gavoka sowie der Abgeordnete Mitieli Bulanauca prominenter Sitzplätze in den vorderen Reihen des Parlaments erhalten. Dies wiederum hat Kritik zahlreicher traditioneller *chiefs* hervorgerufen, weil dafür neben dem Abgeordneten Anare Jale auch die frühere Oppositionsführerin Ro Teimumu ihren vorderen Sitz aufgeben musste, obwohl sie anders als Gavoka einen Häuptlingstitel besitzt. (*Fiji Sun* 02.02.21, 11.02.21)

6 SODELPA-Abgeordnete wegen Spesen-Betrugs-Vorwurf vor Gericht

Sechs Abgeordnete der oppositionellen Partei SODELPA sowie ein ehemaliger Abgeordneter der regierenden *FijiFirst*-Partei müssen sich derzeit in Suva vor Gericht

verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, sich Spesen in Höhe von insgesamt 186.749 Fidschi-Dollar (ca. 76.000 €) unrechtmäßig erschlichen zu haben. Die Abgeordneten hätten gegenüber der Parlamentsverwaltung falsche Angaben zu ihrem dauerhaften Wohnsitz gemacht, um höhere Zulagen zu erhalten.

Die sechs oppositionellen Abgeordneten plädierten in den ersten Gerichtssitzungen im Dezember 2020 und Januar 2021 allesamt auf unschuldig, während die erste Anhörung des ehemaligen Abgeordneten per Antrag seines Anwalts auf den Februar 2021 verschoben wurde. Dann soll auf Antrag der den Fall untersuchenden Behörde, der *Fiji Independent Commission Against Corruption* (FICAC), auch darüber entschieden werden, ob die weiteren Gerichtsverhandlungen vor dem Obersten Gericht in Fidschi durchgeführt werden sollen. Die Angeklagten sind derzeit gegen Kautions auf freiem Fuß. (*Fiji Village* 25.01.21, *Fiji Times* 25.01.21, *Fiji Sun* 03.12.20, 25.01.21)

Keine neuen Corona-Fälle außerhalb der Grenz-Quarantäne / Vorbereitungen für Impfstart / Premierminister Bainimarama: „Länder wie Fidschi dürfen nicht Verlierer des Impf-Nationalismus sein“

Die Gesamtzahl der seit Ausbruch der Corona-Pandemie bestätigten Covid-19-Infektionen auf Fidschi ist am 1. Februar 2021 auf 56 gestiegen. Allerdings gab es zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (Stand: 21.02.2021) keine aktiven Infektionsfälle und bereits seit über 300 Tagen, seit dem 18. April 2020, keine außerhalb der Grenzquarantäne aufgetretenen sogenannten *community transmissions* mehr. Laut offiziellen Zahlen werden derzeit etwa 1.000 Corona-Tests pro Woche durchgeführt, insgesamt sind mittlerweile 28.503 Tests auf Fidschi durchgeführt worden.

Fidschi hofft darauf, im Laufe des Jahres erstmalig Zugang zu Impfstoffen gegen Covid-19 zu erhalten.

Premierminister Voreqe Bainimarama forderte von reicheren Staaten Unterstützung auch für Länder wie Fidschi. Auch wenn man finanziell benachteiligt sei, sei seiner Regierung die Impfung der Bevölkerung genauso wichtig wie denen reicherer Länder, die sich gerade Impfstoffe sicherten, um ihre Bevölkerungen zügig zu impfen. Länder wie Fidschi dürften nicht, so Bainimarama, die Verlierer dieses „Impfstoff-Nationalismus“ sein. Die globale Pandemie könne nicht überwunden werden, wenn die Impfstoffe nur Menschen in reichen Ländern erreichen würden.

Fidschi hofft ebenso wie viele andere weniger entwickelte Staaten darauf, über die Impfinitiative Covax, die unter anderem von der Bill- & Melinda-Gates-Stiftung gefördert wird, Impfstoffe zu erhalten. Die Repräsentantin der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für den Südpazifik, Corine Capuano, sagte, sie gehe davon aus, dass Fidschi eine erste Lieferung eines Covid-19-Impfstoffes in der zweiten Jahreshälfte erhalte. Demnach stehe aber noch nicht fest, welchen Impfstoff Fidschi erhalten werde. Derzeit werde noch geforscht, welche Impfstoffkandidaten für das warme und schwüle Klima im Pazifik am besten geeignet seien.

Dennoch laufen in Fidschi bereits die Vorbereitungen für mögliche Impfungen. Sowohl der Gesundheitsminister Ifereimi Waqainabete als auch Premierminister Bainimarama warben bereits für Vertrauen in die Impfstoffe und forderten die Bevölkerung auf, sich impfen zu lassen, sobald dies möglich sei. Unter Federführung des Gesundheitsministeriums werden derzeit all diejenigen registriert, welche die Impfung als erste angeboten bekommen sollen – Menschen über 60 Jahren sowie Menschen mit vielen direkten Kontakten, etwa Ärztinnen und Ärzte oder Pflegepersonal. Nach eigenen Informationen sammelt das Gesundheitsministerium des Landes in Abstimmung mit der WHO auch eigene Informationen dazu, welche Impfstoffe für Fidschi am besten geeignet sein könnten. Der stellvertretende Premierminister und Justizminister Aiyaz Sayed-

Khaiyum schlug währenddessen die Einführung eines Impfpasses vor, sowohl in Fidschi als auch global. Dieser Impfpass, bei dem es sich sowohl um ein schriftliches Dokument als auch um eine App oder einen QR-Code handeln könnte, soll demnach dabei helfen, das Vertrauen in Fidschi auch als Reiseland möglichst schnell wiederherzustellen. (*Fiji Village 21.01.21, 26.01.21, 17.02.21, Radio New Zealand International 15.02.21, Xinhua 26.01.21, 27.01.21, Wikipedia, John Hopkins Universität – Stand 21.02.21*)

Covid-19: Fidschi plädiert weiter für "Bula Bubble" mit Australien und Neuseeland

Fidschi setzt sich weiter dafür ein, dass der touristische Reiseverkehr zwischen Australien und Neuseeland wiederaufgenommen wird. Dafür hat das Land erneut die Einführung einer sogenannten „Bula Bubble“ vorgeschlagen, einer gemeinsamen Zone zwischen Australien, Neuseeland und Fidschi, in welcher das Reisen trotz der Covid-19-Pandemie wieder erleichtert wird. Vergleichbare Erleichterungen des Reisens zwischen Neuseeland und Australien, die bei vorübergehenden lokalen Ausbrüchen wieder zurückgenommen werden, gibt es bereits. Auch die Einreise in Fidschi ist grundsätzlich weiterhin möglich, sofern sich ankommende Reisende direkt nach der Ankunft auf Symptome untersuchen lassen und sich anschließend in eine staatliche kontrollierte Quarantäne in einem Quarantänehotel oder einer Quarantäneeinrichtung begeben. Derzeit handelt es sich bei Einreisenden allerdings überwiegend weiterhin um im Ausland lebende Menschen, denen die Rückkehr nach Fidschi ermöglicht wird. Ende Dezember waren vorübergehend auch alle Rückkehrflüge gestrichen worden, nachdem die Sorge vor einer Ausbreitung von Mutationen des Covid-19-Virus zunahm. Mittlerweile müssen Reisende, die aus Großbritannien kommen, daher in separate Quarantäneeinrichtungen. Australien und Neuseeland zeigen sich aber weiterhin zurückhaltend, ernsthafte Verhandlungen mit Fidschi über eine gemeinsame Reisezone auf-

zunehmen, um Reisen auch ohne längere Quarantäne wieder zu ermöglichen – etwa dann, wenn die Reisenden zuvor einen negativen Corona-Schnelltest vorlegen. Bereits im vergangenen Jahr waren entsprechende Absichten Fidschis letztlich gescheitert.

Die Tourismusindustrie von Fidschi, welches vor der Pandemie fast 1 Millionen Besucherinnen und Besucher jährlich zählte, ist durch die Einschränkungen besonders hart getroffen. Eigentlich macht die Tourismusindustrie etwa 40 % der Bruttoinlandsprodukts des Landes aus. Fidschis Tourismusminister Faiyaz Koya sagte, man führe deshalb weiter hochrangige Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern Australiens und Neuseelands, um eine quarantänefreie Einreise von Menschen aus den beiden Ländern zu erreichen. Fidschi habe bewiesen, dass es ein sicheres Reiseland sei, in dem es bereits seit über 300 Tagen keine im eigenen Land erfolgte Ansteckung mit Covid-19 mehr gegeben habe.

Währenddessen hat Fidschi trotz der Pandemie Dreharbeiten für eine neue Staffel der US-amerikanischen Fernsehserie „Survivor“ im eigenen Land genehmigt. Ab Mitte Februar dürfen die Teilnehmenden der Sendung sowie die Crew mit einem negativen Corona-Test und einer anschließenden zweiwöchigen Quarantäne nach Fidschi einreisen. Das Land erhofft sich Arbeitsplätze für bis zu 400 Menschen durch die wieder aufgenommenen Dreharbeiten. (*Radio New Zealand International 22.12.20, 15.02.21, 19.02.21, Fiji Sun 19.02.21, ABC 03.02.21*)

VANUATU

Aufstieg zur „Developing Country“

Am 4. Dezember 2020 ist Vanuatu der Status „*Least Developed Country*“ von den Vereinten Nationen aberkannt worden. Stattdessen rückte der melanesische Inselstaat in die bessere Kategorie der „*Developing Country*“ auf. Die Regierung von Vanuatu beging den

Vorgang mit einer Feier im Parlament und beschloss zwei nationale Feiertage für die Bevölkerung. Botschafter Odo Tevi, der ständige Vertreter von Vanuatu bei den Vereinten Nationen in Genf, zeigte sich erfreut und sagte: „*Graduation shows the world Vanuatu's potential and its ability to achieve its development goals and visions. We will adopt a route of sustainable, resilient and inclusive development that protects our serene ecology and ensures that our children grow up with a new world of opportunities, and a safe and healthy environment.*“

Info: Zu den Pazifikstaaten, die als „*Least Developed Country*“ eingestuft sind, also als Staaten in völliger Abhängigkeit von ausländischer Entwicklungshilfe, gehören die Salomonen, Timor-Leste und Tuvalu.

Zu den „*Developing Countries*“ im Pazifik gehören neben Vanuatu auch die Cook-Inseln, Kiribati, Fidschi, Papua-Neuguinea und Samoa.

Seit Einführung der UN-Klassifikation in verschiedene Stadien der „*Entwicklung*“ im Jahr 1971 ist Vanuatu erst der sechste Staat weltweit, der sich eine Kategorie hochstufen konnte. Insgesamt sind jetzt noch 46 Staaten in der Kategorie der „*Least Developed Countries*“.

(<https://www.un.org/ohrrls/news/vanuatu-graduates-least-developed-country-status>, <https://www.un.org/development/desa/dpad/wp-content/uploads/sites/45/WESP2020Annex.pdf>)

Erfolg für Mehrweg-Windeln

Bereits seit 2018 herrscht auf Vanuatu ein Verbot von Kauf und Nutzung von Produkten aus Plastik. Bisher waren Strohhalme, Plastikgeschirr, Plastiktüten, Einweggeschirr und weitere Plastikartikel verboten. Zum 1. Dezember 2020 wurde das Verbot („*Plastic ban*“) auf Baby-Einwegwindeln ausgeweitet.

Nur rund drei Monate nach Einführung des Mehrweggebots für Babywindeln spricht der lokale Produzent *Mamma Laef* bereits von einer Erfolgsgeschichte. Bei einer

Umfrage unter Familien auf der Insel Efaté gaben 95 % der Befragten an, sie würden gerne Mehrweg- statt Einwegwindeln nutzen. 85 % der Befragten erklärten, sie würden die Produkte von *Mamma Laef* kaufen. Die Teilnehmenden an der Studie lobten neben dem Einsparen von Plastikmüll vor allem den finanziellen Vorteil, da waschbare Stoffwindeln auf Dauer wesentlich günstiger seien als Einwegwindeln aus Plastik und Zellstoff.

Info: Die Firma *Mamma Laef* wurde von dem Ehepaar Mary und Jack Kalsrap gegründet. Der Familienbetrieb stellt neben Windeln auch wiederverwendbare Damenbinden und Einlagen her. Finanziell unterstützt wird die Firma durch neuseeländische Entwicklungshildegelder.

(<https://www.mammaslaef.com/modern-reusable-nappies-overwhelmingly-popular/>)

Straße auf Espirito Santo wird renoviert

Die Renovierungsarbeiten der 65 Kilometer langen *South Santo Road* auf der Insel Espirito Santo haben Mitte Februar begonnen. Die Arbeiten werden von der koreanischen Firma *Korea Consultants International Co Ltd.* durchgeführt. Die ersten sechs Arbeiter aus Korea sind aus der Corona-Quarantäne entlassen worden und haben mit der Erkundung der Schäden begonnen. Das auf mehrere Jahre angelegte Sanierungsprojekt in Höhe von 500 Millionen Vatu sieht u.a. den Abbruch und Neubau mehrerer Brücken vor.

Die *South Santo Road* ist die einzige Inselstraße und verbindet mehrere Dörfer mit dem Krankenhaus und dem Markt in der größten Stadt Luganville. Sie verläuft von Canal nach Tasiriki und ist nicht durchgängig asphaltiert.

Info: Espiritu Santo (kurz: Santo) ist die mit einer Fläche von 3.955,5 km² größte sowie auch die westlichste Insel des melanesischen Inselstaats Vanuatu. Die Insel bildet mit der Insel Malo und einigen kleinen Eilanden die Provinz San-

ma. (*Loop Pacific* 15.02.21, <https://doft.gov.vu/index.php/economy/south-santo-road-economic-assessment>, Wikipedia)

Minister beklagt „Faulheit“ der Beamt*innen

Finanzminister Johnny Koanapo hat die Staatsbediensteten der „Faulheit“ angeklagt. Viele staatliche Projekte könnten nicht durchgeführt werden, weil die Beamt*innen „*inkompetent und unzuverlässig*“ seien, sagte der Minister gegenüber einem Reporter der Tageszeitung *Vanuatu Daily Post*.

Seine Kritik äußerte Koanapo als Vorsitzender des *Nationalen Koordinierungsbüros für die Durchführung staatlicher Projekte*. Das Büro wurde eigens eingerichtet, um Projekte zu beginnen, für die die Finanzierung bereits gesichert ist und die sofort durchgeführt werden könnten.

Als extremes Beispiel nannte der Minister den Neubau des Justizpalastes. Das noch aus Kolonialzeiten stammende hölzerne Gerichtsgebäude war vor rund zehn Jahren einem Brandanschlag zum Opfer gefallen. Bis heute hätten es die Beamten nicht geschafft, die entsprechenden Genehmigungen zum Neubau zu erteilen oder den Auftrag auszuschreiben, bemängelte der Minister. (*Vanuatu Daily Post* 14.02.21)

Marikultur-Anlage in Luganville eröffnet

Mitte Februar hat das Fischereiministerium die größte Marikultur-Anlage in der Stadt Luganville (Insel Espirito Santo) eröffnet. Die Anlage kostete 20 Millionen Vatu und wurde durch die Regierung Vanuatus mit finanzieller Unterstützung durch die *Pacific Community* errichtet. Sie ist spezialisiert auf die Aufzucht von Frischwassergarnelen. Außerdem sollen Fische, Muscheln und Seegurken gezüchtet werden.

Die Zucht soll vor allem zur Ernährung der Familien auf Espirito Santa dienen. Erst im zweiten Schritt ist der Export angedacht.

Die Bewohner*innen der Insel können sich auch Zuchttiere für die eigene Zucht in der Marikultur kaufen.

Info: Marikultur ist Aquakultur im Meer, d.h. die kontrollierte bzw. sinnvoll geplante und dementsprechend vollzogene Aufzucht von aquatischen Organismen im salzigen Meerwasser. Sie basiert meistens auf Netzgehegen im Meer. (*Loop Pacific* 13.02.21, <https://www.vbtc.vu/en/walter-linis-vision-marine-hatchery-launched-in-santo/>, Wikipedia)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Prof. Dr. Matthias Kowasch, Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied, Graz.]

Die 17. neukaledonische Regierung noch immer ohne Präsident

Kein „weißer Rauch“ am Dienstagmorgen, den 2. März 2021 - die zweite Einberufung der neu gewählten Regierung Neukaledoniens durch den Hochkommissar war nicht erfolgreicher als die erste. Einen Monat nach dem Sturz der Regierung scheiterten die elf Mitglieder der Exekutive bei der Ernennung ihres Präsidenten (und Vizepräsidenten) erneut.

Die Regierung Neukaledoniens wird seit 1999, nach Abschluss des Vertrags von Nouméa 1998, nach dem Kollegialitätsprinzip gebildet, ähnlich wie z.B. in der Schweiz. Dies bedeutet, dass eine große Anzahl politischer Akteure unterschiedlicher Couleur in der Regierung vertreten ist. Der Kongress („Congrès“ im Französischen), das neukaledonische Parlament, welches alle fünf Jahre vom Volk direkt gewählt wird (Proporzwahlrecht), benennt die fünf bis elf Mitglieder der Regierung.

In Wahrheit werden die 54 Abgeordneten des Parlaments von den Provinzparlamenten gewählt: Sieben Mitglieder des Parlaments der Provinz der Loyauté-Inseln, 15 Mitglieder des Parlaments der Nordprovinz und 32 Mitglieder aus der Südprovinz. Die letzte Regie-

rung unter dem konservativen Präsidenten Thierry Santa der Anti-Unabhängigkeitspartei „*Avenir en Confiance*“ wurde durch den geschlossenen Rücktritt der Mitglieder der Pro-Unabhängigkeitsparteien am 2. Februar 2021 gestürzt. Die 16. und letzte Regierung Neukaledoniens bestand aus fünf Vertretern der beiden Pro-Unabhängigkeitsparteien „*Union Calédonienne*“ (UC) und „*UNI-Palika*“, aus fünf Vertretern der zwei Anti-Unabhängigkeitsparteien „*Avenir en Confiance*“ und „*Calédonie Ensemble*“ sowie einem Vertreter der „unabhängigen“ bzw. „neutralen“ Partei „*Éveil Océanien*“, welche die wallisische und futunainische Volksgruppe vertritt.

Am 17. Februar wurde schließlich eine neue Regierung gewählt, die das erste Mal in der Geschichte des Landes von Pro-Unabhängigkeitsparteien dominiert wird. Den fünf Vertretern der beiden Anti-Unabhängigkeitsparteien stehen sechs Unabhängigkeitsbefürworter gegenüber, da „*Éveil Océanien*“ und UC eine gemeinsame Liste gebildet hatten und deren drei Vertreter ausschließlich der UC angehören. Ebenfalls drei Vertreter stellt die Partei *UNI-Palika*. Der Regierung gehören zehn Männer und eine Frau an. Die elf Regierungsmitglieder konnten sich in zwei Abstimmungen – die letzte am 2. März – jedoch nicht auf einen Präsidenten und Vize-Präsidenten einigen, da UC und *UNI-Palika* beide eigene Kandidaten ins Rennen schickten und jeweils drei Stimmen erreichten (der Kandidat von „*Avenir en Confiance*“ erhielt vier Stimmen, bei einer Enthaltung). Für die Wahl ist eine einfache Mehrheit, also mindestens sechs Stimmen, notwendig.

Sollte die Regierung keinen Präsidenten wählen, müsste Frankreich die Regierungsgeschäfte Neukaledoniens übernehmen. Die konservativen Parteien appellieren an die beiden Pro-Unabhängigkeitsparteien, sich auf einen Kandidaten zu einigen, da ihr Verhalten die Übertragung der Regierungsgeschäfte von der alten an die neue Regierung blockiert und auch kein Haushalt für das Jahr 2021 verabschiedet werden kann. Der Haus-

halt muss laut Gesetz bis zum 31. März beschlossen werden. Neben dem Haushalt gibt es in Neukaledonien weitere dringende Fragen, die auf eine Lösung warten: die Übernahme der Nickelfabrik von Vale, einer der größten Arbeitgeber des Landes, und die Vorbereitung des nächsten Unabhängigkeitsreferendums im Jahr 2022. Die Verhandlungen und Gespräche werden fortgesetzt. Bis zu einer Einigung leitet die alte Regierung die Alltagsgeschäfte weiter. (*Calédonie 1^{ère}* 02.03.21, <https://la1ere.francetvinfo.fr>, *Gouvernement de la Nouvelle-Calédonie*, 17.2.21 <https://gouv.nc>)

Übernahme der Nickelfabrik von Vale – politische Einigung im Parlament unterzeichnet

Es ist das Ende einer heftigen Polemik, die seit einigen Monaten die Beziehungen zwischen Loyalisten und Unabhängigkeitsbefürwortern in Neukaledonien vergiftet hatte. Die Übernahme der brasilianischen Nickelfabrik Vale war nun Gegenstand eines Abkommens zwischen Vertretern der Südprovinz (von der konservativen Partei „*Avenir en Confiance*“ regiert), wo sich der Industriekomplex befindet, dem pro-unabhängigen Präsidenten des Kongresses, Roch Wamytan, sowie den Vertretern der Kanak-Bürgerinitiative „*Usine du Sud = usine pays*“ (Unabhängigkeitsbefürworter).

Am 4. März wurde die Einigung in Nouméa, der Hauptstadt Neukaledoniens, unterzeichnet. Der Vertrag sieht eine 30 %-Beteiligung der SPMSC vor, einer öffentlichen Bergbau-Holding, die von den drei Provinzen Neukaledoniens getragen wird. Ihr Aktienanteil erhöht sich folglich von 5 % auf 30 %. Weitere 21 % gehen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens und die lokale Bevölkerung, womit sich der Anteil Neukaledoniens an der Nickelfabrik auf insgesamt 51 % belaufen wird. Weitere 30 % der Aktienanteile erhält eine neu zu gründende Finanzierungsgesellschaft („*Goro Resources*“) und 19 % der Schweizer Rohstoffhändler *Trafi-*

gura, gegen dessen Beteiligung die Initiative „*Usine du Sud = usine pays*“ („Fabrik des Südens = Fabrik des Landes“) lange Zeit demonstriert hatte.

Die Einigung konnte erzielt werden, weil die öffentliche Hand in Neukaledonien eine Mehrheit und damit eine Entscheidungsgewalt im Nickelprojekt erhält. Die politischen Vertreter erhoffen sich von dem neuen Anteilsmodell, dass die neukaledonische Bevölkerung und auch die zukünftigen Generationen von der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes profitieren können. Im Vertrag verankert ist ebenfalls eine Vereinbarung über den Respekt und den Schutz der Umwelt.

Weitere Neuigkeit im Zusammenhang mit der Übernahme des Nickelprojektes von Vale: der amerikanische Technologiekonzern und Automobilhersteller *Tesla* hat im Rahmen des Einigungsprozesses mit den neuen Betreibern einen Partnerschaftsvertrag abgeschlossen und wird folglich in den Nickel-sektor in Neukaledonien einsteigen. *Tesla* benötigt Nickel, das „grüne Gold“, für die Produktion seiner Lithium-Ionen-Batterien, die in E-Autos verbaut werden. Elon Musk, der Geschäftsführer von *Tesla*, hat unterstrichen, dass ihm beim Kauf von NHC wichtig sei, dass Nickel in verantwortungsvoller Weise und mit Respekt für die Umwelt produziert wird. Genau diese Bedingungen erfülle, so Musk, die Nickelproduktion in Neukaledonien. (*Le Monde*, 4.3.2021 <https://www.lemonde.fr>, *France Info 1 Outre-Mer*, 4.3.2021 <https://la1ere.francetvinfo.fr/>)

COVID-19 Impfungen in Neukaledonien/Kanaky

Am 18. März 2020 wurde der erste COVID-19 Fall in Neukaledonien gemeldet. Zehn Monate später hatten sich 44 Personen mit dem Virus infiziert, einen Todesfall gab es glücklicherweise nicht zu verzeichnen. Damit sich das Virus nicht lokal weiterbreitet, ordnete die Regierung Neukaledoniens eine verpflichtende Quarantäne für alle Einreisenden an, unabhängig da-

von, ob diese in Neukaledonien leben oder zu Besuch sind. Die Quarantäne erfolgt in speziell eingerichteten Hotels in der Hauptstadt Nouméa.

Bis zum 7. März hatte sich die Anzahl der Corona-Fälle auf insgesamt 67 erhöht, 486 Personen befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Quarantäne. Insgesamt wurden seit März 2020 23.194 Tests auf COVID-19 durchgeführt. Am 7. März wurden jedoch „lokale“ Corona-Fälle festgestellt, bei Personen, die aus Wallis und Futuna nach Neukaledonien zurückgekehrt waren. Um eine Verbreitung des Virus zu unterbinden, wurde von der Regierung Santa ein Lockdown ab dem 9. März verhängt. Schulen werden geschlossen, Flüge nach Wallis und Futuna und auch innerhalb Neukaledoniens (Loyauté-Inseln) werden ausgesetzt. Um das eigene Heim zu verlassen, wird verlangt, eine sog. *Ausgangsbescheinigung* mit sich zu führen – diese Maßnahme wurde bereits früher in Frankreich und auch Neukaledonien angewendet.

Die im Januar 2021 begonnene Impfkampagne wird daneben weitergeführt. Sie wurde in drei Phasen unterteilt. In der ersten Phase sollen Ärzte, Pfleger*innen, Reisende sowie Personen, die mit Reisenden in Kontakt sind, geimpft werden. Dabei handelt es sich um ca. 2.500 Personen. In der zweiten Phase werden Risikogruppen bzw. Personen mit Vorerkrankungen geimpft (ca. 104.000 Personen). Die dritte Phase sieht die Impfung von großen Teilen der Bevölkerung vor (ca. 97.000 Personen). Um eine sog. Herdenimmunsierung zu erreichen, müssten 60 - 65 % der Gesamtbevölkerung geimpft sein, schätzen Gesundheitsexperten.

(Calédonie 1ière, 20.02.21

<https://la1ere.francetvinfo.fr/>; *Gouvernement de la Nouvelle-Calédonie*, 07.03.21
<https://gouv.nc/coronavirus>)

MIKRONESIEN

180 Beamte wegen Corona entlassen

Nördliche Marianen: Gouverneur Ralph Torres hat in einem Schreiben an den Parlamentssprecher und den Senatspräsidenten die Entlassung von 180 Beamt*innen angekündigt. Im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie waren im vergangenen Jahr 516 Regierungsbeamt*innen von der Arbeit freigestellt worden. Davon wurden 269 Angestellte in den unbezahlten Urlaub geschickt. Für 89 Beamt*innen habe man Jobs in anderen Positionen finden können, doch für 180 weitere Angestellte gäbe es leider keine Verwendungsmöglichkeit im Staatsdienst mehr, sagte Torres. Entsprechend des Programms „Reduction-in-Force“ müssten diese jetzt entlassen werden. (KUAM News 10.02.21)

USA unterstützt Ökotourismus-Projekt

Föderierte Staaten: Die Abteilung für *Insular and International Affairs* im US-amerikanischen Innenministerium unterstützt finanziell ein Ökotourismus-Projekt auf der Insel Kosrae (Föderierte Staaten von Mikronesien).

Die *Kosrae Island Resource Management Authority* hat im Nationalpark Mahkontowe auf Kosrae mehrere traditionelle Buschhütten aus Naturmaterialien wie Holz und Schilf gebaut. Die Hütten sollen Wanderern als Picknickplätze und Raststätte dienen. Sie sollen Ausdruck der Wiederbelebung traditioneller Handwerkstechniken auf Kosrae sein und vor allem Ökotourist*innen anziehen, die den Nationalpark auf eigene Faust entdecken wollen. Die Hütten können auch zur Übernachtung genutzt werden.

Info: Die *Mahkontowe Conservation Area* erstreckt sich über die Gebirgskette im Inselinneren. Die

Lokalverwaltung hat einen Antrag auf Aufnahme des 15 Quadratkilometer großen Nationalparks in das US-amerikanische Register als „historischer Ort“ gestellt.

Die Insel Kosrae bildet mit acht weiteren Inseln geographisch die gleichnamige Gruppe der Kosrae-Inseln sowie politisch den östlichsten Bundesstaat der Föderierten Staaten von Mikronesien.

(Marshall Islands Journal 08.01.21, <https://kosraehpo.wordpress.com/mahkontowe-conservation-area/>)

Neue Koordinatorin bei *Blue Prosperity Micronesia*

Föderierte Staaten: Die Umweltschutzorganisation *Blue Prosperity Micronesia*, die sich besonders dem Schutz des Ozeans verpflichtet hat, hat Yolanda Joab Mori als Koordinatorin angestellt. Die Gründerin von „Island PRIDE“ (Umweltschutzorganisation nur für Frauen auf der Insel Chuuk) war bis dato Beauftragte für die Klimawandelpolitik der Föderierten Staaten (FSM) im Büro des Präsidenten David Panuelo. Die Aktivistin befasst sich seit zehn Jahren mit dem Thema Klimawandel und hat einen Fokus ihrer Arbeit auf Bildungsprogramme für Mädchen und Frauen gelegt. Sie arbeitet außerdem mit bei der Arbeitsgruppe „Children and Youth“ der Vereinten Nationen.

Info: *Blue Prosperity Micronesia* ist im vergangenen Jahr hervorgegangen aus einem *Memorandum of Understanding* zwischen der Regierung der FSM und der *Blue Prosperity Coalition*. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, 30% der mikronesischen Küstengewässer unter Naturschutz zu stellen. Außerdem will sie Strategien für eine nachhaltige Wirtschaft auf den Inseln entwickeln sowie das Fischerei-Management verbessern. Grundlage für die Arbeit sind die *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen, denen sich die FSM verpflichtet haben. (Marshall Islands Journal 25.12.20, Facebook, Pressemitteilung Office of the President 19.11.20)

Neuer Präsident vereidigt

Palau: Am 21. Januar ist Surangel Whipps Jr. als Präsident der Republik Palau vereidigt worden. Nach einer Stichwahl konnte sich Whipps mit 5.699 Stimmen durchsetzen. Er ist Nachfolger von Tommy Remengesau Jr., dem Schwager von Whipps. Remengesau hatte das Präsidentenamt von 2003 bis 2021 inne.

Zur Vize-Präsidentin wurde Jerrilyn Uduch Sengebau Senior ernannt. Sie ist seit 19 Jahren die erste Frau im Amt der Vize-Präsidentin.

An der Vereidigung des Präsidenten nahmen die Botschafter*innen der USA, von Australien und von Taiwan teil. Da Palau mit seinen nur 21.613 Einwohner*innen als eines der wenigen Länder weltweit Taiwan als Staat anerkannt, war sogar eigens aus Taipei der Außenminister von Taiwan, Joseph Wu, nach Palau gereist, um dem neuen Präsidenten seine Referenz zu erweisen und die guten Beziehungen der beiden Staaten zu bekräftigen.

Info: Surangel Whipps wurde am 9. August 1968 in Baltimore (USA) geboren. Whipps' Mutter stammt aus Maryland (USA), sein Vater ist Surangel S. Whipps Sr., der in Palau als Geschäftsmann und Senator aktiv war. Whipps Jr. war von 2008 bis 2016 ebenfalls Senator. Er ist Bürger des Staates (bzw. der Verwaltungseinheit) Ngatpang. (CIA World Factbook online, PNC Guam 21.01.21, Radio NZ Intern. 25.1.21, Wikipedia)

Zweites Seekabel geplant

Palau: Mit finanzieller Unterstützung in Höhe von 30 Millionen US-Dollar wollen die USA, Australien und Japan die Verlegung eines zweiten Telekommunikations-Seekabels nach Palau unterstützen. Das neue Fiber-Optik-Kabel PC2 soll an das unterseeische Hauptkabel zwischen Australien und den pazifischen Inselstaaten angeschlossen werden. Wie die australische Botschafterin für Palau, Richelle Turner, erklärte, gibt es über 17.000 Internetanschlüsse auf Palau, das entspricht einer In-

ternetnutzung und Verfügbarkeit in Höhe von 94 % der Bevölkerung. Durch die Zunahme der Internetnutzung und den starken Anstieg im Datenverkehr etwa durch die Nutzung von Streamingdiensten ist laut Turner ein zweites Datenübertragungskabel zwingend nötig.

Der japanische Botschafter Akira Karasawa sagte, das Kabel symbolisiere auch die gute trilaterale Partnerschaft zwischen Japan, USA und Australien als Partner für Palau.

Der Präsident Palaus wies darauf hin, dass ein zweites Kabel nützlich sein könnte, sollte die erste Leitung nicht funktionieren. Die Unterhaltskosten für das PC2 in Höhe von ca. zwei Millionen US-Dollar könne man auch gut aus dem Jahreshaushalt stemmen, hieß es weiter. (PNC Guam online, Louella Losinio)

Neue Orthographie-Regeln

Guam: Die Mitglieder einer Kommission mit Vertreter*innen u.a. des Bildungsministeriums von Guam, des Büros für katholische Bildung, der *Chief Hurão Academy*, der Universität von Guam und des Guam *Community Colleges* haben Änderungen an der Orthographie der Sprache Chamorro vorgenommen, die eine einheitlichere Schreibweise ermöglichen. Die Orthographie des Chamorro war zuletzt 1983 aktualisiert worden. Neue Begriffe und die zunehmende Nutzung des Chamorro nur noch als gesprochene Sprache machten die Reform des Lehrbuches notwendig.

Chamorro ist eine west-malayopolynesische Sprache und gehört damit zu den austronesischen Sprachen. Gesprochen wird Chamorro auf den Nördlichen Marianen und auf Guam.

Info: Die Orthographie-Broschüre ist etwa 40 Seiten dick und besteht aus den Symbolen und Abkürzungen der Chamorro-Sprache, 17 orthographischen Regeln und einem Glossar. Die neue Rechtschreibung ist auch elektronisch auf der Website der Kommission verfügbar:

www.kumisionchamoru.guam.gov
Auf dieser Website befinden sich zweisprachige Informationen zur Kultur und Tradition der Chamorro, die die Kommission zusammengetragen hat. Die Kumisión i Fino' CHamoru yan i Fina'ná'guen i Hestoria yan i Lina'la' i Taotao Tāno' (englisch: *Commission on Chamoru Language and the Teaching of the History and Culture of the Indigenous People of Guam*) beschreibt ihre Ziele wie folgt: "We lead nation-building efforts to insure the continuity of our Chamoru peoplehood and nationhood by fostering the restoration and revitalization of our language, culture and history as Guahán's taotao tāno'." (Pacific Daily News 16.02.21)

SMARTEN-Workshop für Erneuerbare Energien

Nauru: Nauru verfügt über knappe lokale Energieressourcen, die sich auf Solarenergie und Biomasse beschränken. 99 % der benötigten Energie werden über fossile Brennstoffe aus dem Ausland importiert. Um dies zu ändern, hat der Inselstaat das Projekt *Supporting Mainstreamed Achievement of Roadmap Targets on Energy in Nauru* (SMARTEN) gestartet.

Das Projekt zielt darauf ab, den Einsatz von machbaren Technologien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu erhöhen, um die sozioökonomische Entwicklung in Nauru in Übereinstimmung mit den Zielen der Energie-Roadmap des Landes zu unterstützen, die in der *Nauru Energy Roadmap 2018-2020* beschrieben sind.

Bei der offiziellen Eröffnung eines SMARTEN-Workshops am 10. Dezember 2020 in der Hauptstadt Yaren erklärte der Direktor der Energieabteilung, Herr Midhun Ajaykumar: „Ich möchte zu Beginn die Wichtigkeit der Energiesicherheit in einem kleinen Inselstaat wie Nauru hervorheben, besonders in dieser Zeit der globalen Pandemie, da diese die Treibstoff- und Lebensmittelversorgungskette aller kleinen Inseln auf drastische Weise beeinträchtigt. Es ist notwendig, dass wir die Energiewende be-

schleunigen, um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren."

Teilnehmende am Workshop waren u.a. Vertreter*innen der Nauru Utilities Corporation, des Ministeriums für Handel, Industrie und Umwelt, des Ministeriums für Klimawandel und nationale Resilienz, sowie Mitarbeitende aus dem Transportwesen, dem Bildungswesen und dem öffentlichen Gesundheitswesen. Auch ein Vertreter der Gemeinde und ein Vertreter des Privatsektors nahmen an dem Treffen teil.

Diskutiert wurden Managementvereinbarungen, Kofinanzierungsquellen und der mehrjährige Arbeitsplan, der die erwarteten Ergebnisse für die nächsten vier Jahre liefern soll. Der Workshop bot die Möglichkeit, notwendige Anpassungen des ursprünglichen Arbeitsplans und des Budgets zu diskutieren und vorzunehmen, da zwischen der Genehmigung der Finanzierung und dem Projektstart eine Lücke bestand.

In ihrer Grundsatzrede sagte die UNDP-Teamleiterin (*United Nations Development Programme*, UNDP) für Resilienz und nachhaltige Entwicklung, Winifereti Nainoca: *„UNDP freut sich, seine Unterstützung für Energieaktivitäten fortzusetzen, um die Lebensgrundlagen zu verbessern und nachhaltige Entwicklungsziele auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu erreichen.“*

Zu den wichtigsten SMARTEN-Aktivitäten gehören die Formulierung neuer Instrumente, um die Anwendung von Technologien und Maßnahmen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Energie- und Endverbrauchersektor zu regeln; finanzielle und steuerliche Anreize, um die Einführung von Technologien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu begünstigen und anzuregen sowie Trainingsprogramme für lokale technische Experten für die Planung, Konstruktion und Installation von Technologien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Info: SMARTEN ist ein Projekt zur

Eindämmung des Klimawandels, das von der *Global Environment Facility* finanziert und vom UN-Entwicklungsprogramm umgesetzt wird. Die Projektmanagementeinheit ist in der Energieabteilung von Nauru in der Abteilung für Klimawandel und nationale Resilienz angesiedelt.

(<https://www.pacific.undp.org/content/pacific/en/home/presscenter/pressreleases/2021/project-to-support-the-achievement-of-nauru-energy-targets.html>)

Nauru feiert Jahrestag

Nauru: Am 31. Januar 1968 wurde Nauru unter Führung des Gründungspräsidenten Hammer DeRoburt von Australien unabhängig und eine völkerrechtlich souveräne Republik. Den 53. Jahrestag der Unabhängigkeit feierten die knapp 10.000 Bewohner*innen in diesem Jahr mit einem katholischen Gottesdienst, an dem neben dem Präsidenten Lionel Aingimea und seiner Frau Ingrid auch Parlamentssprecher Marcus Stephen, der Oberste Richter Daniel Fatiaki sowie weitere Kabinettsmitglieder teilnahmen.

Nach der Messe fand ein Fest in der Aula des Kayser College statt, in dessen Verlauf auch die neue Grundschule auf dem Campus von dem Präsidenten eingeweiht wurde. Außerdem nahm der Präsident den neu angeschafften Schulbus des Schulcampus in Betrieb. Etlliche Politiker hatten sich dafür eingesetzt, dass die Schulen auf dem Gelände einen eigenen Schulbus bekommen. (*Nauru Media News* 31.01.2021)

MARSHALL-INSELN

Gefängnis voll

Nach Angaben des *Marshall Islands Police Department* ist das staatliche Gefängnis in Majuro derzeit mit 45 Männern bis auf den letzten Platz belegt. Vize-Polizeikommandant Eric Jorban sagte, man habe die Gefangenen zusammenlegen müssen, um Platz zu schaffen für neue Häftlinge. Leider kämen derzeit ständig neue Häftlinge, die untergebracht wer-

den müssten. Ein Gefängnisneubau stehe aber nicht zur Diskussion, so Jorban.

Info: Auf den Marshall-Inseln leben ca. 58.500 Menschen. Pro 100.000 Einwohner*innen sind 66 Personen inhaftiert und es werden vier Fälle von Mord und Totschlag verzeichnet. Seit Jahren liegt die Auslastung des einzigen Gefängnisses in der Hauptstadt bei mindestens 97 %. (*Marshall Islands Journal* 05.02.21, <https://www.prisoninsider.com/en/countryprofile/files-marshall-2020>, <https://prisonstudies.org/country/marshall-islands>)

Online-Akkreditierung der neuen Botschafterin

Am 14. Januar 2021 hat die neue nicht-residentielle australische Botschafterin für die Marshall-Inseln und die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), Joanne (kurz „Jo“) Cowley ihren Akkreditierungsbrief online dem Präsidenten David Kabua und einigen Mitgliedern des Kabinetts vorgelegt.

Bei der online-Zeremonie gratulierte Kabua der neuen Botschafterin und sagte, er freue sich über die Pläne Australiens, längerfristig eine eigene Botschaft in Majuro aufzubauen. Botschafterin Cowley ist in Pohnpei (FSM) stationiert. Sie betonte die langjährigen guten Beziehungen zwischen Australien und den Marshall-Inseln und erklärte, sie freue sich auf die Zusammenarbeit.

Info: Jo Cowley hat einen *Bachelor of Arts* der *University of Sydney*. Sie war bereits als Botschafterin in Italien und in Neuseeland. Zuletzt arbeitete sie im australischen Außenministerium in Canberra.

(<https://www.dfat.gov.au/about-us/our-people/homs/Pages/ambassador-to-federated-states-of-micronesia>)

Bücher ins Chinesische übersetzt

Gleich drei Bücher über die Marshall-Inseln konnten mit finanzieller Unterstützung durch den taiwanesischen *Council of Indigenous Peoples* und das taiwanesisches Kul-

tusministerium ins Chinesische übersetzt werden. Als Grund für die Übersetzung gab das taiwanische Ministerium an, man hoffe, damit die geographische Distanz zwischen Taiwan und seinen befreundeten Nachbarn im Pazifik überbrücken zu können.

Die Übersetzungen der Bücher wurden im Rahmen einer Feier in Taipei vorgestellt, an der auch die Botschafterin der Marshall-Inseln für Taiwan, Neijon Edwards, teilnahm.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Werke:

1. Holly Barker: Bravo for the Marshallale: Regaining control in a post-nuclear, post-colonial world. (2004)
 2. David Armitage (Hrg.): Pacific Histories: Ocean, Land, People. (2004)
 3. Kathleen Adams und Kathleen Gillogly: Everyday Life in South-east Asia. (2011)
- (*Marshall Islands Journal* 29.01.21)

Corona-Aufklärung in Marshalleisich

Die in Majuro ansässige Nichtregierungsorganisation "Research Education Community Organization" hat mit finanzieller Unterstützung des kanadischen *Fund for Local Initiatives* einen vierminütigen Zeichentrickfilm produziert. Der Zeichentrickfilm wurde in der Sprache der Marshall-Inseln, dem Kajin Majel, mit englischen Untertiteln produziert. Er erklärt die Corona-Schutzmaßnahmen wie häufiges Händewaschen und allgemeine Hygieneregeln. Der Film kann bei YouTube angeschaut werden. (*Marshall Islands Journal* 18.12.20)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Australier spenden Lagerhalle

Tonga: Die australische Botschaft in Tonga hat eine sturmsichere Lagerhalle im Wert von 605.000 AUS Dollar sowie Material zur Erstausrüstung nach Naturkatastrophen im Wert von 8.200 AUS-\$ finanziert. Die Lagerhalle und ihre Warenbestände sind für das *National Emergency Management Office (NEMO)* und sollen im Falle einer Katastrophe über die erste Zeit hinweghelfen. In der Halle sollen Hilfsgüter und Baumaterial gelagert werden, die für einen Wiederaufbau nach Wirbelstürmen, Flutwellen oder Erdbeben geeignet sind.

Im Zuge der Strategie eines „resilienten Tongas“ in Bezug auf Naturkatastrophen hat die Regierung zudem eine Website des NEMO eingerichtet. Hier erhalten Bürger*innen Informationen und Packlisten, was im Falle eines Zyklons mitzunehmen ist, wo sich Versammlungspunkte befinden und was im Falle von Trinkwasser- und Nahrungsmittelknappheit zu tun ist. Derzeit finden sich auch Informationen rund um das Corona-Virus auf der Seite. (<http://nemotonga.gov.to>, *Loop Tonga* 16.02.21)

Brite wird Richter am Obersten Gericht

Tonga: Der britische Staatsanwalt und Rechtsanwalt Nicholas Cooper ist für den Zeitraum von einigen Monaten zum Richter am Obersten Gerichtshof von Tonga berufen worden. Cooper trat sein Amt zum 1. März an. Er ist Nachfolger von Richter Cato, der im vergangenen Jahr pensioniert wurde. Cooper war bis zu seiner Berufung an das tongaische Gericht in der Hauptstadt Nuku'alofa Mitglied der

Rechtsanwaltskammer 15, New Bridge Street in London (Großbritannien) und hier u.a. zuständig für Fälle der Wirtschafts- und Drogenkriminalität. Schwerpunkt seiner Tätigkeit im tongaischen Justizwesen soll deshalb auch der Kampf gegen den Drogenhandel sein. (*Matangi Tonga* 05.02.21, 01.03.21, *Loop Pacific* 08.02.21)

Zu viele Hunde wegen Corona

Tonga: Mit der Schließung der Grenzen wegen der Coronapandemie ist das „Project Kuli“ der *South Pacific Animal Welfare Organisation (SPAW)* zum Stillstand gekommen. Das Projekt zur Kastrierung und Entlausung freilebender Hunde auf Tonga wird jährlich durch SPAW-Tierärzte durchgeführt. In normalen Jahren rückte ein SPAW-Team mit Tierärzten und Tierpflegern vier- bis sechsmal pro Jahr an, um die Hunde zu kastrieren und sie auf ihren Gesundheitszustand hin zu untersuchen. Die Teams schaffen bei ihren Einsätzen die Kastration und Untersuchung von bis zu 1.200 Tieren. Wegen Corona fand der letzte dieser Einsätze im Dezember 2019 statt, was bis dato zu einer Überpopulation besitzloser Hunde auf Tonga geführt hat. Schätzungsweise 20.000 Tiere leben allein auf der Insel Tongatapu.

Angela Glover, die Vize-Präsidentin der *Tonga Animal Welfare Society*, erklärte, man sei abhängig von den Tierärzten und dem Fachpersonal aus dem Ausland, da es keine Tierärzte auf Tonga gebe. Auch habe man keine Medikamente zur Behandlung des für Hunde lebensbedrohlichen Parvovirus.

Cheftierarzt Dr. Geoff Neall von SPAW erklärte, man habe etwas über Telemedizin helfen können, aber Operationen seien darüber natürlich nicht möglich.

Info: Die Tierschutz-Organisation *South Pacific Animal Welfare (SPAW)* hat ihren Sitz in Neuseeland. Die Organisation rekrutiert

unter Tierärzt*innen und Tierpfleger*innen Freiwillige und sendet diese nach Tonga, Fidschi, Samoa, Niue und auf die Cook-Inseln. Die medizinische Versorgung sowie die Kastrationen der freilebenden Hunde sind für die Regierungen der Pazifikstaaten kostenlos, die Organisation finanziert sich über Spenden. Mit dem Königreich Tonga arbeitet SPAW bereits seit zehn Jahren zusammen.

(<http://spaw.org.nz/>, *Pacific Beat* 16.01.21)

Beach-Cleanup

Tonga: Mitarbeitende und ehrenamtliche Mitglieder der Nichtregierungsorganisation „No Pelesitiki“ (Kein Plastik) sowie kirchlich engagierte Jugendliche aus einer Gemeinde haben Mitte Februar einen großen Beach-Cleanup an der Küste der Hauptstadt Nuku'alofa durchgeführt. Die Freiwilligen reinigten auch die Gegend rund um den Kai von Plastikmüll und Treibgut. Anschließend veranstalteten sie einen Schwimmwettbewerb.

Ein Sprecher des Umweltministeriums begrüßte die Aktion, die unter dem Motto stand: „Let us keep Tonga clean!“. (*Loop Pacific* 15.02.21, *Facebook Fasi Youth*)

Samoa fordert Verlegung des USP-Hauptcampus nach Apia

Samoa: Wegen der aktuellen Kontroversen um die regionale Universität *University of the South Pacific* (USP) und der Kritik an Fidschis Ausweisung des Vize-Rektors der Universität, Pal Ahluwalia, fordert Samoa die Verlegung des Hauptcampus der Universität aus der fidschianischen Hauptstadt Suva in die samoanische Hauptstadt Apia. Nachdem bereits zuvor über eine erneute Initiative Samoas zur Verlegung des Hauptsitzes der Universität diskutiert worden war, hat Samoas Premierminister Tuila'epa Sa'ilele Malielegaoi am 11. Februar 2021 offiziell angeboten, dass der Sitz der Universität nach Samoa verlegt werden könnte. Wie er selbst sagte, handle es sich dabei bereits um eine

seit langer Zeit gehegte Vision des Staates, welche durch die aktuellsten Geschehnisse neue Bedeutung bekommen habe. In der Tat hatte Samoa vor allem nach dem Militärputsch in Fidschi im Jahr 2006 und der darauffolgenden Suspension Fidschis aus der Regionalorganisation *Pacific Islands Forum* ab 2009 erfolglos versucht, sich als neues regionales Zentrum im Pazifik zu etablieren und etwa den Hauptcampus der Universität, aber auch das Sekretariat des *Pacific Islands Forums* und weitere regionale Einrichtungen, nach Apia zu verlegen. Der derzeitige Hauptcampus in Suva ist der mit Abstand größte der Universität, die jedoch auch Ableger in allen anderen pazifischen Inselstaaten unterhält.

Selbst wenn ein Großteil der Studierenden vorerst in Fidschi bleiben sollte, wäre der Umzug von Verwaltung und zentralen Einrichtungen der Universität nach Samoa ein enormer Akt – und könnte langfristig auch durch den Zuzug von Studierenden aus der gesamten Region eine große wirtschaftliche Bedeutung für Samoa entwickeln. Noch ist ein umfangreicher Umzug in absehbarer Zeit aber unrealistisch, sowohl weil unklar ist, ob es dafür politische Unterstützung gibt, als auch weil Apia derzeit kaum ausreichende Kapazitäten besitzt, um deutlich zunehmende Zahlen an Student*innen etwa in Studierendenwohnheimen unterzubringen.

Nicht nur die fidschianische Regierung, auch die Oppositionsparteien des Landes, plädieren für einen Verbleib der Universität in Suva. Ein Wechsel der Universität in ein anderes Land wäre ein „trauriger Tag“ für Fidschi, sagte Biman Prasad, Vorsitzender der oppositionellen *National Federation Party*. Er hoffe jedoch auf eine zügige Aufklärung der Ausweisung Ahluwalias, die ein deutliches Warnsignal an die fidschianische Regierung sende. (*Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Quelle: Radio New Zealand International* 04.02.21, 12.02.21, *The Diplomat* 12.02.21, *Fiji Village* 05.02.21, *Samoa Observer* 05.02.21)

Vorbereitung auf UPR

Samoa: Mitte Februar fand in Apia ein Workshop für Nichtregierungsorganisationen statt, in dem diese Informationen zur *Universal Periodic Review* (UPR) bekamen. Veranstaltet hatte den Workshop das Büro der Ombudsfrau in Kooperation mit der fidschianischen Botschaft/Abteilung für Menschenrechte. In dem Workshop konnten Mitarbeitende der samoanischen Zivilgesellschaft lernen, welche Möglichkeiten sie haben, schriftliche Eingaben zur Menschenrechtssituation beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) zu machen. Deadline für diese Eingaben ist der 25. März. Das UPR ist im November 2021 angesetzt. Es ist bereits die dritte Überprüfung seit der Einführung der UPR. Die erste fand 2011 statt, die zweite 2016.

Info: Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen praktiziert seit dem Jahr 2007 ein Prüfverfahren, dem sich alle Mitgliedsländer regelmäßig unterziehen sollen: den sog. *Universal Periodic Review* (UPR). Grundlage für diese Überprüfung der Menschenrechtssituation in den beteiligten Ländern sind die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die vom jeweiligen Mitgliedsland ratifizierte Menschenrechtsabkommen sowie ggf. auch das Humanitäre Völkerrecht, welches in bewaffneten Konflikten gilt. (*Loop Pacific* 16.02.21, <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/Pages/WSIndex.aspx>, <https://www.ohchr.org/EN/countries/AsiaRegion/Pages/WSIndex.aspx>, *Wikipedia*)

Neue Ombudsfrau

Samoa: Die Rechtsanwältin Afioga Luamanuvao Katalina Sapolu ist Mitte Februar zur Ombudsfrau für Samoa ernannt worden. Die Berufung erfolgte nach dem Rücktritt von Afioga Maiava Iulai Toma, die das Amt rekordverdächtige 27 Jahre innehatte.

Sapolu studierte Jura an den Universitäten von Auckland (Neuseeland) und London. Neben dem Jura-Examen hat sie auch einen Ba-

chelor of Arts in Philosophie von der *University of Newcastle* (Australien). Von 1999 bis 2002 arbeitete sie als Anwältin bei Sapolu und Co. in Apia. 2002 übernahm sie im Sekretariat des Commonwealth in Großbritannien die Rechtsabteilung (*Head of the Legal and Constitutional Affairs Division*), die sie 15 Jahre leitete. Von 2013 bis 2017 war sie Direktorin der Abteilung für Rechtsstaatlichkeit im Sekretariat des Commonwealth. 2019 kehrte sie nach Samoa zurück. Hier arbeitet sie als Anwältin und Direktorin von *PL Strategy Consulting Limited*.

Info: Eine Ombudsfrau erfüllt die Aufgabe einer unparteiischen Schiedsperson. Ziel ist die außergerichtliche Beilegung eines Streits. Es handelt sich um ein Ehrenamt. (*Loop Samoa 12.02.21, <https://samoaglobalnews.com/luamanuvaokatalina-sapolu-appointed-ombudsman-of-samoa/>*)

Mehr Überweisungen wegen Corona-Krise

Samoa: Laut eines Berichtes der *Central Bank of Samoa* aus dem Dezember letzten Jahres gingen die Einnahmen aus der Tourismusindustrie im Jahr 2020 gegen Null. Im Vergleich zum Dezember 2019 stiegen jedoch die Überweisungen durch im Ausland lebende Samoaner*innen an ihre Familien in Samoa („remitances“) bis Dezember 2020 um 0,3 % an. Sie betragen im Jahr 2020 4,2 Millionen US-Dollar. Ein Großteil der Überweisungen wurde dabei aus Amerikanisch-Samoa getätigt. Die anderen Überweisungen gingen aus Neuseeland und Australien ein, wo jeweils große Gruppe von ausgewanderten Samoaner*innen leben.

Als Grund für die Zunahme der Überweisungen nennt die *Central Bank* die Corona-Krise und ihre Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft(-skraft). Die Bank prognostiziert für das laufende Jahr erneut einen Anstieg der Überweisungen. Bereits in den ersten zwei Monaten dieses Jahres verzeichnete die Bank einen Zuwachs an Überweisungen in Höhe von 13,3%. (*Radio NZ Intern. 15.02.21*)

FRZ.-POLYNESIEN

25 Jahre nach dem letzten Atomwaffentest

Am 27. Januar 1996 fand auf dem Atoll Fangataufa (Tuamotu-Archipel) der letzte französische unterseeische Atombombenversuch statt. Vor 25 Jahren detonierte in der Lagune von Fangataufa die Atombombe „Xouthos“ mit einer Sprengkraft von 120 Kilotonnen. Es war der 193. Atombombenversuch der Franzosen und der 147. unterseeische, der vom *Centre d'expérimentation du Pacifique* durchgeführt wurde. „Xouthos“ beendete die Serie von sechs unterseeischen Kernwaffentests in der Lagune von Fangataufa.

Mit diesem letzten Atombombenversuch verletzte die französische Regierung ein Moratorium über die Zündung von Atombomben im Pazifik, das der sozialistische Präsident François Mitterrand 1992 unterzeichnet hatte. Mitterrand war am 8. Januar 1996 an einer Prostatakrebserkrankung gestorben, nachdem er im Mai des Vorjahres nicht mehr zu den Präsidentschaftswahlen angetreten war. Die weltweiten Proteste gegen die französischen Atomwaffentests im Pazifik - und hier speziell auf Moruroa - führten dazu, dass Frankreich am 24. September 1996 den *Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen* (Atomwaffensperrvertrag) ratifizierte.

Info: Der Atomwaffensperrvertrag ist ein internationaler Vertrag, der das Verbot der Verbreitung und die Verpflichtung zur Abrüstung von Kernwaffen sowie das Recht auf die „friedliche Nutzung“ der Kernenergie zum Gegenstand hat. Der Vertrag wurde von den fünf Atom-mächten USA, Frankreich, VR China, Großbritannien und der Sowjetunion initiiert und trat am 5. März 1970 in Kraft. (*Radio 1.pf 27.01.21, Wikipedia*)

Beobachtung von Zugvögeln

Ende Januar unternahmen acht Wissenschaftler*innen des *Overseas Support and Assistance Building* von der Insel Bougainville eine Erkundungsmission in den Gewässern von Französisch-Polynesien im Rahmen des *Kivi Kuaka Projekts*.

Dieses Projekt wurde bereits 2016 initiiert. Es besteht darin, das Verhalten von Zugvögeln im Südpazifik zu beobachten, um die Fähigkeit zu verbessern, die Entstehung und Entwicklung von Wirbelstürmen im Voraus zu erkennen und so Naturkatastrophen vorzubeugen.

In dem Projekt arbeiten verschiedene Partner aus Frankreich und Französisch-Polynesien zusammen: Das Ministerium der Streitkräfte, das Nationale Museum für Naturgeschichte (MNHN), das Ministerium für ökologischen und solidarischen Übergang (MTES), die französische Entwicklungsagentur AFD, das französische Amt für Biodiversität und der Wetterdienst Météo France. Unterstützt wird das Projekt aus Bougainville.

Die Wissenschaftler*innen machten mit ihrem Forschungsschiff auf verschiedenen Atollen Halt, um u.a. Wale und Zugvögel zu beobachten. Sie fingen eine Reihe von Meerestieren, um sie mit Identifikationsringen und Markierungen zu versehen, bevor sie sie wieder freiließen. Mit diesen Peilsendern werden meteorologische und GPS-Daten abgerufen, die an die Internationale Raumstation *ISS* gesendet und von MNHN-Teams am Boden verarbeitet werden. Außerdem machten die Forscher*innen mit Drohnen Luftaufnahmen von den Atollen, um so Kolonien von Meerestieren zu finden und die dort nistenden Tiere zu zählen und in ihre Datenbanken aufzunehmen. (*<https://www.facebook.com/Kivi-Kuaka-103203217868348/>, <https://www.tntv.pf/tntvnews/polynesie/environnement/projet-kivi-kuaka-etudier-les-oiseaux-pour-anticiper-les-catastrophes-naturelles/>*)

Digitales Filmfestival

Erstmals fand die 18. Ausgabe des jährlichen *Festival international du film documentaire océanien* (FIFO) vom 6. bis zum 14. Februar wegen der Corona-Pandemie rein digital statt. Der Kultusminister von Französisch-Polynesien, Heremoana Maamaatuaiahutapu, sprach trotz oder gerade wegen des Streaming-Angebots von einem „schönen Erfolg“. Alle eingereichten Filme konnten online von Jury und Publikum angesehen werden. Die feierliche Eröffnung des Festivals wurde live aus einem Saal in Pape'ete (Tahiti) über Facebook gestreamt.

Mit dem Grand Prix FIFO wurde der Dokumentarfilm „*Loimata, the sweetest tears*“ ausgezeichnet. Der Film stellt die unheilbar an Krebs erkrankte Samoanerin Ema Siopé vor, die mit ihren Eltern auf der Suche nach Heilung nach Neuseeland ausgewandert ist. Regisseurin Anna Marbrook zeichnet die Lebens- und Familiengeschichte von Ema bis zu ihrem Tod in kraftvollen Bildern nach.

Mit dem Spezialpreis der Jury wurde der Film „*Freeman*“ ausgezeichnet. Die Doku von Laurence Billiet zeigt den Olympiasieg der australischen Sportlerin (und Aborigine) Cathy Freeman auf der 400-Meter-Sprintstrecke bei den Olympischen Spielen in Sydney im Jahr 2000.

Den Publikumspreis gewann „*Makatea, la terre convoitée*“. Regisseurin Claire Perdrix stellt das Leben der Einwohner*innen von Makatea, eine zu Französisch-Polynesien gehörende Koralleninsel im Nordwesten des Tuamotu-Archipels, vor. (Tahiti Info 15.02.21, <https://www.nziff.co.nz/2020/at-home-online/loimata-the-sweetest-tears/>, <https://www.freemanthefilm.com/>, <https://www.13productions.fr/makatea-une-terre-convoitee/>)

20-jähriges Jubiläum

Bereits im Oktober vergangenen Jahres hat das „*Musée de la Perle Robert Wan*“ (Perlen-Museum) in Pape'ete (Tahiti) sein 20-jähriges

Gründungs Jubiläum gefeiert. Das vom lokalen Unternehmer Robert Wan eingerichtete Museum befasst sich mit der Perle in Kunst, Geschichte und Literatur und zeigt, wie sie vom Meer zur Vitrine gelangt. Ein Highlight der Ausstellung ist die sogenannte *Robert-Wan-Perle*, die zu den größten jemals gefundenen Perlen gehört.

Im *Musée de la Perle* gibt es Informationen über den Stellenwert, den (vor allem schwarze) Perlen in der tahitianischen Kultur einnehmen. Auf Tahiti sind diese seltenen Kleinode ein wichtiges Statussymbol. Auch die naturwissenschaftlichen Prinzipien, die bei der Entstehung von Perlen eine Rolle spielen, werden erklärt. Ebenso gibt es eine Sammlung von Perlmuscheln aus aller Welt, die eine erstaunliche Vielfalt an Formen, Größen und Farben aufweisen.

Info: Das *Musée de la Perle* befindet sich im historischen Stadtzentrum von Pape'ete, direkt neben der *Cathédrale de l'Immaculée Conception* und dem Parc Bougainville. Der Eintritt ist frei. Derzeit ist das Museum wegen der Corona-Einschränkungen geschlossen. (Tahiti Nui Television 5.10.20, <https://www.robertwan.com/>)

HAWAI'I

Bund der Rechtsanwälte verurteilt illegale Besetzung durch die USA

Am 28. November 1843 erkannten das Vereinigte Königreich und Frankreich das hawaiianische Königreich als souveränen und unabhängigen Staat an, worauf am 6. Juli 1844 die formelle Anerkennung durch die Vereinigten Staaten folgte. Bis 1893, als es gestürzt wurde, unterhielt das hawaiianische Königreich über 90 Botschaften und Konsulate auf der ganzen Welt.

Der Bund der US-amerikanischen Rechtsanwälte hat jetzt in einem Brief an die US-Regierung Forderungen veröffentlicht, die diese illegale Besetzung von Hawai'i durch die USA verurteilen. In dem Brief heißt es:

(Zitat) „Die U.S. National Lawyers Guild (NLG) mit 70 Ortsverbänden und über 6.000 Mitgliedern fordert die Vereinigten Staaten von Amerika, den Bundesstaat Hawaii und die Bezirke von Hawaii auf, bei der anhaltenden und illegalen Besetzung der hawaiianischen Inseln umgehend das humanitäre Völkerrecht einzuhalten.“

Die NLG verurteilt aufs Schärfste die andauernde und illegale Besetzung der Hawaii-Inseln.

Die NLG verurteilt ebenfalls die rechtswidrige Präsenz und Aufrechterhaltung des Indo-Pazifik-Kommandos der Vereinigten Staaten mit seinen 118 Militärstandorten auf den hawaiianischen Inseln, was dazu geführt hat, dass die Inselgruppe zum Ziel eines potentiellen Atomschlags von Nordkorea, China und Russland geworden ist.

Die NLG fordert die Vereinigten Staaten auf, unverzüglich das Völkerrecht einzuhalten und die Gesetze des Königreichs Hawaii als besetzten Staat zu vollziehen.

Die NLG ruft die juristische und menschenrechtliche Gemeinschaft auf, die Präsenz der Vereinigten Staaten auf den Hawaii-Inseln durch das Prisma des internationalen Völkerrechts zu betrachten und sie als illegale Besetzung aufs Schärfste zu verurteilen.

Die NLG unterstützt den hawaiianischen Regentschaftsrat, der das hawaiianische Königreich vor dem Ständigen Schiedsgerichtshof vertrat, in seinen Bemühungen, eine völkerrechtskonforme Lösung zu finden. Außerdem unterstützt sie die Strategie, den Staat Hawaii und seine Bezirke dazu zu bringen, als Verwaltung der Besatzungsmacht das humanitäre Völkerrecht einzuhalten.“ (Zitat Ende)

(Nov. 10, 2020 NLG letter to Hawaii Gov. Ige <https://malu-aina.org/?p=7062>)

Virtuelles Kraftwerk aus Tesla Powerwalls

Das US-amerikanische Unternehmen *Swell Energy* hat den Bau eines virtuellen Kraftwerkes auf Hawai'i angekündigt. Dazu soll aus tausenden Heimspeichern ein virtuelles Kraftwerk konstruiert werden, bei dem voraussichtlich *Powerwalls* (Lithium-Ionen-

Akkumulatoren) des US-amerikanischen Technologiekonzerns *Tesla* zum Einsatz kommen.

Die zuständige Behörde hat die Pläne von *Swell Energy* zur Belieferung des lokalen Versorgers *Hawaiian Electric* mit Strom aus rund 6.000 Heimspeichern auf den Inseln Oahu, Maui und Hawai'i bereits genehmigt. Der Vertrag hat ein Volumen in Höhe von 25 Millionen US-Dollar.

Zum Einsatz kommen sollen - nach bisher jedoch unbestätigten Angaben - Akkus der Firma *Tesla*. Die sogenannte „Powerwall“ von *Tesla* ist das kleinste Speicher-Produkt des Unternehmens und wird mit einer Kapazität von 13,5 Kilowattstunden angeboten. Das neue Drei-Insel-Kraftwerk soll auf 100 Megawattstunden kommen, was bedeutet, dass einige der beteiligten 6.000 Haushalte gleich zwei Powerwalls bekommen.

Teilnehmen an dem virtuellen Kraftwerks-Projekt können Bestandskunden, aber auch Neukunden, die Solaranlage und Speicher neu installieren lassen, sind willkommen.

Info: Ein virtuelles Kraftwerk ist eine Zusammenschaltung von dezentralen Stromerzeugungseinheiten, wie zum Beispiel Photovoltaikanlagen, Wasserkraftwerken, Biogas-, Windenergieanlagen und Blockheizkraftwerken zu einem Verbund. Dieser Verbund stellt elektrische Leistung verlässlich bereit und kann damit Leistungen aus Großkraftwerken ersetzen. Ein wichtiger Aspekt von virtuellen Kraftwerken ist die Vermarktung des Stroms sowie die Bereitstellung von Systemdienstleistung aus einem Verbund kleiner, dezentraler Anlagen. (*Tesla Magazin online 20.01.21, Wikipedia*)

Seltenste Pflanze der Welt entdeckt

In Hawai'i sind 1.400 Pflanzenarten bekannt, rund 90 % dieser Pflanzen sind endemisch. Im Jahr 2010 haben Hank Oppenheimer und Jennifer Higashino von der *University of Hawai'i at Manoa*

(Department of Botany) eine neue Spezies entdeckt. Es handelt sich dabei um eines der seltensten Gewächse der Erde. Die Biologen fanden trotz intensiver Suche in den Bergschluchten des Mauna Kahalawa auf der Insel Maui nur ein einziges Exemplar von *Cyanea heluensis*.

Die Erstbeschreibung dieser Pflanze erschien bereits im Wissenschaftsjournal „Phytokeys“, doch erst im vergangenen Jahr wurde sie wissenschaftlich beschrieben und vermerkt.

Die beiden Biologen hatten mit einer speziellen Paste versucht, die Pflanze zu stärkerem Wachstum anzuregen, um dann über einen Ableger ein neues Individuum im botanischen Garten *Olinda Rare Plant Facility* auf Maui zu ziehen. Dieses Experiment misslang den Wissenschaftlern. Doch sie konnten einen Samen der *Cyanea heluensis* sammeln, aus dem eine weitere Pflanze wuchs.

Die Pflanze gehört zur artenreichen Gruppe der Lobeliengewächse, die auf den Hawai'i-Inseln rund 80 verschiedene Arten hervorgebracht hat. *Cyanea* unterscheidet sich von den anderen Arten durch die Form ihrer Blätter und ihre weißen Blüten. Hank Oppenheimer hatte die Blüten leuchten gesehen, als er mit einem Fernglas die Hänge des Berges absuchte. Die Pflanze wächst an einem schattigen Ort in einem entlegenen Canyon des Vulkans auf Maui.

Wegen ihrer Seltenheit haben Oppenheimer und Higashino die Pflanze als vom Aussterben bedroht eingestuft.

Botaniker vermuten, dass *Cyanea heluensis* durch Vögel bestäubt wird, die die Beeren der Pflanze fressen und dadurch deren Samen verbreiten. Viele auf den hawaiianischen Inseln verbreiteten Vogelbestände wurden jedoch in den letzten Jahrhunderten stark dezimiert oder gar ausgerottet, weshalb es womöglich an Bestäubern des neu entdeckten Gewächses fehlt. (*Spektrum der Wissenschaften 08.01.21, GEO online, <https://www.gartenfreunde.de/gartenpraxis/gut-zu-wissen/seltenste-pflanze-der-welt/>*)

Rolls-Royce baut Auto mit Holz aus Hawai'i

Die sogenannte „Bespoke-Collective“-Abteilung des britischen Automobilherstellers *Rolls-Royce* hat einen außergewöhnlichen Kundenwunsch erfüllt und die Luxuskarosse „*Koa Phantom*“ für das Milliardärsehepaar Jack Boyd und Laura Smith gebaut. Namensgebend für die Individualanfertigung ist das Koa-Holz. Dieses wächst nur auf Hawai'i. Der Baum steht in den hawaiianischen Staats- und Nationalparks unter strengem Schutz. Das Koa-Holz darf nur auf privaten landwirtschaftlichen Flächen geerntet werden. Aufgrund der sehr spezifischen Wachstumsbedingungen ist Koa-Holz sehr selten. Das Ehepaar musste drei Jahre auf das Holz für den Innenausbau des Wagens warten. So lange dauerten die Verhandlungen zwischen dem Holzspezialisten von *Rolls-Royce* und einem Lieferanten über einen Koa-Stamm aus dessen persönlicher Sammlung.

Begründet hatte das Ehepaar die Wahl des seltenen Holzes mit einem langjährigen Aufenthalt auf der Insel Maui, sowie mit ihrer Liebe zu einem Familienerbstück, einem Koa-Schaukelstuhl.

Der *Koa Phantom* hat einen langen Radstand. Er leuchtet tagsüber in einem tiefen Blau, nachts sieht er schwarz aus. Das Holz ziert das taubengraue Lederinterieur. Am Autodachhimmel leuchten 1.420 faseroptische Lichter auf marineblauem Leder. Sie zeigen die Konstellation des Nachthimmels über Cleveland (Ohio/USA) am Geburtstag von Mr. Smith. Zum Auto gehört auch ein handgefertigter Picknickkorb aus Koa-Holz mit handgefertigten Kristallgläsern aus Ajka (Ungarn) und Porzellantellern von Wedgwood.

Auf der Internetseite von *Rolls-Royce* heißt es zu dieser außergewöhnlichen Maßanfertigung: „*A collaboration between the client and Rolls-Royce Bespoke Design team prompts a union of master craftsmanship with the finest materials, resulting in the creation of a deeply personal legacy. For the ultimate car enthusiast,*

Jack Boyd Smith, Jr., this personal legacy is a Bespoke Phantom Extended featuring an unusual example of a rare species of Koa Wood.” (Motor News 16.02.21, <https://www.press.rolls-roycemotorcars.com>)

AOTEAROA

Buch über Versammlungshaus erschienen

Mitte Februar wurde unter Beteiligung eines sehr großen Publikums in der Gemeindebücherei von Rotorua das Buch „*Hinemihī: Te Hokinga- The Return*“ des neuseeländischen Autors Hamish Coney vorgestellt. Coney hatte das Buch geschrieben, nachdem er Texte recherchiert hatte für den Ausstellungskatalog des neuseeländischen Fotografen Mark Adams, der 2020 die Ausstellung „*Hinemihī: Te Hokinga- The Return*“ in Auckland kuratiert hatte. In dem Buch wird die Geschichte des Versammlungshauses Hinemihī vorgestellt, dessen traditionelle Maori-Schnitzereien vermutlich in absehbarer Zeit nach Neuseeland zurückgeführt (repatriert) werden können.

Zur Geschichte des Versammlungshauses: 1891 stand William Hillier, der vierte Earl of Onslow und Generalgouverneur von Neuseeland, vor der Rückkehr nach England. Zur Erinnerung an seine Amtszeit in Neuseeland wollte er gerne ein Stück Maori-Kultur mit nach Hause nehmen. Am 27. Januar 1892 unterzeichneten Hillier und der Maori Mika, Sohn von Chief Aporo, den Kaufvertrag über 50 Pfund. Das Versammlungshaus mit seinen typischen rot-schwarz-weißen Schnitzereien wurde in 23 Einzelteile zerlegt und in Clandon (Grafschaft Surrey) wiederaufgebaut. Während des Ersten Weltkrieges wurde das in Clandon Park liegende Herrenhaus als Militärhospital genutzt. Neuseeländische Patienten, unter ihnen auch einige Mitglieder des Maori-Bataillons, zeigten sich entsetzt über den „falschen“ Wiederaufbau von Hinemihī und bauten das Haus entsprechend um. Bis heute steht es unter Bäumen in dem holländi-

schen Senkgarten und wird von der im 30 Meilen entfernten London lebenden Maori-Bevölkerung rege für Veranstaltungen und Feste aller Art genutzt. Ein Großbrand hatte 2015 das Herrenhaus komplett zerstört, die Feuerwehr konnte aber ein Ausbreiten der Flammen auf das neuseeländische Versammlungshaus verhindern. Nachdem das Marae (Versammlungshaus) in der Vergangenheit bereits mehrfach renoviert wurde, stehen derzeit Verhandlungen an über die Rückführung der Schnitzereien aus dem Marae, die eine besondere spirituelle Bedeutung für die Maori in Neuseeland haben. Der Bürgermeister von Rotorua, Steve Chadwick, setzt sich besonders für die Rückkehr des gesamten Hinemihī ein.

Info: Das Buch ist hier erhältlich. <http://aotearoabooks.co.nz/hinemih-i-te-hokinga-the-return/> (NZ Herald 11.02.21, <https://www.stuff.co.nz/entertainment/arts/85241386/hinemih-i-the-maori-meeting-house-far-away-from-home>, <https://www.nationaltrust.org.uk/clandon-park/features/hinemihis-time-at-clandon-park>)

Erfolgreicher Universitätsabschluss

Im Dezember 2020 konnten erstmals zehn in Neuseeland lebende Studierende aus so genannten bildungsfernen Einwanderer-Familien erfolgreich ihr Medizinstudium an der *Otago Medical School* der University of Otago in der Stadt Dunedin (Südinsel) mit einem Bachelor of Medicine abschließen. Bei den Studierenden handelte es sich um Frauen und Männern aus pazifischen Auswandererfamilien, deren Eltern oder Großeltern auf der Suche nach Arbeit aus Tokelau, Niue oder anderen pazifischen Inselstaaten nach Neuseeland emigriert waren.

Zwei der zehn Absolvent*innen konnten mit Hilfe eines Stipendiums des *POPO Foundation Scholarship Programme* an der medizinischen Fakultät studieren. Dank dieses Stipendiums können Studierende, die bildungstechnisch noch nicht das Niveau für ein Medizinstudium erreicht haben, ein

Orientierungs- und Übergangsjahr an der Uni durchlaufen. In diesem Jahr können sie sich durch die Ableistung von Seminaren und Vorlesungen für die Aufnahme eines Medizinstudiums qualifizieren. In diesem sogenannten „Foundation Year“ haben die Studierenden die Möglichkeit, den Übergang von der Schule in das Universitätsleben ruhiger zu gestalten und in der Schule Versäumtes aufzuarbeiten, u.a. erhalten die Studierenden Nachhilfe in den naturwissenschaftlichen Fächern. Außerdem ist ihnen ein Platz im Studentenwohnheim auf dem Unicampus sicher. (Uni News, University of Otago 11.12.20, <https://www.otago.ac.nz/pirssu/programmes/tp/index.html>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Verwaltungsgericht Berlin bestätigt Exportverbot von Kleinwaffen nach Indonesien und in andere Drittländer

Indonesien/Berlin: Im Dezember 2020 veröffentlichte das Westpapua-Netzwerk das Briefing Paper "Deutsche Rüstungsexporte nach Indonesien vor dem Hintergrund des bewaffneten Konflikts und der Menschenrechtsverletzungen in Westpapua".

Die Zivilbevölkerung in Westpapua wird immer wieder Opfer von Folter und außergerichtlichen Tötungen unter Verwendung von Kleinwaffen. Hierbei ist es praktisch unmöglich auszuschließen, dass Kriegswaffen aus deutschen Rüstungsexporten gegen die indigene Zivilbevölkerung zum Einsatz kommen. Als besonders besorgniserregend galt daher lange die Ausfuhr von deutschen Kleinwaffen und leichten Waffen in Drittländer. Mit 31 % lag der Anteil der deutschen Einzelgenehmigungen an Drittstaaten bei den Empfängern von Kleinwaffen im Jahr 2017 relativ hoch. Im Jahr 2013 lag dieser Anteil sogar bei ca. 51 %. Ab

2018 sank der Anteil deutlich auf knapp ein Prozent im Jahr 2018 und auf nur noch 0,58 Prozent im Jahr 2019. Viele der Drittländer sind Konfliktparteien oder die Situation in den Empfängerländern ist von systematischer Gewalt und Repressionen gegen die eigene Zivilgesellschaft geprägt. Ebenso werden die Förderung und der Schutz der Menschenrechte in vielen der Drittländer missachtet und es mangelt an rechtsstaatlichen Strukturen. In solchen Staaten besteht häufig die erhöhte Gefahr, dass die gelieferten Rüstungsgüter zur Unterdrückung von Teilen der Bevölkerung genutzt werden.

Die Ergebnisse der Exporteinschränkung für Kleinwaffen in Drittländer, die im Juni 2019 in Kraft trat und eine „grundsätzliche“ Ablehnung der Genehmigung von deutschen Kleinwaffenexporten in Drittländer vorschreibt, zeigen sich auch an den Exportgenehmigungen von Kleinwaffen und Kleinwaffenteilen nach Indonesien. Nachdem Deutschland 2017 noch den Export von mehreren Kleinwaffen, Kleinwaffenteilen sowie Munition nach Indonesien genehmigte, umfassten die Genehmigungen im Jahr 2018 noch Munition, aber keine Kleinwaffenexporte mehr und in 2019 und im ersten Halbjahr 2020 überhaupt keine Exportgenehmigungen von Kleinwaffen und Kleinwaffenteilen nach Indonesien.

Gegen das von der Bundesregierung im Juni 2019 verfügte Verbot, Kleinwaffen in Drittländer zu exportieren, klagte ein deutsches Rüstungsunternehmen, bei welchem es sich Medienberichten zufolge um den schwäbischen Waffenhersteller Heckler & Koch handeln sollte. Anlass der Klage: Die Bundesregierung hatte im Jahr 2019 Exporte von Maschinenpistolen und -gewehren sowie von Sturmgewehren der Firma nach Südkorea, Indonesien und Singapur nicht genehmigt. Das Verwaltungsgericht Berlin lehnte diese Klage jedoch ab.

In einer Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Berlin vom 5. Januar 2021 äußerte sich das Gericht wie folgt zu der Klageabweisung:

„Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sind einer gerichtlichen Kontrolle aufgrund des Kernbereichs exekutiver Eigenverantwortung der Bundesregierung in diesem Bereich weitgehend entzogen. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin in vier parallel gelagerten Klageverfahren bekräftigt. Die Klägerin stellt Handfeuerwaffen her, die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG) fallen. Sie beantragte zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahr 2018 und 2019 beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Genehmigung zum Export u.a. von Maschinenpistolen und –gewehren sowie vollautomatischer Gewehre nach Südkorea, Indonesien und Singapur, die bei der jeweiligen Armee bzw. bei verschiedenen Polizeieinheiten Verwendung finden sollten. Im Spätsommer 2019 befasste sich der Bundessicherheitsrat mit der Angelegenheit und lehnte das Vorhaben unter Berufung auf die geänderten „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ab. In den seit Juni 2019 verschärften Grundsätzen ist vorgesehen, dass der Export von Kleinwaffen in Drittländer grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden soll. Die Entscheidung wurde der Klägerin im Oktober 2019 durch das BMWi bekanntgegeben. Mit der hiergegen gerichteten Klage rügte die Klägerin ein ermessensfehlerhaftes Vorgehen der Bundesregierung. Insbesondere habe diese nicht den jeweiligen Einzelfall geprüft, sodass nicht ersichtlich sei, warum sie – obwohl dies vorher problemlos möglich gewesen sei – keine Kleinwaffen mehr in die genannten Länder ausführen dürfen solle.“

Die 4. Kammer des Verwaltungsgerichts hat die Klagen abgewiesen. Die Ablehnung sei unter keinem der von der Klägerin geltend gemachten Aspekte ermessensfehlerhaft. Die Entscheidung sei unter Berufung auf die Politischen Grundsätze jeweils hinreichend begründet worden. Durch die Aufstellung derartiger Grundsätze könne sich die Bundesregierung im

Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung eigene Maßstäbe für die Genehmigung von Herstellung, Beförderung und das Inverkehrbringen von für die Kriegsführung bestimmten Waffen auferlegen und ihre bisherige Praxis auch ändern. Lediglich das Willkürverbot stelle eine Grenze dar, die hier nicht überschritten sei. Die Verschärfung der Praxis beruhe auf der nachvollziehbaren Erwägung, dass in internen und grenzüberschreitenden Konflikten die weitaus meisten Menschen durch den Einsatz so genannter Kleinwaffen verletzt oder getötet würden. Grundrechte der Klägerin seien durch die Ablehnungen nicht verletzt.

Die Kammer hat wegen grundsätzlicher Bedeutung die Berufung zum Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg und die Sprungrevision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.“

(<https://www.ito.de/recht/nachrichten/n/vg-berlin-4k385-19-grundsaeetze-bundesregierung-export-waffen-begrenzt-ueberpruefbar/>,

<https://www.berlin.de/gerichte/verwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1036498.php>, Westpapua-Netzwerk online 11.02.21)

Papuanischer Kirchenrat fordert Respekt und Schutz der Menschenrechte ein

Westpapua: Der Kirchenrat von Westpapua hat in einem Pastoralbrief seine Besorgnis über die wiederkehrende Gewalt in Westpapua ausgedrückt und das Leiden betont, das die Menschen in Westpapua während der 60 Jahre „Konflikt und Militarismus“ ertragen mussten. Er erwähnte dabei besonders die jüngste Situation in Nduga, Intan Jaya und Mimika.

Die 11-seitige englischsprachige Erklärung mit dem Titel „A Peaceful Solution to 60 Years of Racist Conflict, Criminalisation and Militarism in the Land of Papua“ wurde während der Gedenkfeier zum 166. Jahrestag der Ankunft der Heiligen Bibel in Westpapua abgegeben. Pastor Andrikus Mofu erklärte, dass zwei Missionare aus Deutschland, Carl Wilhelm Ottow und Johann Gottlob Geissler, die Heilige Bibel im Namen Gottes nach Papua gebracht haben. „Mit

der Kraft des Evangeliums kamen sie 1855 nach Papua und verbreiteten das Evangelium in jeder kirchlichen Konfession, damit die Menschen in Westpapua und die, die nach Westpapua kamen, das Gute im Leben auf dem Land, das Gott gesegnet hat, erfahren", sagte Mofu.

Der Leiter der Synode der Kemah Injil Kirche in Papua, Pastor Dr. Benny Giay, der Teil des Kirchenrates ist, sagte, er sei besorgt über die wiederkehrende Gewalt gegen die einheimischen Papuas, die sich seit Jahrzehnten nicht frei fühlen. *"Papuas sind wie Affen in einem zu Indonesien gehörenden Nationalpark, der sich von Sabang bis Merauke erstreckt."*, sagte Giay am 19. Februar 2021.

„Während wir in das Jahr 2021 eintreten, haben wir Papuas immer noch mit "Geschossen rassistischer Rede" von Staatsbeamten zu tun, die weiterhin die Würde des papuanischen Volkes lähmen“, so der Kirchenrat in seinem Brief, der von den Kirchenleitenden der vier größten Kirchen in Westpapua unterzeichnet wurde. Der Kirchenrat erwähnt mehrere Vorkommnisse in der nahen Vergangenheit: So wurde Anfang Januar vorgeschlagen, zwei Millionen indigene Papuas nach Manado, Nordsulawesi umzusiedeln und zwei Millionen Einwohner*innen von Manado, Nordsulawesi dafür nach Westpapua umzusiedeln. Weiter sollten Mitglieder der *Organisation für ein Unabhängiges Papua (OPM)* als Terroristen eingestuft werden.

Der Moderator des Papuanischen Kirchenrates, Pastor Giay, sagte, dass Westpapua wie ein kleiner Himmel sei, der auf die Erde fiel. Es sei reich an Gold und allem, was Gott geschaffen habe. *„Papua ist wie Zucker, der Ameisen anlockt“*, sagte er. Auf der anderen Seite, meinte er, sterben die Papuas an Hunger und Unterernährung. Der Index für die menschliche Entwicklung in Westpapua sei niedrig, Schulen würden verlassen, es gäbe nicht genug Lehrkräfte in den abgelegenen Gebieten Papuas. Die Sonderautonomie sollte die Entwicklung fördern, aber das geschah nicht. *„Das sind die wahren Probleme, die unsere Existenz*

bedrohen“, beklagte er.

Giay forderte den indonesischen Präsidenten Präsident Joko Widodo auf, dem Rassismus gegen Papuas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. *„Rassismus ist ein großes Problem. Es ist 60 Jahre her, sind die Papuas jetzt gleichberechtigt? Rassismus existiert immer noch.“*, sagte er. Weiter äußerte er Kritik an der Sonderautonomie Westpapuas. Jakarta investiere vorrangig in Infrastruktur und die Ausweitung von Militärpräsenz, die sich durch die Bildung neuer Provinzen nur noch weiter erhöhen würde.

Giay kritisierte auch den Sicherheitsansatz der Zentralregierung und die Ablehnung des Dialogs. *„Wenn wir um einen Dialog bitten, ist das nicht übertrieben, richtig. Warum können wir nicht einen Dialog mit der Zentralregierung führen? Denken Sie, wir sind Affen?“*

166 Jahre nach der Ankunft des Evangeliums in Westpapua bleiben Fragen für die Kirche. *„Hat das Evangelium den Papuas und denen, die in Westpapua leben, Leben gegeben?“* fragte Pastor Andrius Mofu. Er erklärte, der Kirchenrat von Westpapua sei in der Position, gute Werte und Gerechtigkeit für die einheimischen Papuas zu hinterfragen und dafür zu kämpfen. Das sei der Grund, warum der Rat über die Menschenrechtssituation in Papua spreche.

„Wenn die Kirche nicht das Evangelium verbreitet, nicht für gute Werte und Gerechtigkeit kämpft, wird es eine Frage geben. "Hat die Kirche das Wort Gottes verbreitet oder nicht?" Ich muss das klarstellen, weil einige Leute, Außenstehende, uns gefragt haben, warum die Kirche über Menschenrechtsverletzungen spricht? Hier ist der Grund: Es ist unsere Verantwortung. Gewalt nach Gewalt, ein Problem nach dem anderen. Es geht weiter und weiter“, mahnte Mofu kritisch an.

Er sagte, es sei nur richtig, dass die einheimischen Papuas die Zentralregierung fragen, ob der Staat die einheimischen Papuas noch als Teil des Staates betrachte oder nicht? Denn viele Probleme in Papua wurden von der Regierung

nie gelöst. Mofu forderte auch eine Evaluierung der Sonderautonomie.

Der Präsident der *Indonesischen Evangelischen Kirche (GIDI)*, Pastor Dorman Wandikbo, zeigte sich besorgt über die Zivilist*innen in den Bezirken Nduga und Intan Jaya, die aufgrund der bewaffneten Konflikte zwischen TPNPB und TNI aus ihren Häusern fliehen mussten, um Sicherheit zu suchen. *„Unsere Gemeinde in Nduga ist seit mehr als zwei Jahren außerhalb ihrer Häuser, sie sind vertrieben. Auch in Intan Jaya ist es schon ein Jahr her, dass sie ihr Zuhause verlassen mussten. Ihre Häuser, ihre Schulen, ihre Kirchen sind vom Militär besetzt, weil das Sicherheitspersonal dort keinen Platz zum Wohnen hatte. Sie benutzten das Haus des Volkes, den Ort der Ausbildung des Volkes. Der Kirchenrat von Westpapua hat Präsident Jokowi gebeten, das Sicherheitspersonal aus Intan Jaya und Nduga abzuziehen,“* sagte er.

Wandikbo bedauerte auch die Stigmatisierung, die die einheimischen Papuas als "bewaffnete Kriminelle" beschuldige. *„Nachdem das Militär reinkam, wurden Pastoren getötet, religiöse Führer wurden erschossen, unschuldige Zivilisten wurden erschossen. Wir sind darüber besorgt. Wir vom Rat möchten folgendes fragen: Wen bezeichnen Sie als "bewaffnete kriminelle Gruppe"? Gibt es eine Waffenfabrik in Papua? Woher haben sie die Waffen, wer hat sie verkauft?“* fragte Wandikbo.

Dr. Socratez Sofyan Yoman, der Präsident der *West Papua Baptist Church Association*, hinterfragte Jokowi's Versprechen, ausländischen Journalist*innen die Einreise nach Westpapua und das Schreiben von Berichten zu erlauben. *„Der Rat fordert Jokowi auf, sein Versprechen zu erfüllen.“*

Er forderte Jokowi auch auf, sein Versprechen zu erfüllen, den Fall in Paniai im Jahr 2014 zu klären. Die *Nationale Kommission für Menschenrechte (Komnas HAM)* hatte im Jahr 2020 bekannt gegeben, dass es Hinweise darauf gäbe, dass die Tötung von vier Studenten, die angeblich in den Händen der TNI waren, grobe Men-

schenrechtsverletzungen waren. „Wir schreiben jetzt das Jahr 2021. Der Präsident hat auch versprochen, ein Besuch des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Westpapua umzusetzen, um die Probleme zu sehen,“ sagte er.

Er erinnerte Jokowi an seine Erklärung vom 30. September 2019, in der er sagte, er sei offen für einen Dialog mit der Pro-Referendumsgruppe. „Wir, die Kirche, sind optimistisch und glauben, dass der seit Jahren andauernde Konflikt friedlich und auf dem Verhandlungsweg gelöst werden kann.“, so der Kirchenrat in seinem Brief.

Der Pastoralbrief mit der provokanten Überschrift „Papua people viewed as monkeys in the Sabang Merauke Indonesian National Park“ vom 5. Februar 2021 hat in der internationalen Gemeinschaft von Christ*innen für große Aufmerksamkeit gesorgt. Bischof Dr. Jack Urame, leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG), mahnte den Schutz der Menschenrechte in Westpapua an.

Hier geht es zur Erklärung des Kirchenrates:

https://www.westpapuanetz.de/images/PASTORAL_LETTER_Feb_2021.pdf

(Westpapua Netzwerk online 25.02.21, eigene Recherchen)

Zahl der Binnenflüchtlinge steigt

Westpapua: Papuanische Medien berichten über die Vertreibung von mehreren hundert indigenen Papuas, darunter Frauen und Kinder, im Landkreis Intan Jaya. Die Binnenflüchtlinge stammen aus den Dörfern Bilogai, Kumbalagupa dan Puyagiya im Landkreis Intan Jaya. Sie sind aus ihren Häusern geflohen, nachdem die Nationale Befreiungsarmee Westpapas (TPN PB) am 8. Februar 2021 einen Händler in Bilogai getötet hatte. Sechshundertfünfzig Personen suchen derzeit im Haus des katholischen Ortpastors und im Nonnenkloster in Bilogai Schutz. Die katholischen Mitarbeitenden nut-

zen ihre Lebensmittelvorräte, um die Binnenvertriebenen mit Nahrung zu versorgen. Die Gemeinde erhält weitere Nahrungsmittelhilfen von einem privaten Unternehmen und dem örtlichen Militär.

Die lokale Regierung hat es bisher versäumt, den Binnenflüchtlingen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Der Pastor der Bilogai-Gemeinde erklärte, dass sie darauf warten, dass die lokale Regierung auf die Vertriebenen reagiere. Die Vertriebenen weigern sich, in die Dörfer zurückzukehren, weil sie Razzien der Sicherheitskräfte und weitere bewaffnete Zusammenstöße fürchten. Sie hoffen auf humanitäre Versorgung durch die lokale Regierung, bis die Sicherheitslage im Gebiet Bilogai wieder besser ist. Laut einem Kirchenvertreter ist die Zahl der Geflüchteten aus Bilogai mittlerweile sogar auf über 5.000 angestiegen und es sei davon auszugehen, dass die Zahl noch weiter ansteige.

Auch in anderen Landkreisen steigt die Zahl der Binnenvertriebenen an. Die Stiftung für Gerechtigkeit und die Integrität des Papua-Volkes (YKKMP) hat mehrere gesundheitliche Beschwerden bei Binnenflüchtlingen dokumentiert. Dazu zählen besonders geflüchtete Kinder aus dem Landkreis Nduga. Laut dem Direktor von YKKMP, Theo Hesegeg, benötigen die Nduga-Binnenflüchtlinge im Ort Wamena, insbesondere Frauen und Kinder, sofortige medizinische Hilfe. YKKMP hatte die medizinische Behandlung von sechs geflüchteten Kindern und einer Frau ermöglicht. Die Kinder leiden oft an Hautkrankheiten wie Krätze und haben keinen Zugang zu einer kostenlosen medizinischen Versorgung im Landkreis Jayawijaya. Die YKKMP bezahlte die Behandlung mit Spendengeldern.

Etwa 8.000 Binnenvertriebene aus Nduga haben im Landkreis Jayawijaya Schutz gesucht. Nach Angaben von Solidaritätsgruppen sind seit Januar 2019 in Jayawijaya 400 Binnenvertriebene aufgrund von Krankheiten und anderen Belastungen, denen sie ausgesetzt waren, gestorben. Ein humanitäres

Hilfsteam der Cenderawasih Universität, das Ende November 2020 die Nduga –Binnenflüchtlinge in Wamena besuchte, beobachtete, dass Hautkrankheiten zu den häufigsten gesundheitlichen Herausforderungen für viele Menschen gehören.

Ein Großteil der Binnenflüchtlinge hat keinen Zugang zu einer kostenlosen Gesundheitsversorgung in Jayawijaya, da viele von ihnen keine ID-Karten oder andere Dokumente besitzen, die die Krankenhäuser für eine Behandlung verlangen. Ein weiterer Grund war das Versäumnis der Nduga-Regierung, sich mit der lokalen Regierung von Jayawijaya zu einigen, um die medizinische Versorgung der Geflüchteten in Jayawijaya abzusichern. Die Regionalregierung von Lanny Jaya beispielsweise hatte eine solche Vereinbarung unterzeichnet, um ihren Bewohnern den Zugang zu einer kostenlosen medizinischen Versorgung im Landkreis Jayawijaya zu ermöglichen.

(Westpapua-Netzwerk online 17.02.21, 19.02.21)

Demo gegen Abholzung und Palmölplantagen

Westpapua: Mitglieder des Auyu-Stammes fordern von der indonesischen Regierung, den Betrieb von PT Indo Asiana Lestari (IAL) zu stoppen, dessen 39.190 Hektar große Konzession einen Teil des Tanah Merah-Projekts bildet, um das konkurrierende Investorengruppen in den letzten zehn Jahren gekämpft haben.

Wenn das Tanah-Merah-Projekt vollständig durchgeführt würde, würde es zur Abholzung von 280.000 Hektar des drittgrößten Regenwaldes auf dem Planeten führen, um durch mehrere zusammenhängende Ölpalmenplantagen ersetzt zu werden, die von verschiedenen Unternehmen betrieben werden - einige davon gehören unbekanntem Investoren, die sich hinter anonymen Firmen im Nahen Osten verstecken.

Palmöl, das in Snacks über Kosmetika bis hin zu Biokraftstoffen verwendet wird, ist eines der wichtigsten Exportgüter Indonesiens.

Aber seine Produktion ist mit einer Reihe von Problemen verbunden, vom Klimawandel und Waldbränden bis hin zu Arbeitsrechtsverletzungen und Landraub.

Neben den Problemen mit der Geheimhaltung der Unternehmen hat das Tanah-Merah-Projekt auch die oft chaotischen Genehmigungsprozesse in der Branche aufgezeigt. Einige der Genehmigungen für das Projekt wurden von einem Politiker unterzeichnet, der eine Haftstrafe wegen Korruption verbüßt. Andere Unterschriften wurden angeblich gefälscht.

Während die Identität einiger der Investoren, die an dem Projekt beteiligt sind, unklar bleibt, zeigen Daten aus dem indonesischen Unternehmensregister, dass IAL zu 95 % im Besitz von *Mandala Resources* ist, einer in Kota Kinabalu, einer Stadt im malaysischen Borneo, registrierten Briefkastenfirma. Der Rest des Unternehmens gehört der *PT Rimbunan Hijau Plantations Indonesia*, die wiederum einem Geschäftsmann aus der indonesischen Provinz Südsulawesi gehört, Muhammad Yakub Abbas, der auch der Direktor von IAL ist.

Obwohl IAL noch nicht mit der Rodung des Landes begonnen hat, informierte das Unternehmen kürzlich die lokalen Gemeinden darüber, dass es mit dem Bau der Infrastruktur für das Projekt beginnen würde und die Dorfbewohner sahen bereits schweres Gerät vor Ort. In einem Telefoninterview sagte Egedius Pius Suam, ein Anführer des Auyu-Stammes, dass die Dorfbewohner*innen durch die Anwesenheit des schweren Geräts beunruhigt seien, da der Stamm seine Zustimmung zu dem Projekt noch nicht gegeben habe. Die Firma habe noch nicht bewiesen, dass sie die erforderlichen Genehmigungen erhalten habe, fügte er hinzu.

„Deshalb fordern wir die Regierung und den Gemeinderat auf, die Firma vorzuladen und ihre Genehmigungen zu überprüfen“, sagte Egedius. *„Wenn sie keine eindeutigen Genehmigungen finden, fordere ich, dass Sanktionen verhängt werden und dass die Firma abzieht.“*

Für seine kritischen Äußerungen ist Egedius nach eigener Aussage bereits mit dem Tod bedroht worden.

Hintergrund: Bereits 2018 hatte der indonesische Präsident Joko Widodo ein Moratorium für die Erteilung neuer Abholzungslicenzen eingesetzt. Ziel des Moratoriums ist es, sich zunächst einen genaueren Überblick darüber zu verschaffen, welche Firmen über welche Lizenzgebiete verfügen und wo die Abholzung der Regenwälder bereits beschlossen ist. Präsident Widodo hatte damals davon gesprochen, mehr Nachhaltigkeit und „gute Regierungsführung“ in den Handel mit Lizenzen für Palmölplantagen zu bringen. Eine regierungseigene Untersuchung hatte 2019 ergeben, dass bei 81 % aller Palmölplantagen gegen geltendes (Lizenz-)Recht verstoßen worden war. Entweder hatten die Betreiber der Plantagen keine offizielle Genehmigung, oder sie waren in bisher geschütztes Regenwaldgebiet vorgedrungen und hatten dort illegal mit Rodungen begonnen.

Das Moratorium läuft in diesem Jahr aus.

(<https://news.mongabay.com/2021/01/papua-tribe-moves-to-block-clearing-of-its-ancestral-forest-for-palm-oil/>, Westpapua-Netzwerk online)

AUSTRALIEN

Missionsfund wird Weltkulturerbe

1840 und 1843 erreichten drei von australischen Aborigine-Kindern geschriebene Briefe die Dresdner Missionsgesellschaft. Die ersten Missionare der Dresdner, später Leipziger, Mission waren 1838 nach Adelaide in die kurz zuvor gegründete Siedlerkolonie Süd-Australien entsandt worden. Nach ihrer Ankunft gründeten sie in Piltawodli am Stadtrand von Adelaide eine Schule für die Kinder der Kurna-Gemeinschaft. Schülerinnen und Schüler dieser Schule hatten die Briefe (begleitet von Übersetzungen von Missionar Samuel

Gottlieb Klose) an die Missionsleitung nach Leipzig geschickt. Diese hatten sie in ihr Archiv gegeben.

Am 26. Februar 2021 wurden diese Kurna-Kinderbriefe nun in das australische Weltkulturerbe-Register eingetragen. Es gibt insgesamt nur fünf erhaltene Dokumente in der Kurna-Sprache aus dem 19. Jahrhundert. An der Zeremonie, die um 5 Uhr deutscher Zeit stattfand, nahm auch der Direktor des Leipziger Missionswerkes, Ravinder Salooja, teil.

2014 waren die Briefe von Asien/Pazifik-Referent Pfarrer Hans-Georg Tannhäuser und Geschäftsführer Martin Habelt der Kurna-Gemeinschaft als Dauerleihgabe zurückgegeben worden. Sie werden jetzt in der Bibliothek der Universität von Adelaide professionell aufbewahrt.

Frau Cheryl Hoskin, Leiterin der Sondergutsammlung, initiierte im vergangenen Jahr die Registrierung der Kurna-Kinderbriefe im Rahmen des „*UNESCO Australian Memory of the World*“-Register.

„Es ist wunderbar zu sehen“, so Direktor Ravinder Salooja, *„wie die Mission Früchte trägt: Früchte, die nichts damit zu tun haben, dass Menschen Christen werden, sondern die den Menschen Leben schenkt. Das ist doch das, worum es bei Mission geht.“*

In der historischen Geschichtsschreibung galt das Vorhaben als gescheitert: Der englische Gouverneur hatte der Schule seine finanzielle Unterstützung entzogen. Die Kurna-Gemeinschaft wurde vertrieben und in die Unsichtbarkeit verdrängt. Einen Bekehrungserfolg konnten die Missionare auch nicht nachweisen. So wurde die Australien-Mission eingestellt.

175 Jahre später wurden die Früchte sichtbar: Mit Hilfe der von den Missionaren geführten Vokabellisten sowie Aussprache- und Grammatikbeschreibungen war es Sprachwissenschaftler*innen der Universität Adelaide gelungen, die zwischenzeitlich als verloren gegangene geltende Sprache wieder zu beleben. Heute ist Kurna eine Sprache, die von einigen Aborigi-

nes der Kurna wieder gesprochen wird.

Hier geht es zu den englischen Übersetzungen der Briefe:

<https://www.adelaide.edu.au/library/special/mss/kaurna/>

(Pressemittteilung des Leipziger Missionswerkes online,

<https://digital.library.adelaide.edu.au/dspace/handle/2440/89548>)

Diamantenmine geschlossen

Nach 37 Jahren Betriebstätigkeit hat am 3. November 2020 die Diamantenmine des Bergbaukonzerns *Rio Tinto*, die Argyle Mine im Osten der Kimberley-Region (Westaustralien), geschlossen. Das Bergbauunternehmen hat sich dazu verpflichtet, das Gelände der Tagebau-Mine in den nächsten drei bis fünf Jahren zu sanieren und das Land an die traditionellen Landbesitzer der Aborigine-Verbände der Miriuwung, Gidja, Malgnin und Wularr zurückzugeben.

Zu ihrer aktiven Zeit war die Mine gemessen an der Jahresproduktion die größte Diamantenmine der Welt. Insgesamt wurden 865 Millionen Karat Rohdiamanten gefördert, darunter der seltene und begehrte rosa Diamant Argyle („Pink diamonds“). Pinkfarbene Argyle-Diamanten gelten als eine der konzentriertesten Formen des Reichtums weltweit und stellen daher eine einzigartige Investitionsmöglichkeit dar, mit vielen Vorteilen gegenüber anderen traditionellen Anlagen wie Aktien, Obligationen und Edelmetallen. Rund 90 % aller weltweit geförderten Diamanten stammten aus der Argyle Mine. Dort wurden auch Diamanten in den Farben Weiss, Champagner, Cognac, Blau und Violett gefördert.

Die 1985 eröffnete Mine unter der Leitung von Rio-Tinto, der drittgrößten Minengesellschaft der Welt, produzierte jährlich ca. 35 Millionen Karat an Rohdiamanten, doch nur 5 % davon galten als Steine mit Edelsteinqualität. Darüber hinaus konnten weniger als 2 % aller farbiger Diamanten, die in der Argyle-Mine geschürft wurden, als pinkfarbene Diaman-

ten zertifiziert werden.

(<https://www.riotinto.com/operations/australia/argyle>, <https://www.leibish.com/de/the-argyle-mine-and-its-diamonds-article-593>)

E-Zigarette auf Rezept

Ab dem 1. Oktober 2021 benötigen Australier*innen ein ärztliches Rezept, um Zugang zu E-Zigaretten (elektrische Zigarette, die durch eine elektrisch beheizte Wendel eine Flüssigkeit zum Verdampfen bringt) zu erhalten und flüssiges Nikotin zu importieren. Für das flüssige Nikotin werden zudem kindersichere Verschlüsse obligatorisch. Das hat die *Therapeutic Goods Administration* (Regulierungsbehörde für therapeutische Mittel im australischen Gesundheitsministerium) beschlossen. Damit will die Behörde verhindern, dass Jugendliche mit dem sogenannten „Dampfen“ anfangen. Nach Zahlen aus dem jüngsten Drogenbericht der australischen Regierung rauchen über eine halbe Million Australier*innen.

Gesundheitsminister Greg Hunt sagte, ab Oktober sei der Besitz von nikotinhaltenen E-Zigaretten in Australien verboten. Kaufen und Benutzen dürften Menschen die E-Zigaretten nur mit einem von einem Arzt ausgestellten Rezept. Kinder und Jugendliche können kein Rezept erhalten. Ausnahme bleibt der Bundesstaat South Australia, hier bleibt das Dampfen auch ohne Rezept erlaubt. (*ABC News* 21.12.20, <https://www.tga.gov.au/nicotine-e-cigarettes>)

Herdenimmunität ab Oktober?

Der australische Gesundheitsminister Greg Hunt rechnet ab Oktober 2021 mit einer Herdenimmunität der Bevölkerung bei Corona. Nach derzeitiger Planung sollen die Impfungen noch im März starten, und zwar mit den beiden Impfstoffen von Biontec-Pfizer und AstraZeneca. Die Impfung ist kostenlos und freiwillig. Hunt rechnet jedoch damit, dass sich 80 % der Australier*innen impfen lassen werden, um z.B. wieder ins Ausland reisen zu können. Der Nach-

weis einer erfolgreichen Impfung soll entweder über eine App auf dem Smartphone erfolgen oder über ein ausgedrucktes Impfb-Zertifikat. Dies könnte in einigen australischen Bundesstaaten nötig sein, um z.B. wieder ins Restaurant, Bars oder ins Theater gehen zu dürfen. Nach Regierungsangaben denkt Australien auch darüber nach, nur noch geimpfte Personen nach Australien einreisen zu lassen. Dazu entwickelt die *International Air Transport Association* gerade eine Strategie.

Das australische Gesundheitsministerium hat bereits seine Impffreihefolge veröffentlicht. Demnach sollen in einer ersten Phase im Gegensatz zu Deutschland nicht die Senioren*innen ab 80 Jahren geimpft werden, sondern zunächst das Personal an so genannten „Eintrittspunkten“ nach Australien, also auf Schiffen, in Häfen und Flughäfen. Zur ersten Gruppe gehört auch das Personal in den Quarantäneeinrichtungen des Staates. Ebenfalls zur ersten Gruppe gehören Beamte, die in ihrem beruflichen Leben in unmittelbarem Kontakt zu Einreisenden kommen könnten. Auch Mitarbeitende auf Corona-Stationen in Krankenhäusern, in Corona-Testcentern und in Laboren gehören zu den ersten Impfungen.

Die Impffreihefolge unterteilt sich in die Phase 1 a und Phase 1 b, dann folgen Phase 2 a und Phase 2 b. In der letzten Gruppe, der Gruppe 3, sind dann nur noch Kinder unter 16 Jahren übrig, die nur dann geimpft werden, wenn Impfstoffe für diese Altersgruppe zugelassen werden.

(<https://www.health.gov.au/initiatives-and-programs/covid-19-vaccines/getting-vaccinated-for-covid-19/when-will-i-get-a-covid-19-vaccine>, *SBS.com.au* 07.02.21)

Corona-Infos in 6 Sprachen

Mit finanzieller Unterstützung des australischen Gesundheitsministeriums hat das *Centre for Cultural Diversity in Ageing* (CCDA) eine kostenfreie Telefonhotline zum Corona-Virus für ältere Menschen freigeschaltet. Die „*Multilingual Older Persons COVID-19 Support*

Line“ bietet Anrufenden Informationen in sechs Sprachen: Griechisch, Arabisch, Vietnamesisch, Mandarin, Kantonesisch und Italienisch.

Neben Infos zum Virus können sich Anrufende auch über die Pflege sowie über Demenz informieren. Für jede Sprache steht eine eigene Durchwahl zur Verfügung. Die Hotline bleibt mindestens bis zum 31. Juli 2021 geschaltet.

CCDA-Geschäftsführerin Lisa Tribuzio erklärte, die Hotline sei auf Wunsch vieler älterer Menschen eingerichtet worden. Diese fühlten sich sprachlich zu unsicher, um medizinische Informationen in Englisch zu verstehen. Auch hätten sie kaum Kenntnisse in der Nutzung des Internets. Eine Befragung unter Besucher*innen des CCDA hatte ergeben, dass sich die meisten Ratsuchenden Unterstützung über ein ‚altmodisches‘ Telefon wünschten, so Tribuzio. (SBS.com.au 16.02.21, <http://www.culturaldiversity.com.au/consumers-and-carers/multilingual-health-and-aged-care-information>)

Spende der Feuerwehr

Die *Queensland Fire and Emergency Services* aus dem australischen Bundesstaat Queensland im Norden Australiens haben fünf ausrangierte, aber voll funktionstüchtige, Feuerwehrfahrzeuge an die Feuerwehr in Papua-Neuguinea gespendet. Die Löschfahrzeuge haben eine Wasserkapazität von 1.800 Litern und sind voll ausgestattet mit Schläuchen, Werkzeug und Material für den Katastrophendienst.

Die australische Verteidigungsministerin Linda Reynolds erklärte, die Spende sei eine Art Dankeschön an die Hunderte von Feuerwehrleuten aus Papua-Neuguinea, die die australische Feuerwehr bei den großen Buschbränden im vergangenen Jahr unterstützt hatten. Die Fahrzeuge werden auf dem Frachter *HMAS Choules* zum PNG *Fire Service* verschifft. (Herald Sun 16.02.21, Sky News 13.02.21)

Verschollene Bienenart wiederentdeckt

James Dorey von der *Flinders University* in Adelaide hat in den Bundesstaaten New South Wales und Queensland auf Futterpflanzen der nur in Australien einheimischen Bienenart *Pharohylaeus lactiferus* drei Populationen der seltenen Biene entdeckt, wie er im *Journal of Hymenoptera Research* veröffentlichte. Bisher waren Bienenexperten davon ausgegangen, dass die Bienenart bereits ausgestorben war.

Zuletzt war das neun bis 11 Millimeter große Insekt mit schwarzen Körper und markanten weißen Gesichts- und Körpermarkierungen im Jahr 1923 in Queensland dokumentiert worden. Damals waren drei männliche Exemplare der Biene im Hochland der Atherton Tablelands westlich der Stadt Cairns entdeckt worden.

Nach der Entdeckung der drei Populationen an der australischen Ostküste erklärte Dorey, die Schutzbemühungen für diese wundervolle Art müssten jetzt ausgebaut werden.

Ein stark fragmentierter Lebensraum und eine mögliche Wirtsspezialisierung könnten die Seltenheit von *P. lactiferus* erklären.

(<https://jhr.pensoft.net/article/59365/>, <https://bienen-nachrichten.de/2021/seltene-biene-nach-100-jahren-wiederentdeckt/892>)

SPORT

Verpflichtende Impfung vor Olympia?

Der Präsident des Ozeanischen Olympischen Komitees (*Oceania National Olympic Committee*), Dr. Robin Mitchell, erklärte Mitte Februar, alle pazifischen Sportler*innen sollten sich gegen das Coronavirus impfen lassen, bevor sie an den Olympischen Spielen in Tokio (Japan) vom 23. Juli bis 8. August 2021 teilnehmen dürften.

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC),

Thomas Bach, drängt ebenso auf eine möglichst umfassende Corona-Impfung von Athleten*innen und Zuschauer*innen für die auf 2021 verlegten Sommerspiele in Tokio. Das IOC werde „große Anstrengungen“ unternehmen, damit möglichst viele Teilnehmende und Fans vor der Reise nach Japan im Juli gegen das Coronavirus geimpft sein werden, sagte Bach bei einem Besuch in der Gastgeberstadt im Februar. Eine Impfpflicht als Voraussetzung zur Olympia-Teilnahme schloss Bach ausdrücklich aus.

Für die pazifischen Sportler*innen sei Impfstoff aus Indien vorbestellt worden, erklärte Robin Mitchell. Bereits jetzt hätten vier mikronesische Länder sowie Amerikanisch-Samoa mit dem Impfen der Teilnehmenden begonnen. Auch australische und neuseeländische Sportler*innen hätten mit den Impfungen angefangen, Papua-Neuguinea und die Salomonen hätten angekündigt, das Sportlerimpfprogramm zügig aufnehmen zu wollen.

Fidschi werde sich ebenfalls dem Impfprogramm anschließen, so Dr. Mitchell. Aus Fidschi nimmt auf jeden Fall der Titelverteidiger im Mannschaftssport des 7er Rugby an Olympia teil.

(<https://www.sport.de/news/ne4244265/keine-impf-pflicht-fuer-olympia-athleten/>, Fiji Times 11.02.21)

Micro Games 2022

Die Marshall-Inseln sind im Juli 2022 Gastgeber für die *Micronesian Games*, die wegen der Corona-Pandemie verschoben werden mussten. Die 14-tägigen sportlichen Wettkämpfe in u.a. Leichtathletik, Baseball, Beach Volleyball und Badminton sollen am 25. Juli 2022 eröffnet werden. (*Marshall Islands Journal* 19.02.21, *Saipan Tribune* 08.07.20)

Chris Nikić startet beim Ironman Hawaii

2020 schrieb er Geschichte und zog mit seiner sportlichen Leistung sogar ins *Guinness-Buch der Rekorde* ein. Am 07.11.2020 bestritt

der 21-jährige Chris Nikic beim „Visit Panama City Beach Ironman“ in Florida vier Kilometer Schwimmen, 180 Kilometer auf dem Rennrad und anschließend noch einen Marathonlauf (etwa 42 km zu Fuß) und riss nach 16 Stunden, 46 Minuten und neun Sekunden die Ziellinie.

Er ist nicht nur der einzige Mensch mit Down-Syndrom, der einen Ironman beendete, sondern wird auch der erste Teilnehmer mit Down-Syndrom bei dem Ironman auf Hawaii sein. Denn mit seiner Zeit hat er sich für dieses Rennen qualifiziert.

2017 begann er mit dem Training für das Rennen. Sein Ziel war es, sich jeden Tag um 1 % zu verbessern. Dafür bekam er professionelle Unterstützung. Ein Jahr lang trainierte er mit Dan Grieb, der schon 16 Ironman-Rennen gewann, vier bis acht Stunden lang pro Tag.

„Der Ironman war sein Weg, um näher an ein Leben in Inklusion, Normalität und Führung zu kommen. Es soll ein Beispiel für andere Familien sein, die mit ähnlichen Barrieren konfrontiert sind, und beweisen, dass kein Traum und kein Ziel unerreichbar sind. Er hat den Ironman geschafft, jetzt schafft er alles!“, so der stolze Vater von Chris Nikic gegenüber der BBC.

Das nächste Ziel des jungen Sportlers ist eine erfolgreiche Teilnahme an den *Special Olympics* in Orlando, Florida. (Artikel von Jakob Holland. <https://tri-mag.de/szene/chris-nikic-startet-beim-ironman-hawaii/> <https://www.bbc.com/sport/triathlon/54869998>)

CEO für die *Pacific Mini Games* gesucht

Das Organisationskomitee der *Pacific Mini Games* sucht Bewerber*innen für den Posten eines CEOs (Chief Executive Officer, Geschäftsführer*in). Er/Sie wird eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung und der Durchführung der Wettkämpfe haben.

Die *Pacific Mini Games* finden das nächste Mal 2022 auf den Nördlichen Marianen statt.

Derzeit wird mit ca. 400 bis 600 Athlet*innen aus insgesamt 24 Ländern und Territorien aus dem gesamten Pazifikraum gerechnet.

Diese treten in den sechs Disziplinen Leichtathletik, Badminton, Baseball, Golf, Beachvolleyball und Triathlon gegeneinander an.

Eigentlich sollten die *Pacific Mini Games* schon in diesem Jahr stattfinden. Doch das Organisationskomitee fürchtete, nun in Konkurrenz zu den Olympischen Spielen in Tokyo zu stehen, welche aufgrund der Corona-Pandemie auf 2021 verschoben wurden. Geplant sind die seit 1981 stattfindenden Spiele für den Juni 2022.

(Artikel von Jakob Holland. <https://www.insidethegames.biz/articles/1099222/pacific-mini-games-set-for-june-2022> https://mvariety.com/sports/pacific-mini-games-2022-seeks-ceo/article_2fdce4a0-66f2-11eb-bacd-73ab726035ec.html)

Neues Programm „Team Up“ startet

Die australische Regierung beginnt nun das Projekt „Team Up“. Mit diesem sollen Sportverbände in Fidschi, Nauru, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga und Vanuatu in 13 verschiedenen Sportarten unterstützt werden.

Neben der Förderung von Sport, der von Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam ausgeübt werden kann, wird ein besonderer Fokus auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf und neben dem Platz gelegt.

Andrew Lepani, Team Up Manager und ehemaliger Fußballkapitän der Nationalmannschaft Papua-Neuguineas, beschreibt die Initiative so: *„Team Up baut auf dem soliden Fundament seines langjährigen Vorgängerprogramms Pacific Sports Partnerships (PSP) auf, hat aber einen neuen und schärferen Fokus darauf, allen Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihren Fähigkeiten oder ihrer Herkunft, zu ermöglichen, ihr volles Potenzial durch Sport auszuschöpfen.“*

Den Anfang machen Journalist*innen aus dem asiatisch-pazifischen Raum, die pazifischen Frauen das Rüstzeug für die männerdominierte Welt des Sportjournalismus geben wollen.

Mit dem Internationalen Weltfrau-

entag am 08. März startete eine Woche voller Aktionen im pazifischen Raum, die den starken Fokus des Programms auf die Geschlechtergerechtigkeit zeigen.

(Artikel von Jakob Holland. <https://www.mz.co.nz/international/pacific-news/437546/team-up-sports-programme-launches-in-pacific/>)

Sony Opens 2021

Im *Waialae Country Club* in Honolulu, der Hauptstadt von Hawai'i, starteten am 14.01.2021 die *Sony Opens* der Golfer. Harte, trockene Fairways und weiche, glatte Grüns lassen die Golferherzen der PGA-Profis höherschlagen. *„Es lässt sich fantastisch spielen“*, so Webb Simpson, der laut Wettanbietern im Ausland als Favorit des Wettkampfs gilt. Einzig die kräftigen Windböen an der Küste könnten dem Turnier böse in die Karten spielen. Doch die meisten Spieler konnten sich ein paar Tage vor Turnierbeginn auf die besonderen Bedingungen einstellen.

Dass es dieses Jahr ein besonders spannendes Turnier werden wird, wurde schon vor dem Wettkampf prophezeit. Justin Thomas, der Beste unter den Besten, trat in diesem Jahr nicht an. Eine Chance für andere Golfer. Und die wurde genutzt. Das Spiel blieb über die vier Runden spannend und abwechslungsreich. Nach dem ersten Tag konnten sich drei Spieler etwas vom Rest absetzen: Peter Malnati, Jason Kokrak und Joaquin Niemann. Doch nach dem zweiten Tag lag der Kanadier Nick Taylor in Führung. Den dritten Tag dominierte unerwartet Brendan Steel, der im letzten Jahr in den Playoffs dem Sieger Cameron Smith unterlag. Sein „Verfolgerduo“ bestand aus dem 22-jährigen Niemann und dem Amerikaner Kevin Na, der sich überraschend an die Spitze arbeitete. Auch für den vierten Wettkampftag würde es also spannend bleiben.

Bei überragendem Wetter ging es am 17.01.2021 in die Finalrunde der Opens. Noch nach den ersten neun Löchern blieb Steel mit der Nase vorne. Und dann passierte es wie im letzten Jahr: er patzte. Und auch Niemann konnte nicht mit einer Glanzleistung überzeugen.

gen. Kevin Na sah seine Chance und nutzte sie. Erst am 18. Loch sicherte er sich seinen Sieg. Niemann holte sich den geteilten 2. Platz, während Steel zusammen mit dem Favoriten Simpson auf Platz vier landete.

Für Kevin Na ist es der erste Sieg der Saison auf der PGA Tour. Und das, obwohl er das Turnier beinahe hätte absagen müssen: Am Tag vor dem Turnier hatte er sich eine Rippe gezerzt, konnte aber mit der Hilfe seines Trainers soweit genesen, dass eine Teilnahme am Wettkampf möglich war. Kurz nach seinem Sieg mit einer 65er Schlussrunde (-5) geht sein Blick schon nach vorne: „*Es fühlt sich großartig an. [...] Aber ich würde gern noch ein weiteres Turniert gewinnen, bevor die Saison zu Ende ist.*“

Mit Zukunftsvision in die restliche PGA-Saison. Mal sehen, welcher Golfprofi hier gegen den Open-Sieger noch eine Chance hat.

(Artikel von Paula Klein, FSJ'lerin bei Mission EineWelt.

<https://www.golfpost.de/tournaments/pga-tour-sony-open-in-hawaii-2021/leaderboard/>)

Haifa Lynch (7) gewinnt Gold in Abu Dhabi

Die erst siebenjährige Samoanerin Haifa Lynch hat in Abu Dhabi bei der *Jiu-Jitsu Oceania Pro* die Goldmedaille errungen.

Der erste Platz auf dem Siegereckchen berechtigt Haifa nun zur Teilnahme an der Jiu-Jitsu Junioren-Weltmeisterschaft im nächsten Jahr, bei der sie Samoa repräsentieren wird. Für dieses Turnier steht allerdings noch kein genaues Datum fest, da man erst den Verlauf der COVID-Pandemie abwarten will.

Besonders ist der Sieg von Haifa Lynch auch, da sie Jiu-Jitsu erst seit einem Jahr praktiziert. Sie übt sechs Tage in der Woche jeweils zwei Stunden am Tag. „*Unser Tagesablauf sieht so aus, dass wir sie jeden Tag von der Schule abholen, dann direkt zum Training fahren, zu Abend essen und dann Hausaufgaben machen, sodass wir uns als Eltern sowohl in der Schule als auch beim Sport sehr engagie-*

ren.“, so Haifas Mutter Futi Lynch. Trotz des straffen Tagesprogramms bleibe der Siebenjährigen noch genug Zeit, um frech zu sein und ihren Eltern in der Freizeit Kopfschmerzen zu bereiten, so die Mutter weiter.

Info: Jiu-Jitsu ist eine waffenlose Kampfkunst der japanischen Samurai, welche hauptsächlich der Selbstverteidigung dient. (Artikel von Jakob Holland. Samoa Observer 09.03.21)

„TOK BILONG PASIFIK“

„Miss Solomon Islands“ von Queen geehrt

Salomonen: Die Schönheitskönigin des Jahres 2019/2020, „Miss Solomon Islands“ Gladys Habu, ist von der britischen Königin Elisabeth II. mit dem Preis „*Commonwealth Points of Light*“ für ihr außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement gegen die Folgen des Klimawandels auf den Salomonen geehrt worden.

Die Umweltaktivistin setzt sich seit ihrem 14. Lebensjahr auf lokaler und internationaler Ebene für die Bewusstseinsmachung zu den Klimawandelfolgen für Pazifikstaaten ein. Ausschlaggebend für ihr Engagement war aufgrund des Meeresspiegelanstiegs der buchstäbliche „Untergang“ der Insel Kalle, auf der ihre Großeltern gelebt hatten.

Derzeit arbeitet Habu mit im Jugendforum bei der Vorbereitung der UN-Klimakonferenz COP26 vom 1. bis 19. November 2021 im schottischen Glasgow. Außerdem ist sie UNICEF-Botschafterin für Mutter-Kind-Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen.

Beruflich arbeitet sie als Pharmazeutin am *Solomon Islands National Referral Hospital*.

Info: Der „*Points of Light Award*“ wurde 2014 erstmals vom englischen Premierminister vergeben. Täglich ehrte der Premier damit ein/e Ehrenamtlich/e in Großbritannien. Seit 2018 vergibt die britische Königin Elisabeth II einmal

wöchentlich diesen Ehrenamtspreis an je ein/e Vertreter*in aus den 54 Mitgliedsstaaten des britischen Commonwealth. Bisher erhielten 1.500 Ehrenamtliche die Auszeichnung. Ursprünglich stammt die Idee des Ehrenamtspreises aus den USA und wurde unter Präsident George Bush eingeführt und von allen folgenden Präsidenten weitergeführt. Bis heute wurden in den USA 6.000 dieser Preise verliehen.

(Pressemitteilung British High Commission Honiara 19.01.21, ABC Radio Australia 29.01.21, <https://www.pointsoflight.gov.uk/>)

Fidschianischer Soldat gewinnt Fotografen-Preis

Großbritannien: Der gebürtige Fidschianer Nacanieli Tanuku hat beim Wettbewerb „Army Film and Photographic Competition 2020“ mit einer fünfteiligen Schwarz-Weiß Fotoserie namens „Dark Places“ über ein soldatisches Training den ersten Preis in der Kategorie „Professional Portfolio“ gewonnen. Erstmals in der Geschichte des Wettbewerbs konnten Fotos und Filme nur digital (und nicht als Print oder Videofilm) eingereicht werden und die Bewertung durch eine Jury aus Armeefotografen erfolgte ebenfalls aufgrund der Corona-Restriktionen nur im digitalen Raum.

Der 37-jährige Korporal war 2007 in die *British Army* eingetreten. Er diente im dritten Bataillon der Fallschirmjäger in Colchester und nahm im Jahr 2013 u.a. an der *Operation Herrick* in Afghanistan teil. Nach zwölf Dienstjahren wechselte Tanuku zum *Royal Logistic Corps* und absolvierte eine Ausbildung zum Militärfotografen an der *Defence School of Photography* in Cosford, die er nach neunmonatiger Ausbildung mit einem Preis für herausragende Leistungen verließ.

Bereits 2019 hatte Tanuku erfolgreich an dem Fotowettbewerb teilgenommen, damals allerdings nur in der Kategorie der Amateurfotografien. (Fiji Times 03.02.21, <https://www.army.mod.uk/news-and-events/news/2021/02/afpc-2020-winners/>)

Welt-Kreuzfahrt innerhalb von Stunden ausgebucht

USA: Die für das Jahr 2023 geplante halbjährliche Welt-Kreuzfahrt auf dem Luxusliner „Insignia“ war innerhalb nur weniger Stunden ausverkauft. Alle 684 Schlafplätze an Bord wurden für Preise zwischen 52.000 und 102.000 US-Dollar pro Person gebucht. Einige Teilnehmende buchten gleich eine Verlängerung der Reise auf 218 Tage statt der geplanten sechs Monate.

Die „Insignia“ soll am 15. Januar 2023 in San Francisco (Kalifornien, USA) auslaufen und in 180 Tagen vier Kontinente (darunter auch die Antarktis) anlaufen. Die Rückkehr in San Francisco ist auf den 13. Juli 2023 festgesetzt worden. Geplant sind 96 Stopps in 33 Ländern, u.a. sollen auf dieser Welt-Kreuzfahrt 60 Weltnatur- und Weltkulturerbe-Stätten der UNESCO angelaufen werden. Zu der Tour gehören mehr als 20 „besondere Nächte“ an Land, u.a. ein Beduinenabendessen in der Wüste, die Teilnahme an einer Zeremonie burmesischer Mönche sowie ein Besuch auf einem Weingut in Südafrika.

Veranstaltet wird diese Mega-Kreuzfahrt von „Oceania Cruises“ aus Miami (Florida). Deren Präsident Bob Binder sagte, die Reaktion auf das Angebot zeige die Begeisterung der Teilnehmenden für ein derartiges „episches Reiseerlebnis“. Die Teilnehmenden wollten mit dieser Weltreise „Lebenserinnerungen“ schaffen, so Binder. Trotz der Herausforderungen dieser Zeit ließen sich die Gäste die Freude am Reisen nicht verderben. Erstmals seien unter den gebuchten Teilnehmenden ein Drittel Neukunden, die noch nie mit dem Luxusanbieter verreist seien, erklärte Binder. Es habe sich herumgesprochen, wieviel Ambiente, Service und feine Speisen das vergleichsweise kleine Kreuzfahrtschiff seinen Gästen zu bieten habe.

Info: Die „MS Insignia“ wurde 1998 vom Stapel gelassen und vor zwei Jahren modernisiert. An Bord befinden sich vier Restaurants, sowie

acht Lounges und Cocktailbars. 70 % der 342 Kabinen haben einen Außenbalkon. Internet ist kostenlos. Ein Arzt befindet sich an Bord. Die „Insignia“ läuft unter der Flagge der Marshall-Inseln.

(Daily Mail 16.02.21, <https://de.oceaniacruises.com/special-offers/2023-around-the-world-cruise/>)

Flughunde-Invasion

Australien: Im australischen Ingham ist die Population der Flughunde im letzten Jahr explodiert. Inzwischen leben über 300.000 Tiere in dem kleinen Städtchen. Die Einwohner*innen sind zunehmend genervt vom Lärm und Gestank der Tiere und fürchten um ihre Gesundheit. Des öfteren konnte der ortsansässige Rettungsschrauber wegen der Flughunde nicht am Krankenhaus landen. Eltern lassen ihre schulpflichtigen Kinder zu Haus aus Sorge, diese könnten sich wegen der auf dem Schulgelände lebenden Tiere nicht auf den Unterricht konzentrieren. Sie befürchten auch, dass die Tiere Krankheiten wie beispielsweise das Lyssavirus übertragen könnten. Bereits mehrfach haben Flughunde Menschen Kratzspuren zugefügt, die wegen der Möglichkeit einer Übertragung von Viren stets stationär im Krankenhaus medikamentös behandelt werden müssen.

Anfang 2021 prägte die britische Broadcasting Corporation den Begriff des „Flughund-Tornados“ für die Schwärme. Bürgermeister Raymon Jayo sprach von einem „Albtraum“ für die Stadt und ihre Bewohner*innen. Derzeit hoffen alle auf den April. Aller Voraussicht nach werden die Flughunde dann weiterziehen. Da sie unter Schutz stehen, dürfen die Tiere nicht abgeschossen oder auf andere Art und Weise getötet werden, sondern nur durch Rauch oder Lärm von ihren Plätzen vertrieben werden.

Info: Ingham ist ein Ort im australischen Bundesstaat Queensland mit knapp 5.000 Einwohner*innen und liegt an der australischen Ostküste am Bruce Highway, 100 km nordöstlich von Townsville und 140 km südlich von Innisfail. Er ist Sitz

des lokalen Verwaltungsgebiets Hinchinbrook Shire Council. Die Flughunde sind eine Säugtierfamilie aus der Ordnung der Fledertiere. Sie sind die einzige Familie der Überfamilie *Pteropodidae* und bilden zusammen mit den Hufeisennasenartigen die Unterordnung *Yinpterochiroptera*. Die Familie umfasst rund 40 Gattungen mit knapp 200 Arten. Flughunde sind dämmerungs- oder nachtaktiv. Sie legen bei der Nahrungssuche oft weite Strecken zurück, tagsüber schlafen sie kopfüber hängend. Im Gegensatz zu Fledermäusen findet man Flughunde oft auf Bäumen an exponierten Stellen hängend.

(Wikipedia, ABC News 24.01.20, <https://9now.nine.com.au/a-current-affair/bats-swarm-queensland-towns-alarming-locals/77ae50aa-828b-446c-9029-ca3211255d16>)

Erstes Scheidungs-Retreat

Australien: Erstmals fand vom 26. bis zum 27. Februar im Hotel Crowne Plaza in Terrigal (New South Wales) ein zweitägiges Wellness-Seminar für frisch geschiedene Frauen statt. Organisiert hatte das Programm die Sydneyer Anwältin Cassandra Kalpaxis, die sich auf Familienrecht spezialisiert hat. Das Seminar stand unter dem Motto „Detox your divorce“. An zwei Tagen hatten Frauen die Gelegenheit, mit Anwält*innen, Sozialpädagog*innen und Psycholog*innen die gescheiterte Ehe professionell aufzuarbeiten. Im Preis von 1.741,84 AUS Dollar pro Person enthalten waren Workshops, Yoga-Sitzungen, Vollverpflegung und ein Verwöhnprogramm im hoteleigenen Wellnesscenter. Außerdem erhielten die Teilnehmerinnen eine „goody bag“ im Wert von über 1.000 AUS-\$ mit Produkten zur Pflege.

Im Vordergrund des „Scheidungs-Retreats“ standen aber Gespräche und Beratungen rund um alle Probleme und Herausforderungen einer Scheidung, wie Anwältin Kalpaxis von der Kanzel Kalpaxis Legal bestätigte. Dazu hatte die Anwältin u.a. Gesundheitsberater*innen, Hypnosetherapeut*innen und Ärzt*innen als Referierende eingeladen. (Daily Mail Australia 16.02.21, <https://detoxyourdivorce.com.au/https://kalpaxislegal.com.au/>)

IN MEMORIAM

† Frederick Errington

USA: Am 9. Januar erlag im Alter von 80 Jahren der renommierte Ethnologe Frederick (Fred) K. Errington aus Amherst, Massachusetts (USA) einem Herzinfarkt. 1962 machte Errington seinen Bachelor of Arts an der *Wesleyan University*. 1970 folgte die Promotion an der *Cornell University*. Von 1992 bis zu seiner Pensionierung 2005 war er Professor für Anthropologie am *Trinity College*. Daneben hatte er immer wieder Lehraufträge an neuseeländischen und australischen Universitäten.

Errington, Sohn eines Professors für Wildtier-Biologie und einer Juristin, heiratete 1983 seine Kollegin, die Ethnologin Deborah Gewertz vom Amherst College. Ab diesem Zeitpunkt forschte und publizierte das Paar gemeinsam. Zu den ethnologischen Standardwerken gehören u.a. “Karavar: Masks and Power in a Melanesian Ritual” (1974); “Manners and Meaning in West Sumatra: the Social Context of Consciousness” (1984) sowie “Emerging Class in Papua New Guinea” (1999) und “Yali’s Question” (2004). Im Jahr 2019 war das Paar letztmals zu Forschungszwecken in Ozeanien unterwegs.

Das Ethnologenpaar engagierte sich zuletzt auch politisch und im Umweltschutz für die Heimat von Fred Errington, die Prärie von South Dakota.

In der Wahrnehmung der internationalen ethnologisch interessierten Öffentlichkeit waren Errington/Gewertz DAS Forscherpaar schlechthin in der Ethnologie. Ihre kritisch-konstruktive Zusammenarbeit bei ethnologischen Fragestellungen sowie ihre gemeinsame Publikationstätigkeit gelten als vorbildhaft. Dies zeigte sich auch in den zahlreichen Beileidsbekundungen in den ethnologischen Netzwerken und den virtuellen Trauerfeiern, an denen viele ehe-

malige Studierende teilnahmen. (*Daily Hampshire Gazette Jan. 21, 2021, <https://culturalanthro.com/>*)

† Mary Catherine Bateson

USA: Am 2. Januar verstarb in Cambridge, Massachusetts (USA) im Alter von 81 Jahren die US-amerikanische Kulturanthropologin Dr. Mary Catherine Bateson (geb. 08.12.1939), die Tochter des Ethnologenehepaars Margaret Mead und Gregory Bateson. Wegen der Trennung ihrer berühmten Eltern im Jahre 1947 und deren oftmaliger Abwesenheit wuchs sie in verschiedenen Haushalten bei unterschiedlichen Familien auf. Die wechselvollen Erfahrungen in ihren Jugendjahren weckten ihr Interesse für die Anthropologie und für die Beschäftigung mit der Entwicklung neuer Erziehungsmethoden.

1967 veröffentlichte Bateson das „Arabic Language Handbook“, das bis heute in Gebrauch ist. 1984 erschien das von der *New York Times* mit dem Preis „Best of the year“ ausgezeichnete Buch „With a daughter’s eye: A memoir of Margaret Mead and Gregory Bateson“.

Batesons Arbeit deckte ein breites Themenspektrum ab, darunter Themen wie interkulturelle Beziehungen, soziales und individuelles Lernen, Lebensmuster von Frauen, das Altern, Familiendynamik, AIDS und die Natur des Wissens. Eine besondere Rolle in ihrer Arbeit kam dabei dem systemischen Denken zu, insbesondere einer hoch entwickelten Form der Kybernetik. Sie verfasste im Laufe ihres Lebens zahlreiche Artikel und Bücher und hielt Gastvorträge an der Universität Harvard, der Northeastern University, dem Amherst College und dem Spelman College.

Im Jahr 2004 beendete Bateson ihre Lehrtätigkeit als Professorin für die Fächer Englisch und Anthropologie und war ab 2006 Gastwissenschaftlerin am *Sloan Center on Aging & Work* in Boston. Sie war unter anderem Mitglied im *Nationalen Zentrum für Atmosphärenforschung* in Colorado. Bateson war 30 Jahre lang Präsi-

dentin des Instituts für interkulturelle Studien in New York. Sie setzte sich für den Erhalt der Werke ihrer Eltern sowie deren zahlreicher Kolleg*innen ein. Noch gemeinsam mit ihrem Vater hatte sie kurz vor dessen Tod 1987 das Werk „Angels Fear: Towards an Epistemology of the Sacred“ veröffentlicht.

In späteren Lebensjahren engagierte sich Bateson für den Natur- und Umweltschutz und forschte zu den sozialen Auswirkungen des Klimawandels mit Blick auf generationenübergreifende Herausforderungen.

1960 hatte sie den aus Aleppo (Syrien) in die USA emigrierten Dr. J. Barkev Kassarian geheiratet, einen Professor für Strategie und Organisationsentwicklung, mit dem sie bis zu ihrem Tod verheiratet blieb. 1969 wurde die gemeinsame Tochter Sevanne Kassarian geboren. Die Familie lebte u.a. im Iran und auf den Philippinen.

Ein bekanntes Bonmot der Autorin lautet: *„We are not what we know but what we are willing to learn“*.
(www.legacy.org 11.01.21,
<https://www.facebook.com/marycatherinebateasonofficial/>,
<http://www.marycatherinebateson.com/>)

† Michael Somare

Papua-Neuguinea: Am 26. Februar verstarb im Alter von 84 Jahren Grand Chief Sir Michael Thomas Somare (geb. 09.04.1936 in Rabaul) an Bauchspeicheldrüsenkrebs.

Somare war mehrfach Premierminister von Papua-Neuguinea. In seiner ersten Amtszeit von 1975 bis 1980 führte er den Inselstaat in die Unabhängigkeit (1975) und wird deshalb bis heute als „Vater der Unabhängigkeit“ (papa blo kantri) verehrt. Er bekleidete das Amt des Premiers erneut von 1982 bis 1985 und von 2002 bis 2011. Zunächst war er Mitglied der *Pangu Party*, später dann Führer der *National Alliance Party*, die er 1994 gegründet hatte.

Somare, Kind eines Polizisten, wuchs im Dorf Karau im Murik Lakes Distrikt in der East Sepik Province auf. Während des Zweiten

Weltkriegs ging er auf eine Grundschule der japanischen Besatzungsmacht. Nach Ende des Krieges besuchte er die Boram Primary School, das Dregerhafen Education Center und die Sogeri High School, deren Abschluss er 1957 erwarb. Einige Jahre arbeitete er als Lehrer in den Provinzen Neuirland, East Sepik und Madang und kehrte 1962 bis 1963 für weitere Ausbildungen an die Sogeri High School zurück.

Vor der Unabhängigkeit von PNG arbeitete er als Radio-Journalist in Wewak. 1965, unmittelbar nach der Hochzeit mit seiner Frau Veronika, machte er eine Ausbildung am Administrative College in Waigani (Port Moresby) und wurde in die Verwaltung versetzt. Er war Vize-Präsident der Public Service Association und setzte sich als Mitglied der Gewerkschaft stets für bessere Arbeitsbedingungen ein.

Insgesamt war Somare 45 Jahre im Parlament von PNG vertreten, 17 Jahre davon als Premierminister in drei unterschiedlichen Amtszeiten von 1975 bis 1980, von 1982 bis 1985 und von 2002 bis 2011.

Im April 2011 flog Somare für eine Herz-OP nach Singapur. Er wurde von seinem Stellvertreter Sam Abal vertreten. Am 2. August 2011 erklärte das Parlament von Papua-Neuguinea das Amt des Premierministers als vakant und wählte den früheren Finanzminister Peter O'Neill zum Premierminister. Am 26. Januar 2012 scheiterte mit der Meuterei der Streitkräfte von Papua-Neuguinea ein Versuch Somares, mit einem Putsch wieder an die Macht zu gelangen. Somare kehrte jedoch bis zu seiner Pensionierung 2017 ins Parlament zurück als Parlamentarier für seinen Heimatwahlbezirk East Sepik.

Somare erhielt verschiedene Ehrungen, darunter einige Ehrendokortitel und Mitgliedschaften in britischen Orden: 1978 wurde er durch Königin Elisabeth II. in den *Order of the Companions of Honour* aufgenommen, 1991 wurde er von Elisabeth II. als *Knight Grand Cross des Order of St Michael and St George* zum Ritter geschlagen.

Somare hinterlässt seine Frau Lady Veronika und fünf gemeinsame Kinder. Zeitlebens setzte sich der in seiner Kindheit Initiierte für die Traditionen und Kulturen in PNG ein. Er kleidete sich zu offiziellen Anlässen oft traditionell mit Brust- und Federschmuck. Außerdem trug er den traditionellen Titel „Sana“ (Friedensstifter), den er von seinem Vater geerbt hatte.

(Reuters 25.02.21, DEVPolicyBlog 26.02.21, ABC 27.02.21, <https://www.nytimes.com/2021/02/26/world/asia/michael-somare-dead.html>, Wikipedia)

† Mekere Morauta

Papua-Neuguinea: Am 19. Dezember 2020 verstarb in Brisbane (Australien) Sir Mekere Morauta. Morauta wurde am 12. Juni 1946 in Kukipi geboren, einem Dorf an der Küste östlich von Kerema in der heutigen Gulf Province. Er besuchte nach Abschluss der Kerema High School ebenso wie Michael Somare die Sogeri National High School. Danach studierte er an der Universität von Papua-Neuguinea, die er 1970 als erster Niugini mit dem *Bachelor of Economics* abschloss, und war als Austauschstudent an der Flinders University in Adelaide (Australien).

Nach der Uni machte Morauta Karriere als Nationalökonom im Öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft. 1975 wurde er zum ersten papua-neuguineischen Finanzminister berufen. Dieses Amt übte er bis 1982 aus. Er war Direktor der staatlichen Handelsbank, der Papua-Neuguinea-Bankkorporation (1983–1992), und Gouverneur der Landeszentralbank von Papua-Neuguinea (1992–1996). Im Juli 1997 wurde er als Abgeordneter für den Wahlbezirk Port Moresby North-West in das Parlament von Papua-Neuguinea gewählt. Von 1999 bis 2002 war er Premierminister. Im August 2011 wurde er Minister für Staatliche Unternehmen in der Regierung von Peter O'Neill. (PNG Today 19.12.20, Pressemitteilung PIF 22.12.20, Wikipedia)

† Daniel Kapi

Papua-Neuguinea: Am 13. Januar verstarb das langjährige Mitglied der *Pangu Pati* und ehemaliger Parlamentarier für den Distrikt Wabag, Daniel Kapi. Er wurde in seinem Geburtsort Nakaupalus in Wabag in der Provinz Enga beige-setzt.

Kapi gehörte zu den schillerndsten politischen Persönlichkeiten in Papua-Neuguinea. Nach seinem Schulabschluss 1979 an der *Sogeri National High School* studierte er an der University of Papua New Guinea, wo er sich als Sprecher des Allgemeinen Studierenden-ausschusses engagierte und Mitglied bei der *International Union of Students* wurde. Im Rahmen seiner studentischen Gewerkschaftstätigkeit traf sich Kapi im In- und Ausland mit politischen Führungspersonlichkeiten. Im Libanon diskutierte er mit PLO-Chef Yasir Arafat. Er war mit dem nordkoreanischen Präsidenten Kim Il-sung und mit Fidel Castro in Kuba befreundet. Als äußeres Zeichen seines arbeitspolitischen und gewerkschaftlichen Kampfes trug Kapi bereits als Student eine Militäruniform mit Tarnkleidung, wie sich sein ehemaliger Universitätskommilitone und enger Freund, Powes Parok (Gouverneur des National Capital District), erinnerte.

Kapi hatte verschiedene Ämter inne, von 1990 bis 2006 war er Direktor von *PNG Hotels International Limited*. Zum Zeitpunkt seines Todes war er angestellt beim *PNG Civil and Identity Registry* (Einwohnermeldeamt). Seine politische Karriere u.a. als Justizminister war überschattet von Korruptionsvorwürfen, Anklagen wegen Verschwörung und Misstrauensvoten. Andererseits machte er sich auf der politischen Bühne einen guten Namen bei der Mit-Entwicklung des Konzeptpapiers „*The Papua New Guinea Vision 2050*“, einem Regierungsprogramm mit einer langfristigen Strategie für die Entwicklung von PNG.

Der gläubige Christ („Papa Daniel“) engagierte sich in der *Mustard Chapel Seed International* und

predigte häufig am Sonntag in der Kirche. (Facebook, PNG Sun 01.02.21, <https://skerahpng.com/news-2/announcement-of-the-passing-of-pangu-pati-treasurer-the-late-mr-daniel-kapi/>)

† Jese Mucunabitu

Fidschi: Anfang Februar verstarb im *Colonial War Memorial Hospital* kurz vor seinem 71. Geburtstag der Sänger, Musiker und Songwriter Jese Mucunabitu.

Der Verstorbene entwickelte sich im Laufe seiner 40-jährigen Musikerkarriere zu einer Ikone traditioneller fidschianischer Musik. Seine Lieder wie etwa „Fascinating Fiji“, „Tropical Dawn“, „Lomaloma“ und „My Taveuni“ kennt auf Fidschi jedes Kind. Auch Touristen*innen lieben seine Songs über die unberührte Natur auf Fidschi, die Landschaft und die freundlichen Fidschianer*innen.

Aufgrund seiner Berühmtheit nahmen an der Trauerfeier und dem anschließenden Beerdigungskaffee in einer Turnhalle in Suva auch hochrangige Politiker, wie etwa Premierminister Voreque Bainimarama, sowie Minister des Kabinetts, teil.

Mucunabitu stammte aus dem Vusaratu Klan von der Insel Bau. Er hinterlässt seine Ehefrau Esiteri Rokovakacegu sowie sechs Kinder. Beerdigt wurde der Musiker in Natila an der Logani-Sebi Road in Tailevu. (Fiji Village 03.02.21, Fiji Sun 04.02.21, Fiji Times 10.02.21)

† Jorelik Tibon

Marshall-Inseln: Im Januar verstarb überraschend in Laura das ehemalige Parlamentsmitglied für Majuro, Senator Jorelik Tibon. Präsident David Kabua ordnete vom 18. bis zum 24. Januar eine einwöchige Staatstrauer an. Alle Flaggen wehten auf Halbmast. Der Sarg des Verstorbenen wurde im Rahmen eines Staatstraueraktes im Parlamentsgebäude aufgebahrt.

Tibon war ein Multitalent. Neben seiner politischen Karriere machte er eine Karriere als Songwriter,

Sänger und Komponist von Songs in marshallischer Sprache. Aus Respekt vor seinem Tod spielte der lokale Radiosender V7AB am Todestag ganztags die Songs seiner Band *Kabo Lal*. Die Band hatte er in den 1970er Jahren gemeinsam mit seiner Frau Lydia gegründet und sich auf Songs mit Texten über das Leben auf den Inseln („Heimatmusik“) spezialisiert. Auf den Marshall-Inseln kennt jedes Kind die Lieder von Jorelik Tibon.

Tibon hatte außerdem ein Kapitänspatent von der *Maine Maritime Academy*. (Marshall Islands Journal 15.01.21, 22.01.21, Facebook)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die Artikel in dieser Rubrik sind von Jakob Holland, FSJ'ler bei Mission Eine-Welt und in der Pazifik-Infostelle.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Das Vaterunser in Tok Pisin

Auf dem Ölberg im Osten Jerusalems soll Jesus seinen Jüngern das Vaterunser gelehrt haben. In den Kreuzgängen der Paternosterkirche, die genau an dieser Stelle steht, findet man auf Majolika-Platten das Vaterunser in 140 verschiedenen Sprachen. Neben Deutsch, Englisch und Latein auch auf Helgoländisch, aber noch nicht auf Tok Pisin, der *lingua franca* von Papua-Neuguinea. Pfarrer Martin Prado will daran etwas ändern und eine Keramikplatte mit dem Vaterunser in der Landessprache von Papua-Neuguinea anbringen.

„Als wir 2019 ins Heilige Land reisten, suchten wir nach dem Gebet in Tok Pisin und konnten es nicht finden, sodass wir, nachdem wir zurückkamen, mit den Verantwortlichen Kontakt aufnahmen, um das Gebet anfertigen zu lassen“, erklärte Pfarrer Prado.

Kurz vor Weihnachten letztes Jahr war die Keramiktafel fertig und soll bald angebracht werden. (Catholic Reporter, Issue 182, Februar 2021)

MAF während Corona-Pandemie

Auch die *Missionary Aviation Fellowship* (MAF) in Papua-Neuguinea war und ist von der Corona-Pandemie stark betroffen. Aufgrund der Richtlinien beschränkten sich die Einsätze der Pilot*innen auf Güterlieferungen und vereinzelte Transporte von COVID-19-Patient*innen.

Doch nun sollen die Einsätze der weltweit eingesetzten Kleinflugzeuge wieder zunehmen. Dies stellt das christlich-gemeinnützige Flugunternehmen allerdings vor große Herausforderungen.

Aufgrund der internationalen Reisebeschränkungen fällt die Ausbildung und Verlegung von Personal aus anderen Stützpunkten schwer. Vor der Wiederaufnahme eines etwas geregelteren Betriebs werden die Landepisten zunächst auf Schäden hin untersucht. „Wir haben vor ein paar Tagen drei Besichtigungen durchgeführt, wir waren in Bunguwat, Yawan und Tapmange in Morobe“, sagte der MAF-Flugbetriebsleiter Brad Venter. Außerdem erklärte er das erste Ziel dieser Besichtigungen: „Wir versuchen, genügend Landebahnen in Morobe offen und untersucht zu bekommen, damit wir zusammen mit dem evangelisch-lutherischen Krankenhaus Etep Klinikfahrten starten können, um die Menschen zu versorgen“.

Die Bemühungen der Teams hätten dazu geführt, dass 136 der 216 Flugplätze vermessen worden sind, so Brad Venter. Davon sind (Stand: 31. Januar 2021) 98 Flugpisten geöffnet.

(<https://www.thenational.com.pg/maf-completes-rural-airstrips-survey-in-morobe/>)

AUS DER ELC-PNG

Bischof Jack Urame kritisiert Umgang mit Vergewaltigern

Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea, Dr. Jack Urame, kritisierte die Zahlung einer Entschädigung für die Vergewaltigung einer Achtklässlerin und meinte: „Das ist keine Lösung. Gewalt gegen Minderjährige ist auf dem Vormarsch. Deshalb ist die Zahlung einer Entschädigung (zur Beilegung von Gewalt oder Verbrechen) keine Lösung und wird den verursachten Schaden nicht heilen. Wir werden solche Probleme weiter verschlimmern, wenn wir eine Entschädigung akzeptieren und die Täter dann frei herumlaufen lassen. Der Rechts- und Justizsektor, die Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, die Zivilgesellschaft und alle müssen zusammenarbeiten, um Gewalt, Vergewaltigung und andere (negative) soziale Probleme anzugehen. Die Systeme und Strukturen, die in der Vergangenheit zur Lösung solcher Probleme verwendet wurden, versagen. Die Gewalt gegen Minderjährige nimmt zu und wir müssen jetzt etwas tun. Wir müssen die Ursachen für sexuelle Gewalt identifizieren und sie angehen“.

Bischof Urame bezeichnete den Missbrauch von Minderjährigen als nationales Problem, welches man gemeinsam angehen müsse. (*The National* 17.02.21)

RÖM.-KATH. KIRCHE

† Bischof William Regis Fey

Am 19. Januar 2021 verstarb der katholische Bischof William Regis Fey an den Folgen einer COVID-19-Infektion. Er trat am 14. Juli 1963 der Ordensgemeinschaft der Kapuziner bei und erhielt sechs Jahre später seine Priesterweihe. Nach seiner Promotion an der *University of Oxford* war er zunächst in Kapuzinerzentren in Ohio (USA) tätig.

Ab 1986 war er im Kapuziner-Noviziat in Pangia, Papua-Neuguinea und unterrichtete Philosophie in Port Moresby. Am 08. Juni 2010 wurde er von Papst Benedikt XVI zum Bischof von Kimbe (Neubritannien) ernannt und übte dieses Amt zehn Jahre lang aus. Er war der zweite Bischof in dieser Diözese und beendete eine zwei Jahre andauernde Vakanz.

Nach zwei Schlaganfällen kündigte er im Oktober 2019 seinen altersbedingten Rücktritt an und kehrte daraufhin nach Pittsburgh (USA) zurück, wo er jetzt im Alter von 78 Jahren verstarb. William Fey wurde am 25. Januar auf dem St. May Friedhof in Pennsylvania beigesetzt. (*Catholic Reporter*, Issue 182, Februar 2021)

26. Jahrestag der Seligsprechung von Peter To Rot gefeiert

Am 17. Januar wurde in der Pfarrei Rakunai der 26. Jahrestag der Seligsprechung des Märtyrers Peter To Rot gefeiert.

Er war während der japanischen Besetzung Papua-Neuguineas im Zweiten Weltkrieg durch die Japaner römisch-katholischer Katechet in seinem Heimatdorf und prangerte die Unterdrückung der Christ*innen durch die Japaner an. Der damals 33-Jährige hielt trotz eines Verbotes Gottesdienste ab und wurde deshalb von den japanischen Besatzern am 05. März 1945 mit einer Gift-Injektion in einem Gefängnis ermordet. 1995 wurde er in Papua-Neuguinea seliggesprochen.

Der 26. Jahrestag dieses Ereignisses war, so der Erzbischof von Rabaul, Rochus Tatamai, „eine spektakuläre *Demonstration des Glaubens*“. (*Catholic Reporter*, Issue 182, Februar 2021)

Sisters of St. Joseph of Cluny feiern 50-jähriges Wirken in PNG

Am 23. Januar wurde in der St. Joseph-Pfarrei in Boroko ein Jubiläumsgottesdienst zum 50-jährigen

Bestehen der *Sister of St. Joseph* in Papua-Neuguinea mit John Ribat, dem Erzbischof von Port Moresby, und 29 weiteren Priestern gefeiert.

Seit 1971 dienen die Schwestern, die aus Australien, Indien, den Philippinen und Papua-Neuguinea kommen, den Menschen in Kaintiba und Kotidanga.

Info: Im Jahr 1807 wurden die *Sisters of Saint Joseph of Cluny* in Chalon (Frankreich) von Anne-Marie Javouhey gegründet. Neben Papua-Neuguinea und Australien findet man diesen katholischen Schwesternorden auch in Indien, auf Fidschi, Neukaledonien, auf den Cook-Inseln und auf Kuba. (<https://www.sjaustralia.org/>)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Zusammenarbeit der Erzdiözese Merauke mit Palmölfirma löst Empörung aus

Westpapua: Die Erzdiözese Merauke in der indonesischen Provinz Papua soll durch eine Zusammenarbeit mit einem ökologisch umstrittenen Palmölunternehmen Milliarden von Rupien erhalten, was heftige Proteste der örtlichen Katholik*innen auslöste. Die Demonstrierenden sagten, sie fühlten sich durch die Präsenz des Palmölunternehmens *PT Tunas Sawa Erma* und dessen Abholzung an den Rand gedrängt. Auch zeige diese Zusammenarbeit, dass die Erzdiözese für ihre Kämpfe unsensibel sei.

Erzbischof Petrus Canisius Mandagi unterzeichnete am 5. Januar 2021 eine Absichtserklärung mit dem Manager der Firma, einer Tochtergesellschaft der *Korindo-Gruppe*, einem indonesisch-südkoreanischen Gemeinschaftsunternehmen. Das Unternehmen übergab 800 Millionen Rupiah (56.600 US\$), Teil einer Verpflichtung von 2,4 Milliarden Rupiah, die schrittweise über drei Jahre ausgezahlt werden sollen. Außerdem werde das Unternehmen der Erzdiözese drei Jahre lang monatlich 20 Millionen Rupiah überweisen.

Jimmy Yonesendu, der General Manager des Unternehmens, sagte, die Spende sei Teil der Strategie der sozialen Verantwortung des Unternehmens.

Der Korindo Group wird vorgeworfen, einen großen Teil des Regenwaldes im Landkreis Merauke zu zerstören, um den Weg für eine Palmölplantage zu ebneten.

Erzbischof Mandagi sagte, seine Erzdiözese benötige finanzielle Beiträge von verschiedenen Seiten, darunter auch von Palmölfirmen, um Dienstleistungen zu finanzieren, darunter auch den Bau des kleinen Priesterseminars. Er sagte jedoch, dass die Kirche weiterhin mit den Palmölunternehmen zusammenarbeiten werde, um sicherzustellen, dass sie ökologisch nachhaltige Praktiken priorisieren und beibehalten. „[Unternehmen] können arbeiten, aber sie müssen auf die Nachhaltigkeit der Umwelt achten, um unserer Kinder und Enkelkinder willen“, wurde Erzbischof Mandagi zitiert.

Frederika Korain, eine Menschenrechtsanwältin, erklärte unterdessen, der Schritt der Erzdiözese zeige, dass die Kirche unsensibel gegenüber den Papuas sei, die in den letzten Jahren Land durch die Ausdehnung von Palmölplantagen verloren haben. „Konflikte entstehen oft durch die Präsenz von Palmölfirmen in Papua, auch in der Erzdiözese Merauke“, sagte sie gegenüber UCA News am 12. Januar. Sie meinte, Erzbischof Mandagi, der erst seit ein paar Monaten in seinem Amt ist, „muss lernen zu sehen, was die Katholiken erleben. Es ist traurig, denn während seine Gläubigen gegen Unternehmen kämpfen, die die Natur Papuas zerstören, ist die Kirche stattdessen auf der Seite der Unternehmen“, sagte sie. „Mehr als das, der Schritt der Kirche widerspricht der Mission von Papst Franziskus, die Erde zu retten, wie sie in Laudato si' vermittelt wird, einschließlich der Rettung indigener Völker“, so Anwältin Korain.

Korneles Siep, ein katholischer Aktivist, bedauerte, das Abkommen habe Einheimische verärgert, die sich gegen die Waldzerstörung in Papua einsetzen. „Die Unabhän-

gigkeit der katholischen Kirche wird verloren gehen. Die Kirche ist die letzte Hoffnung für die Papuas inmitten der Sorgen um die Zukunft“, sagte er. Er fügte hinzu, dass das Abkommen eine Art Legitimation für die Unternehmen darstelle, die Ausbeutung des Waldes fortzusetzen. „Gleichzeitig werden die Papuas immer mehr zu verlorenen Schafen, die von ihren Hirten ignoriert werden“, sagte er. (Westpapua-Netzwerk online 15.01.21)

IN EIGENER SACHE

Auslandskorrespondent zurückgetreten

Nach mehr als 20 Jahren ehrenamtlicher Mitarbeit als „Auslandskorrespondent“ für die *Pazifik aktuell* ist Herr Dr. Lorenz Gonschor aus beruflichen Gründen von seiner Tätigkeit zurückgetreten. Ich werde Lorenz' tiefgründige, stets sachliche Analysen der politischen Situation in Französisch-Polynesien, Hawai'i, Tonga und auf Rapa Nui schmerzlich vermissen und die Lücke gewiss nicht ausfüllen können. Lorenz Gonschor bleibt dem Pazifik-Netzwerk als Mitglied erhalten und wird sicher für den ein oder anderen Ratsschlag parat stehen. Vielen Dank, Lorenz!

Dr. Gonschor schreibt zum Abschied von der Autorenschaft folgendes:

„Liebe Freunde des Pazifiks, liebe Leser der pa. Fast zwei Jahrzehnte lang habe ich regelmäßig Artikel zu Hawai'i, Französisch-Polynesien, Rapa Nui, und in den letzten paar Jahren auch zu Tonga und zur Norfolkinsel für die Pazifik aktuell geschrieben. Nach langem Überlegen habe ich nun die Entscheidung getroffen, von dieser Tätigkeit zurückzutreten. Aufgrund meiner zahlreichen Verpflichtungen in Forschung und Lehre hier in der Region habe ich in den letzten anderthalb Jahren zunehmend Mühe gehabt, mit den Einsendeschlüssen mitzuhalten, und musste mehrmals ganz passen. Die Entscheidung ist mir nicht leichtgefal-

len, denn das Recherchieren und Verfassen meiner Artikel hat mit immer große Freude gemacht. Ich denke aber, dass jetzt die Zeit gekommen ist, eine Zäsur zu setzen und diese Verantwortung an andere weiterzugeben. Ich wünsche den anderen ehrenamtlichen Mitarbeitern, und insbesondere natürlich Julia als Redakteurin, alles Gute für die weitere Arbeit an dieser Zeitschrift.“ (Email Lorenz Gonschor 20.02.21)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:

Jakob Holland (Jakob.Holland@Mission-EineWelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE

und

Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neueddetsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de